

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der **12. und 13. Sitzung** des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2013/2014 vom 2. Dezember 2013

von 16.15 bis 18.45 Uhr und von 20.00 bis 22.10 Uhr

Vorsitz: Ch. Benz-Meier (SP)

Protokoll: K. Lang

Entschuldigt keine Absenzen

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel
1.*		Protokoll der 8./9. Sitzung
2.	13/091	Voranschlag 2014 und Festsetzung des Steuerfusses – Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2015-2017 (IAFP) und Nachtrag zum Voranschlag 2014 «Novemberbrief»
3.	11/102	Projekt Nr. 19152 «Realisierung eines zweiten Rechenzentrums»: Investitionskredit von Fr. 870'000.-- und jährlich wiederkehrender Kredit für Betriebskosten von Fr. 770'000.-- zu Lasten der Laufenden Rechnung
4.	13/107	Interimistische Verlängerung der Subventionsverträge mit 17 kulturellen Institutionen
5.	13/096	Arbeitgeberkrippenplätze: Übergabe an das Departement Schule und Sport
6.	13/097	Verzicht auf die Stipendien für Wiedereinsteigerinnen ab 1.1.2014
7.	13/093	«effort 14+», Massnahme Nr. 5.006 (PG Volksschule): Erlass der revidierten Verordnung über die Schulzahnpflege der Stadt Winterthur
8.	13/082	«effort14+» Massnahme Nr. 3.013: Änderung der Verordnung über die Gebühren im Bauwesen 2013
9.*	13/104	«effort14+» Massnahmen 9.003 und 9.52; Finanzielle Vergütung an den steuerfinanzierten Bereich der Stadt und Übernahme der Kosten der öffentlichen Beleuchtung durch Stadtwerk Winterthur
10.	12/081	Kommunale Volksinitiative «Stiftung für bezahlbaren Wohn- und Gewerberaum»: Umsetzungsvorlage und Gegenvorschlag

11. 13/077 Definitiver Betriebskredit für die bewachte Velostation am Hauptbahnhof Winterthur
12. 12/117 Fristerstreckung für Antrag und Bericht zur Motion M. Zehnder (GLP/PP), F. Helg (FDP) und Ch. Leupi (SVP) betr. Überführung des Theaters Winterthur in eine gemeinnützige Trägerschaft
13. 12/069 Beantwortung der Interpellation Ch. Ingold (EVP) betreffend Nachteilsausgleich Dyslexie
14. 12/084 Beantwortung der Interpellation M. Stauber und D. Schraft (Grüne) betreffend Weiterbildung der Lehrkräfte während Unterrichtszeiten
15. 13/020 Begründung der Motion S. Madianos-Hämmerle (SP), Ch. Ingold (EVP) und D. Schraft (Grüne/AL) betreffend weniger Sonderschüler und Sonderschülerinnen, Stärkung der Regelschulen
16. 12/103 Beantwortung der Interpellation M. Baumberger und R. Harlacher (CVP) betreffend Flaggen an öffentlichen Schulen
17. 12/116 Beantwortung der Interpellation Ch. Ingold (EVP), Ch. Magnusson (FDP), D. Schraft (Grüne/AL) und M. Zehnder (GLP/PP) betreffend Zivildienstleistende an den Winterthurer Schulen
18. 12/113 Beantwortung der Interpellation O. Seitz (SP), D. Schraft (Grüne/AL) und (DSS) Ch. Ingold (EVP) betreffend Familienergänzende Kinderbetreuung: Förderung der Qualität
19. 13/018 Begründung des Postulats M. Wäckerlin und K. Cometta (GLP/PP) betreffend Cannabis Pilotversuch
20. 13/038 Begründung des Postulats M. Baumberger (CVP) und D. Oswald (SVP) betreffend ehrliche Sozialhilfeempfänger schützen
21. 12/114 Beantwortung der Interpellation B. Günthard Fitze (EVP) betreffend Asylbewerber mit Status N
22. 13/021 Begründung der Motion M. Wäckerlin (GLP/PP), Th. Leemann (FDP) und Z. Dähler (EDU) betreffend Informationen zu Projekten die mit dem Budget bewilligt werden
23. 11/126 Antrag und Bericht zur Motion B. Günthard-Maier (FDP), D. Oswald (SVP), M. Zeugin (GLP) und R. Harlacher (CVP) betreffend Schuldenbremse für nachhaltig gesunde Entwicklung der Stadtfinanzen
24. 12/115 Beantwortung der Interpellation M. Zeugin (GLP), R. Harlacher (CVP), M. Wenger (FDP) und N. Albl (SVP) betreffend Führungsvorgaben bei Informatikinvestitionen
25. 13/076 Begründung der Motion M. Zeugin (GLP), G. Gisler (SVP), St. Feer (FDP) und R. Harlacher (CVP) betreffend zweckmässiges internes Kontrollsystem für die Stadt Winterthur

(*an dieser Sitzung behandelte Geschäfte)

Bürgerrechtsgeschäfte

1. B12/066 DESTA Azeb Mebratu, geb. 1978, äthiopische Staatsangehörige

2. B12/100 MUTHUKUMARU Nanthakumar, geb. 1969, und Ehefrau NANTHAKUMAR geb. VINAYAGAMOORTHY Vinothiny, geb. 1981, mit Kindern NANTHAKUMAR Garvien, geb. 2007, und NANTHAKUMAR Thiwani, geb. 2009, srilankische Staatsangehörige
3. B12/110 NAMASIVAYAM Srikannan, geb. 1975, und Ehefrau SRIKANNAN geb. SELLATHURAI Rathika, geb. 1978, mit Kindern SRIKANNAN Shangeeth, geb. 2008, und SRIKANNAN Santhosh, geb. 2010, srilankische Staatsangehörige
4. B12/119 GEORLCHUTHASAN geb. PACKIYANATHAR Diman Culin, geb. 1976, srilankische Staatsangehörige
5. B12/124 NUSHI Kujtim, geb. 1956, und Ehefrau NUSHI geb. MARNIKU Tereze, geb. 1961, kosovarische Staatsangehörige
6. B12/188 LENJANI Betim, geb. 1979, kosovarischer Staatsangehöriger
7. B13/027 KRASNIQI geb. ISLAMI Hysnije, geb. 1978, mit Kindern Rona, geb. 2009, und Adriatik, geb. 2011, kosovarische Staatsangehörige
8. B13/059 LIMANI Idriz, geb. 1981, mazedonischer Staatsangehöriger
9. B13/060 MESAN geb. MASIC Sebina, geb. 1976, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige
10. B13/061 MOTA OLIVEIRA Alberto do Sacramento, geb. 1961, und Ehefrau MARQUES DE OLIVEIRA Célia Maria, geb. 1976, mit Kindern OLIVEIRA DE ALMEIDA Mara, geb. 1999, und OLIVEIRA Alessia, geb. 2005, portugiesische Staatsangehörige
11. B13/062 PISARZEWSKI Grzegorz Arkadiusz, geb. 1954, und Ehefrau PISARZEWSKI geb. SIEMCZONEK Teresa, geb. 1963, polnische Staatsangehörige
12. B13/063 POLANCO ORTIZ Carlos, geb. 1974, dominikanischer Staatsangehöriger
13. B13/064 RIBIC Dzana, geb. 1965, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige
14. B13/065 SAWADE Claudia Maria, geb. 1963, mit Kind Michelle Karolina, geb. 1998, deutsche Staatsangehörige
15. B13/067 BERBATI Bekim, geb. 1972, italienischer Staatsangehöriger, und Ehefrau BERBATI geb. KRASNIQI Albulena, geb. 1986, kosovarische Staatsangehörige, mit Kindern Viola, geb. 2007, Vanesa, geb. 2009, und Art, geb. 2012, italienische Staatsangehörige
16. B13/068 DREMPETIC geb. PERESIN Stefanija, geb. 1962, und Ehemann DREMPETIC Stjepan, geb. 1962, kroatische Staatsangehörige
17. B13/069 DULLI Eugen, geb. 1975, mit Kindern Greis, geb. 2004, und Joen, geb. 2011, albanische Staatsangehörige
18. B13/070 FUNKE geb. BOCK Angelika Regina, geb. 1957, deutsche Staatsangehörige
19. B13/071 HAJDARAJ geb. SADIKU Lindita, geb. 1980, und Ehemann HAJDARAJ Premtim, geb. 1981, mit Kindern Bledion, geb. 2008, Blinera, geb. 2010, und Lorena, geb. 2012, kosovarische Staatsangehörige

20. B13/072 ILLÉNYI Anikó, geb. 1970, ungarische Staatsangehörige
21. B13/073 KOÇ geb. ÖZGÜR Nesibe, geb. 1983, türkische Staatsangehörige
22. B13/076 OLUMA Abera, geb. 1969, und Ehefrau MAMO Asnaketch, geb. 1977, äthiopische Staatsangehörige
23. B13/077 PELKOWSKI Ralf, geb. 1969, deutscher Staatsangehöriger
24. B13/078 SOHRABATI Saman, geb. 1972, iranischer Staatsangehöriger
25. B13/079 HUSSEIN Yousif, geb. 1975, irakischer Staatsangehöriger
26. B13/080 AL-SHAKKAKEE Firas Kareem Kareem, geb. 1969, irakischer Staatsangehöriger
27. B13/083 DRESCHER Michael Dieter Manfred, geb. 1957, und Ehefrau DRESCHER geb. KUHNZ Beate Leonore, geb. 1958, deutsche Staatsangehörige
28. B13/085 HAJDARI Abdul Ghafar, geb. 1971, afghanischer Staatsangehöriger
29. B13/086 HAMAD Shahzada, geb. 1963, und Ehefrau SAID HAMA LAV Kamer Nas, geb. 1973, mit Kindern HAMAD Sako, geb. 2002, und HAMAD Lenya, geb. 2008, irakische Staatsangehörige
30. B13/087 KALECI Abdula, geb. 1965, und Ehefrau KALECI geb. ISMAILI Nezija, geb. 1968, mazedonische Staatsangehörige
31. B13/091 FERATI Rezak, geb. 1984, und Ehefrau FERATI geb. AJDARI Djevrije, geb. 1984, mit Kind Amar, geb. 2005, mazedonische Staatsangehörige
32. B13/137 DAVIS Tanisha, geb. 1998, simbabwische Staatsangehörige
33. B13/160 MIJATOVIC Sladana, geb. 1987, kroatische Staatsangehörige

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier begrüsst zur 12. und 13. Sitzung im Amtsjahr 2013/2014. Sie begrüsst speziell Statthalter und Bezirksratspräsident M. Schwarz. Die heutige Sitzung wurde mit grosser Spannung und Anspannung erwartet. Es geht um viel. Im Vorfeld wurde bereits heftig diskutiert. In den Fraktionen fühlen sich die Ratsmitglieder grundsätzlich den Wählerinnen und Wählern verpflichtet. Wenn es um das Budget geht, ist das noch mehr der Fall als sonst. Kurz vor den Neuwahlen ist das noch ausgeprägter. Im Gegensatz dazu ist der gesamte Gemeinderat aber nicht einzelnen Interessensgruppen verpflichtet, sondern der ganzen Stadt, allen, die in Winterthur leben und für Winterthur arbeiten. Ratspräsidentin Ch. Benz bittet die Ratsmitglieder, in der heutigen Diskussion das Wohl der ganzen Stadt im Auge zu behalten und die Verantwortung, die das Parlament mit der Budgethoheit hat, ernst zu nehmen. Es darf durchaus hart gekämpft werden, solange es um die Sache geht.

Mitteilungen

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier bittet die Parlamentsmitglieder im Ton und in der Wortwahl fair und respektvoll zu bleiben. Vielleicht hilft die Tatsache, dass TELE TOP und TeleZüri die heutige Ratssitzung mit Kameras begleiten. Ausserdem wird der Landbote Tonaufnahmen und Fotos machen. Laut Geschäftsordnung ist das erlaubt. Es darf den Ratsbetrieb aber nicht stören. Abgesehen davon, dass sich Ratspräsidentin Ch. Benz einen gewissen erzieherischen Effekt erhofft, wenn die Kameras laufen, bittet sie die Ratsmitglieder darum, für allfällige Interviews den Saal zu verlassen, damit die Debatte nicht unnötig gestört wird.

Zudem ist die Akustik im Saal nicht ideal. Die Ratspräsidentin bittet die Zuschauer auf der Tribüne ruhig zu sein und weder positive noch negative Gefühlsregungen laut mitzuteilen. Vor allem bittet sie die Ratsmitglieder, auf bilaterale Gespräche im Saal zu verzichten und laut und deutlich zu sprechen.

Es sind keine Abmeldungen oder Entschuldigungen eingegangen.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier verabschiedet G. Ludwig, Leiter Finanzkontrolle, er ist heute zum letzten Mal offiziell im Ratssaal anwesend. Vor einigen Monaten hat der Gemeinderat die Nachfolge gewählt. Per Ende Jahr wird G. Ludwig in den Ruhestand treten. Er ist seit dem 1. Dezember 1987 im Dienst der Stadt tätig. Zuerst als stellvertretender Leiter der Finanzkontrolle und seit 2009 als Leiter. Ausserdem hat G. Ludwig während 12 Jahren als Vorstandsmitglied der Dachvereinigung der Finanzkontrollen die Interessen von Winterthur auch ausserhalb der Stadtgrenzen vertreten und wahrgenommen. Als Geschenk hat sich G. Ludwig ein Bild gewünscht, ein Bild wie es die abtretenden Gemeinderatsmitglieder jeweils auslesen dürfen. Das zeigt die Zugehörigkeit von G. Ludwig. Für die Zukunft wünscht Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier dem abtretenden Leiter der Finanzkontrolle G. Ludwig alles Gute. Sie hofft, dass er seinen Ruhestand geniessen kann.

Der Rat verabschiedet G. Ludwig mit einem Applaus.

G. Ludwig, Leiter der Finanzkontrolle: Er dankt für das Wohlwollen, das im entgegengebracht wurde und für die angenehme Zusammenarbeit. G. Ludwig will die Debatte nicht verlängern. Es wird spät genug werden. Er hofft, dass der Gemeinderat seiner Nachfolgerin die gleiche Wertschätzung entgegenbringt.

Fraktionserklärungen

Stationierungskonzept der Armee

R. Harlacher (CVP): Mit grossem Bedauern hat die CVP-Fraktion das neue Stationierungskonzept der Armee zur Kenntnis nehmen müssen. Winterthur verliert mit dem neuen Stationierungskonzept militärisch an Bedeutung und die Tradition als Garnisonsstadt. Der Wegzug nach Chur ist ein grosser Verlust für die Stadt Winterthur, wie auch für den Kanton Zürich. Es ist nicht nur militärisch ein Tiefschlag für Winterthur. Es gehen auch Arbeitsplätze verloren. Die CVP-Fraktion ist enttäuscht über diesen Entscheid des Bundes. Sie fordert deshalb den Stadtrat auf, in der anstehenden Konsultation zum neuen Stationierungskonzept über den Kanton Einfluss zu nehmen, alles zu unternehmen und um den letzten verbliebenen Strohalm für den militärischen Standort Winterthur zu kämpfen.

Stadträtin B. Günthard-Maier: Der Stadtrat bedauert diese Mitteilung ebenfalls. Es ist tatsächlich eine alte Tradition, die verloren gehen würde, wenn das Militär wirklich von Winterthur wegzieht. Es würden einige Einnahmen wegfallen, die der Stadtkasse guttun. Die Stadt kann zum Beispiel Gebäude vermieten. Was aber fast am meisten weh täte, ist, dass die Männer, die im Militär sind nicht mehr in Winterthur in den Ausgang gehen, die Stadt kennenlernen und den guten Ruf in die Schweiz tragen. Sie würden auch kein Geld mehr in den Lokalen von Winterthur ausgeben. In diesem Sinne bedauert der Stadtrat diesen Entscheid. Er setzt sich ein, damit dieser Entscheid rückgängig gemacht werden kann. Man wird sehen, was in Zukunft passiert.

Verzicht auf das Sitzungsgeld

B. Meier (GLP/PP): Die GLP-Fraktion hat am letzten Mittwoch einmal mehr Stunden lang über dem Budget gebrütet. Die Fraktion hat beschlossen ein kleines Zeichen zu setzen, im Bewusstsein, dass es ein sehr kleiner Tropfen auf einen sehr heissen Stein ist. Die Fraktionsmitglieder verzichten heute Abend auf das Sitzungsgeld.

M. Wäckerlin (GLP/PP) möchte präzisieren, dass die ganze Fraktion gemeint ist, inklusive Pirat.

Ch. Leupi (SVP): Die SVP-Fraktion hat sich eingehend mit dem Budget befasst. Sie will ebenfalls ein Zeichen setzen und zum Sparen beitragen. Die SVP-Fraktion verzichtet heute Abend ebenfalls auf das Sitzungsgeld.

Biorender

D. Schneider (FDP): Das Volk will den Fortbestand von Biorender. Die Piratenpartei hat aus nachvollziehbaren Gründen Rekurs eingereicht. Der Bezirksrat muss entscheiden, ob die Abstimmungsunterlagen irreführend waren oder nicht und ob das Volk falsch beeinflusst wurde. Die FDP und andere bürgerliche Parteien haben einer Beteiligung an Biorender vor 4 Jahren zugestimmt. Damals war die Rede von einem wesentlich tieferen ökologischen Mehrwert in der Höhe von 10 bis 12 Rappen. Ein fünf Mal höherer ökologischer Mehrwert, kombiniert mit anhaltenden technischen Problemen, das ist der FDP zu viel. Fakt ist, dass Stadtwerk in den nächsten 10 Jahr geschätzte 20 Millionen über den ökologischen Mehrwert in die Anlage stecken wird. Bis heute ist unklar, wie die Banken beteiligt sind, welche Kredite bedient werden, ob und wie Wil sich ausklinken kann und wie viele Fleischabfälle zu welchem Preis zur Verfügung stehen werden. Ob die Anlage ohne weitere Investitionen in der Lage sein wird die forderten Gasmengen zu produzieren, weiss ebenfalls niemand. Warum ist keine Kooperation mit der Tiermehlfabrik angestrebt worden? Jetzt besteht eine Konkurrenzsituation in Bezug auf die Fleischabfälle. Zuletzt hat die Quantis-Studie gezeigt, dass die Ökobilanz, verglichen mit der Tiermehlfabrik, höchstens bei Volllast vergleichbar ist. Aktuell liegt die Auslastung bei höchstens 50 %. Damit ist die Ökobilanz von Biorender schlecht. Das Grundübel war allerdings der Rollenkonflikt des Stadtrates. Das Problem konnte behoben werden. Mit der Zustimmung zum Weiterbetrieb von Biorender hat Winterthur ein neues Produkt Forschung und Entwicklung, geschaffen. Forschung ist wichtig, gehört aber nicht in die Stadtwerke. Solange nicht genügend Fleischabfälle vergast werden können, werden umso mehr personelle Ressourcen von Stadtwerk für Krisensitzungen, Gelder für Studien und Sitzungsgelder der Sachkommission Bau und Betriebe vergast. Kann sich die Stadt das leisten? Die Gasbezüger sind über den ökologischen Mehrwert sozusagen Aktionäre von Stadtwerk. Das ist vielleicht ein erster Schritt zur viel diskutierten Privatisierung von Stadtwerk.

Stadtrat M. Gfeller: Angesichts der langen Traktandenliste und der Tradition, dass man zu einem laufenden Verfahren keine Stellung nehmen soll, hält sich der Stadtrat kurz. Die folgenden Aussagen haben eigenartigerweise weniger Eingang in die Winterthurer Medien gefunden, als die Medienmitteilung von Wil. In einer Medienkonferenz in St. Gallen hat der Freisinnige St. Galler Stadtrat F. Brunner erklärt: „Der Stadtrat St. Gallen ist dankbar und freut sich über den Entscheid der Winterthurer Stimmbürger und dankt Winterthur für den Einsatz. Der Stadtrat St. Gallen nimmt mit Bedauern die Medienmitteilung von Wil zur Kenntnis, dass die Stadt Wil, als die Initiatorin des Projekts Biorender, ihre vertraglichen Verpflichtungen nicht mehr wahrnehmen will. Zwar ist die politische Situation in Wil gegenüber der Biorender AG offensichtlich nicht einfach, aber der rechtlich fragwürdige Versuch, aus dem Engagement Biorender aussteigen zu wollen, löst keines der anstehenden Probleme. Diese werden auf jene Aktionäre abgewälzt, die den Verpflichtungen bisher nachgekommen sind. Die Stadt Wil entzieht sich ihrer Verpflichtung und läuft damit Gefahr massgebend die Verantwortung für ein allfälliges Scheitern der ohnehin schwierigen Mission Biorender AG übernehmen zu müssen. Der Stadtrat St. Gallen wird sich weiterhin den Herausforderungen der langfristigen Weiterführung oder der allenfalls notwendigen geordneten Auflösung der Biorender AG stellen.“ Stadtrat M. Gfeller stellt die Frage in den Raum, warum eine Medienmitteilung aus Wil in die Schlagzeilen von verschiedenen Medien Eingang findet und warum eine Medienkonferenz der Stadt St. Gallen zur gleichen Sache in Winterthur praktisch totgeschwiegen wird. Das ist eine ungelöste Frage. Sie wirft ein Schlaglicht auf die Debatte um Biorender.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Traktandenliste: Im Mail vom Freitag hat die Ratsleitung empfohlen auf eine Diskussion zum Geschäft 2011/102, Traktandum 3, zu verzichten, weil die Anträge in der Aufsichtskommission einstimmig angenommen worden sind. Das Geschäft muss aber der Volksabstimmung vorgelegt werden, weil der jährlich wiederkehrende Kredit über eine halbe Million beträgt. Darum wird das Geschäft im Rat behandelt. In der Abstimmungszeitung wird eine kurze Zusammenfassung der Debatte veröffentlicht. Zudem muss über das Geschäft abgestimmt werden und die Stimmen müssen ausgezählt werden. Traktandum 8: Auf der Traktandenliste steht, dass M. Baumberger Referent sei, das ist falsch. Referent ist J. Altwegg. Traktandum 9 wird vorgezogen. Es wird noch vor der Budgetdebatte behandelt, weil das Traktandum für das Budget relevant ist. Traktandum 10 wird von der Traktandenliste gestrichen, weil das Geschäft in der Aufsichtskommission noch nicht behandelt worden ist.

1. Traktandum

Protokoll der 8./9. Sitzung

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Die Protokolle sind in der Stadtkanzlei zur Einsicht aufgelegt und im Internet veröffentlicht worden. Einsprachen sind keine eingegangen. Die Ratspräsidentin stellt den Antrag die Protokolle abzunehmen. Es gibt keine Einwendungen. Damit sind die Protokolle abgenommen.

9. Traktandum

GGR-Nr. 2013/104: «effort14+» Massnahmen 9.003 und 9.52; Finanzielle Vergütung an den steuerfinanzierten Bereich der Stadt und Übernahme der Kosten der öffentlichen Beleuchtung durch Stadtwerk Winterthur

B. Meier (GLP/PP): Bei diesem Geschäft geht es um Massnahmen, die sowohl für «effort 14+» wie auch für das Budget relevant sind und die Arbeit und die Zusammenarbeit von Stadtwerk mit der Stadt und die finanziellen Flüsse in den nächsten Jahren wesentlich beeinflussen werden. Die Weisung ist relativ umfassend. Die wichtigsten Punkte wird B. Meier hervorheben. Ziffer 1: Die Vergütung wird neu berechnet, in Form von 4,5 % des Gesamtumsatzes von Stadtwerk. Zudem geht es um die Übernahme der öffentlichen Beleuchtung. Ziffer 3: Zu Lasten von Stadtwerk wird eine IAFP-Kompensation aus den Betriebsreserven von Stadtwerk zugunsten der Stadt geüffnet. Der vergütete Betrag darf nicht mehr als 15 Millionen betragen. Es geht zudem um eine breitere Abstützung der Vergütung von Stadtwerk an die Stadt, indem auch aus den Reserven der Fernwärme, des Energie - Contractings, der Telekom und der Gasrechnung Entnahmen möglich sind. Schliesslich soll in Ziffer 7 eine Befristung, die in der Verordnung über die Abgabe von Elektrizität beschlossen wurde, aufgehoben werden. Im Teil C ist festgehalten, dass konkret aus der neu geschaffenen IAFP-Kompensation für das Jahr 2014 eine Entnahme von 3,2 Millionen geplant ist. Die geplanten Entnahmen für die Jahre 2015 bis 2018 sind in der Weisung aufgeführt. Insgesamt handelt es sich um komplexe Massnahmen.

Im Wesentlichen hat der Gemeinderat heute 3 Punkte zu beraten und zu beschliessen.

1. Die Vergütung wird breiter abgestützt. Bisher war davon einzig das Geschäftsfeld Stromverteilung betroffen. Die Vergütung an die Stadt in der Höhe von 8 bis 10 Millionen wurde über die Netzkostentarife des Strombezugs bezahlt. 2. Die öffentliche Beleuchtung, die jetzt durch den steuerfinanzierten Bereich finanziert wird, geht an Stadtwerk über und wird über das Geschäftsfeld Stromverteilung finanziert. 3. IAFP-Kompensation: Im nächsten Jahr wird die Kompensation 3,2 Millionen betragen und soll insgesamt in den nächsten 4 bis 8 Jahren nicht mehr als 15 Millionen betragen. Bisher lastete die gesamte Vergütung auf dem Stromnetz. In Zukunft sollen die Geschäftsfelder oder Profitcenter von Stadtwerk, Gas, Fernwär-

me, Energie-Contracting und Telekom, an die Vergütung beitragen können. Die Rechnung für diese Vergütung beruht neu auf dem Gesamtumsatz von Stadtwerk von gut 200 Millionen. Davon werden 4,5 % entnommen. Ziffer 2 der Weisung enthält folgenden Passus: „Von der Vergütung von 4,5 % des Gesamtumsatzes wird der hälftige Nettozinsaufwand, der zwischen Stadtwerk und der Stadt verrechnet wird, zur Hälfte in Abzug gebracht.“ B. Meier will nicht im Detail auf den Mechanismus hinter dieser Praxis eingehen. Der Zweck ist, dass Fehlanreize durch zu hohe Dividenden verhindert werden. Ohne diesen Mechanismus bestünde die Gefahr, dass im Bereich von Stadtwerk und der Infrastruktur zu wenig investiert wird. Dieser Mechanismus ist in der Geschäftswelt bei der Dividendenbemessung gegenüber den Aktionären üblich. Die Kosten der öffentlichen Beleuchtung sollen von Stadtwerk übernommen werden. Bis 1995 erbrachte Stadtwerk diese Dienstleistung. Die technischen Betriebe vieler Gemeinwesen (u.a. ewz Stadt Zürich) erbringen diese Dienstleistung für die Stadt kostenfrei und refinanzieren sie über die Stromverteilung. Die Vorteile, die der Stadtrat in der Weisung schildert, sind Sicherheit bei der Budgetierung, Behandlung in einer Kommission, nämlich der Bau- und Betriebskommission und nicht in zwei Kommissionen, weniger Aufwand bei den Verrechnungen. Zudem ist eine klare Trennung möglich zwischen dem eigentlichen Beleuchtungsauftrag und allfälligen künstlerischen oder ästhetischen Wünschen der Stadt. Mit diesem Schritt ist die Möglichkeit verbunden, den Kostenanstieg in Bezug auf die öffentliche Beleuchtung zu bremsen, indem man das Risiko in der eigenen Hand hat. Der Stadtrat hat zudem eine separate Weisung angekündigt. Die Verordnung zur Abgabe von Elektrizität soll angepasst werden. Damit soll eine Grundlage für Kostensenkungen geschaffen werden. In der Folge soll die Finanzierung über die Stromverteilung erfolgen und dort als Sachleistung von Stadtwerk gegenüber dem steuerfinanzierten Bereich an die gesamte Vergütung angerechnet werden.

Wenn man die verschiedenen Bestandteile dieser Weisung summiert, ergibt sich folgendes Bild: Vergütung für 2014 aus den 4,5 %, abzüglich Zinseffekt: 7,3 Millionen, Kosten aus der öffentlichen Beleuchtung: 3,6 Millionen, IAFP-Kompensation 2014: 3,2 Millionen. Das ergibt die gesamte geplante Vergütung von Stadtwerk an den steuerfinanzierten Bereich von 14,1 Millionen. Diese Beträge, die in der Weisung skizziert sind, werden in der Budgetdebatte vom Gemeinderat definitiv festgelegt. Geplant ist gemäss Weisung, dass das in den Folgejahren jeweils einen Teil des Budgetprozesses darstellen wird, beruhend auf der vorgestellten Berechnungsgrundlage. Wie Stadtwerk diese Vergütung auf die verschiedenen Geschäftsfelder verteilt, wird im Rahmen des Budgets beschlossen. Der Vorschlag für das Jahr 2014 liegt vor und zeigt wie Stadtwerk mit dieser Vergütung von Total 14,1 Millionen umgeht. Neu wird der Stromhandel mit 1,26 Millionen belastet, die Verteilung Elektrizität, zusammen mit der öffentlichen Beleuchtung, mit rund 8 Millionen. Das entspricht etwa der Grössenordnung der Vorjahre. Neu wird der Gashandel, die Verteilung von Gas und Fernwärme, belastet. Aus «effort 14+» ist ein weiterer Betrag von 950'000 Franken als noch offen bezeichnet. Die definitive Zuteilung auf die Profit-Center von Stadtwerk steht noch nicht fest. Die Beratung in der Sachkommission Bau und Betriebe (BBK) hat mit einer Vorinformation im Oktober 2014 und danach in zwei Lesungen stattgefunden. Die neue Berechnungsweise und die breitere Abstützung sind unbestritten. Zu diskutieren gab die Aufhebung der Befristung, die in der Verordnung über die Abgabe für Elektrizität festgehalten ist. Diese hat man vor kurzem geändert und erklärt, man wolle bis Ende 2015 die Berechnung überprüfen. Die BBK ist informiert worden, dass diese Überprüfung hinfällig wird, weil das Berechnungsprinzip grundsätzlich ändert. Zu diskutieren gab auch der Griff in die Kasse unter dem Titel IAFP-Kompensation. Dazu wurden diverse Anträge gestellt. Einen Antrag der GLP, der in der Kommission abgelehnt wurde, wird die Fraktion erneut stellen. In der Schlussabstimmung wurde die Weisung, in der Fassung, wie sie der Stadtrat eingebracht hat, mit 5 zu 4 Stimmen angenommen.

Position der Grünliberalen: Die Fraktion stimmt der Vergütung, der Berechnung des Gesamtumsatzes und der breiteren Abstützung durch mehr Geschäftsfelder zu. Sie stimmt auch der Übernahme der öffentlichen Beleuchtung zu. Sie sagt aber Nein zum Bilden einer IAFP-Kompensation mit einer Wirkung über das Jahr 2014 hinaus, ohne dass für die Jahre 2015, 2016, 2017 und 2018 eine taugliche, mittelfristige Planung vorliegt. Es handelt sich um eine Abweichung der Jährlichkeit des Budgets. Der Gemeinderat bestimmt heute auch nicht den Steuerfuss für das Jahr 2015. Im jetzigen Zeitpunkt soll keine Festlegung der maximalen

Kompensation erfolgen – bis zu 15 Millionen über einen schlecht bemessenen Zeitraum, die Rede ist von 4 bis 8 Jahre. Zudem fehlt eine ausreichende Grundlage. Die Weisung wurde im Herbst 2014 mit hohem Druck aus dem Boden gestampft, unter anderem um die neue Vergütung zu realisieren und um eine Grundlage zu schaffen, für eine ausserordentliche Entnahme zugunsten des steuerfinanzierten Bereichs, der benötigt wird für ein ausgeglichenes Budget. Dafür hat die GLP/PP-Fraktion Verständnis. Aus diesem Grund unterstützt sie den Vorschlag, dass eine ausserordentliche Kompensation einmalig für das Budget 2014 erfolgen soll. Das führt zu folgenden Anpassungen der Weisung: Ziffer 1 und 2 bleiben unverändert. Ziffer 3: Keine Regelung der IAFP-Kompensation gemäss Ziffer 3 der Weisung über das Budgetjahr 2014 hinaus; das heisst Ziffer 3 wird gestrichen. Ebenfalls gestrichen wird Ziffer 9, darin wird die IAFP-Kompensation für die Folgejahre aufgelistet. Zusätzlich braucht es, um die Logik der Weisung aufrechtzuerhalten folgende zwei Anpassungen: Ziffer 4: Der Passus IAFP-Kompensation wird gestrichen und ersetzt durch: „sowie die ausserordentliche Kompensation gemäss Ziffer 8. Ziffer 8: Anstelle von IAFP-Kompensation steht: Eine ausserordentliche Kompensation zugunsten des steuerfinanzierten Bereichs von 3,2 Millionen. Begründung für die Begrenzung auf 1 Jahr ist auf der einen Seite die Notwendigkeit. Die Stadt muss ausserordentliche Massnahmen ergreifen, um ein Budget für das Jahr 2014 zu erhalten. Aus ordnungspolitischer Sicht ist das ein heikler Griff in die Betriebsreserven von Stadtwerk, der an sich aus übergeordneten Überlegungen von der GLP/PP-Fraktion abgelehnt werden müsste. Angesichts der finanziellen Situation kann sich die Fraktion mit der Begrenzung auf ein Jahr einverstanden erklären. Es handelt sich um einen Griff in den Giftschränk, der als Ausnahme und als Teil eines gesamten konsistenten Budgets einmalig gewährt werden kann. Es ist wichtig, mit Blick auf das Jahr 2015, dieses Thema in Ruhe wieder aufzugreifen. Der Gemeinderat muss diskutieren, wie die Stadt mit Betriebsreserven in den verschiedenen Produktgruppen und in der Produktgruppe Stadtwerk in Zukunft umgehen soll. Wichtig ist, dass es für Stadtwerk auf lange Sicht Sicherheit gibt, damit Investitionen getätigt werden können.

J. Altwegg (Grüne/AL): Dieses Geschäft ist sehr wichtig für das Budget. Es geht um rund einen Viertel der Einsparungen im Budget. Dank diesem Antrag erhält der Gemeinderat mehr Transparenz. Die IAFP-Kompensation findet die Grüne/AL-Fraktion sinnvoll, im Gegensatz zur GLP/PP-Fraktion. Das bringt eine gewisse Prognosesicherheit einerseits für Stadtwerk und andererseits für die Stadtkasse. Das heisst aber nicht, dass der Gemeinderat nicht mitreden kann. Aus diesen Gründen stimmt die Grüne/AL-Fraktion für die Variante des Stadtrates. Sie stimmt dieser «effort 14+» Massnahme zu.

L. Banholzer (EVP): Die EVP-Fraktion wird der finanziellen Vergütung von Stadtwerk an den steuerfinanzierten Bereich zustimmen. Mit der vom Stadtrat gewählten Lösung der IAFP-Kompensation wird Stadtwerk nicht überstrapaziert, auch deshalb weil ein Absenkpfad für die nächsten Jahre festgelegt ist. Mit der Summe von 15 Millionen ist ein Deckel gesetzt, der verhindert, dass Stadtwerk zu höheren Beiträgen als verkräftbar verpflichtet wird. Leider fordern ausserordentliche Zeiten ausserordentliche und manchmal unbeliebte Massnahmen. Die EVP ist bereit, diese Massnahmen zu unterstützen.

H. Keller (SVP): Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag der GLP/PP-Fraktion. Stadtwerk ist kein Selbstbedienungsladen. Die SVP ist im Grundsatz dagegen, dass solche Kassen geleert werden. Das Geld wurde von den Winterthurer Steuerzahlern über die Gebühren eingezahlt. Das ist bekannt. Diese Reserven wurden für Erneuerungen und Investitionen geschaffen und sollen auch dafür benutzt werden. Da die Stadt aber 2014 vor enormen Sparübungen steht, stimmt die SVP-Fraktion der Entnahme von 3,2 Millionen für 1 Jahr zu.

D. Schneider (FDP) schliesst sich dem Votum von H. Keller an. Die FDP ist klar der Meinung, dass die Reserven von gebührenfinanzierten Betrieben eine Gebührenreduktion zur Folge haben müssen. Diese Vergütung muss eine absolute Ausnahme bleiben. Die FDP-Fraktion wird dem Antrag der GLP/PP-Fraktion zustimmen. Punkt 7 der Weisung bereitet der Fraktion Probleme: In der Verordnung über die Abgabe von Elektrizität wird die Befris-

tung von § 3 Abs. 4 aufgehoben. D. Schneider gibt das so zu Protokoll. Die FDP wird weiterhin ein Auge darauf halten, damit der Gemeinderat weiterhin Einfluss nehmen kann.

M. Baumberger (CVP): Die CVP ist grundsätzlich nicht erfreut über diesen Griff in die Kasse von Stadtwerk. Es handelt sich nicht nur um einen Griff in die Kasse von Stadtwerk, sondern indirekt wird Stadtwerk aufgefordert, in die Tasche der Bürger zu greifen und die Gebühren zu erhöhen. Das wird schlussendlich passieren. Die CVP-Fraktion kann dieser Weisung in Anbetracht der dramatischen Situation der städtischen Finanzen zustimmen, unter der Bedingung, dass der Antrag der GLP/PP-Fraktion angenommen wird. Ansonsten wäre das für die CVP keine Option, weil dieser Sündenfall nur einmal passieren darf und sich nicht wiederholen darf.

K. Bopp (SP): Die SP-Fraktion unterstützt den Stadtratsantrag. In der aktuellen Situation ist die Notwendigkeit einer IAFP-Kompensation gegeben. Die Fraktion teilt die Ansicht, dass die Rechtsgrundlage auf mehrere Jahre hinaus geschaffen werden soll, sonst muss jedes Jahr erneut ein Antrag gestellt werden. Es ist leider nicht abzusehen, dass sich in einem Jahr die finanzielle Situation der Stadt grundlegend verbessert haben wird. Eine IAFP-Kompensation bis ins Jahr 2018 gibt Planungssicherheit und verhindert eine sinnlose Beschäftigung der Stadtverwaltung und des Parlaments. Zudem gibt das Parlament ein Führungsinstrument aus der Hand, wenn es dem GLP/PP-Antrag zustimmt. Mit dem stadträtlichen Antrag kann das Budget nach wie vor beeinflusst werden. In diesem Sinne stimmt die SP-Fraktion dem Stadtratsantrag zu.

Stadtrat M. Gfeller dankt den Mitgliedern der BBK für die konstruktive und speditive Behandlung. Der Stadtrat hat erst Ende Oktober 2014 über seine Absicht orientiert. Die BBK hat die Weisung in zwei Lesungen beraten. Es handelt sich um ein Drei-Säulen-Prinzip, insofern als die Umsatzabgaben in Prozent neu definiert und auf alle Profitcenter von Stadtwerk ausgedehnt werden, falls diese Abgaben nicht durch eine übergeordnete Gesetzgebung verhindert werden – zum Beispiel Wasser und KVA. Der Stadtrat nutzt die Freiheit besser, die in der Preisgestaltung für Gas und Fernwärme besteht. Es ist gerechtfertigt, nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass die Stadt, was die Stromrechnungen anbelangt, in Zukunft, das heisst in einer Phase von ca. 4 Jahren, vermehrt Schwierigkeiten haben wird. Die Stromliberalisierung wird der Schweiz von der EU ein Stück weit aufgezwungen, wenn sie in Zukunft weiterhin Strom exportieren will. Darüber wird das Volk aber noch abstimmen. Mittelfristig ist Stadtwerk in dieser Hinsicht teilweise im Ungewissen. Deshalb ist es gut, dass diese Umsatzabgabe als eine der drei Säulen auf eine breitere Basis gestellt werden kann und Gas und Fernwärme einbezogen werden können. Letztlich ist es aber richtig, dass solche Massnahmen Gebührenerhöhungen mitverursachen können, sei das beim Gas oder bei der Fernwärme. Man muss aber sehen, dass Winterthur im Vergleich zur Stadt Zürich sehr günstige Gaspreise hat. Die Stadt Zürich hat die Gasversorgung als Aktiengesellschaft organisiert, dadurch fliessen satte Dividenden in die Stadtkasse. Das macht Winterthur in einem verhältnismässig bescheidenen Masse. Wenn man die Strompreise mit Bern oder Basel vergleicht, zeigt sich ein ähnliches Bild. Die Stadt Bern lässt wesentlich mehr Geld aus den Strompreisen in die Stadtkasse fliessen, als Winterthur und das auf den gleichen Rechtsgrundlagen. Massgeblich ist das eidgenössische Stromversorgungsgesetz. Die Umsatzabgabe von 4,5 % bildet die 1. Säule.

Die 2. Säule bildet die Übernahme der Kosten und Bilanzpositionen der öffentlichen Beleuchtung durch Stadtwerk. Das ist in anderen Städten in der Schweiz Gang und Gäbe. Stadtrat M. Gfeller muss sich sagen lassen, dass er das bereits früher hätte realisieren müssen. Diese Regelung bestand in der Stadt Winterthur bis in die 90er Jahre. Dann hat der Preisüberwacher der Stadt auf die Finger geklopft. Eigenartigerweise haben andere Städte nicht reagiert. Winterthur hat reagiert und die Regeln geändert. Allenfalls hätte bereits in den 90er Jahre eine bessere Rechtsgrundlage geschaffen werden können, die resistenter gegenüber den Forderungen des Preisüberwachers gewesen wäre. Das wurde versäumt. Jetzt soll eine Regelung umgesetzt werden, wie sie in anderen Städten bereits besteht. Am heikelsten ist sicher die IAFP-Kompensation. Aber auch hier muss man berücksichtigen, dass andere Städte Trasse-Gebühren für Gas oder Fernwärme verlangen. Gas und Fernwärme

sind keine obligatorischen Erschliessungsmassnahmen wie Strom oder Wasser. Die IAFP-Kompensation ist vielleicht von der Wertschöpfung her eine originelle Massnahmen. Sie bezweckt aber das Gleiche wie die Umsatzabgabe von 4,5 %. Sie ist aber, im Gegensatz zur Umsatzabgabe, als «effort 14+» Massnahme deklariert. Insofern über einen bestimmten Zeithorizont vorgesehen, das heisst diese Abgaben sollen bis ins Jahr 2016 vorausschauend geregelt werden. Die Budgethoheit des Gemeinderates wird nicht geritzt. Es handelt sich im Prinzip um eine Plafonierung der Gesamtabgaben, die mit dieser IAFP - Kompensation festgelegt werden soll.

Es gibt durchaus Leute, die von den Winterthurer Dienstleistungen auf verschiedene Arten profitieren. Sie haben in Winterthur vielleicht eine Zweitwohnung, bezahlen aber in Winterthur, aus legalen Gründen, keine Steuern. Das wird in Zukunft noch zunehmen, mit den unterschiedlichen Familienbildern und mit dem Wachstum von Winterthur als Bildungsstandort. Wenn diese Leute an die Kosten von Winterthur etwas beitragen sollen, kann das über die Energiepreise erfolgen. Diese Kompensation ist von daher eine kluge Sache und kann Leute erreichen, die mit dem Steuerrecht nicht erreicht werden können. Die Schweiz hat in dieser Hinsicht ein Problem, weil kaum in einem Land die Steuererhebung so föderalistisch geregelt ist. Jede Gemeinde in der Schweiz kann bestimmen, inwieweit sie Steuern erheben oder Steuergeschenke verteilen will. Aus diesem Grund ist es ein Vorteil, dass Stadtwerk nicht privatisiert ist. Damit kann der Gemeinderat über die Gelder bestimmen. Insgesamt ist Stadtrat M. Gfeller froh über die positive Aufnahme der Weisung. Jetzt steht ein Antrag der GLP-Fraktion zur Debatte. Dem Stadtrat ist es wichtig, dass heute klar budgetiert werden kann. Für das Jahr 2014 gibt es keine Differenzen, die 3,2 Millionen sollen budgetiert und an die Stadtkasse überwiesen werden. Letztlich geht es um die Frage, wer mehr Flexibilität wünscht und wer mehr Sicherheit. Wenn der Antrag der GLP/PP-Fraktion angenommen wird, reduziert sich die Planungssicherheit für die Stadtkasse und für Stadtwerk. Sie wissen nicht, wie das nächste Budget ausfallen wird. Im Verlauf des Jahre 2014 wird der Stadtrat wahrscheinlich die nächste Weisung vorlegen müssen. Das kann der Stadtrat machen, wenn das Parlament das wünscht. Mit einer IAFP-Kompensation, wie das der Stadtrat beantragt, hätte man bereits bis ins Jahr 2016 Klarheit. Die Hauptsache ist, dass sich am Budget 2014 nichts ändert. Stadtrat M. Gfeller dankt für die wohlwollende Aufnahme dieser Weisung.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Über die 4 Anträge der GLP/PP-Fraktion wird einzeln abgestimmt. Die bereinigte Version wird der Stadtratsversion gegenübergestellt. Die Ratspräsidentin lässt über folgenden Antrag 1 abstimmen: Ziffer 3 wird gestrichen.

Der Rat stimmt dem Antrag zu, damit ist Ziffer 3 gestrichen.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier Ziffer 4 soll wie folgt geändert werden: Die Refinanzierung der Vergütung gemäss Ziffer 1 und 2 sowie die ausserordentliche Kompensation gemäss Ziffer 8 wird mit dem Voranschlag festgelegt; entrichtet wird der budgetierte Betrag.

Der Rat stimmt der Änderung von Ziffer 4 im Sinne des Antrags der GLP/PP-Fraktion zu.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Ziffer 8 soll wie folgt geändert werden: Es wird zur Kenntnis genommen, dass mit dem Budget 2014 (Novemberbrief) eine ausserordentliche Kompensation zugunsten des steuerfinanzierten Bereiches von Fr. 3,2 Millionen eingestellt wurden.

Der Rat stimmt der Änderung zu.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Ziffer 9 wird gestrichen.

Der Rat stimmt dem Antrag zu.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Damit hat der Gemeinderat die Weisung mit den von der GLP/PP-Fraktion beantragten Änderungen gutgeheissen.

2. Traktandum

GGR-Nr. 2013/091: Voranschlag 2014 und Festsetzung des Steuerfusses – Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2015-2017 (IAFP) und Nachtrag zum Voranschlag 2014 «Novemberbrief»

Stadtpräsident M. Künzle: Zu Beginn des heutigen bedeutungsvollen Abend möchte der Stadtpräsident vor der Budgetdebatte einige Worte an das Parlament richten. In den vergangenen Monaten, Wochen und Tagen war die Stadt Winterthur ab und zu in den lokalen aber auch in den nationalen Schlagzeilen. Neben einigen anderen Themen waren es vor allem die Finanzsorgen, die in der ganzen Schweiz zur Kenntnis genommen worden sind aber auch die Bemühungen das Problem zu lösen. Hinsichtlich der angespannten Finanzlage steht die Stadt Winterthur nicht allein da, sie war lediglich die erste. Der Schweizerische Städteverband und die Sonntagspresse haben aufgezeigt, wie es um die Städte und Gemeinden in der Schweiz steht. Die meisten werden in grosse finanzielle Probleme geraten, vor allem diejenigen, die nicht über ein grosses Eigenkapital verfügen. Die anderen wird es etwas später treffen. Die aufgrund von gesetzlichen Vorgaben und gesellschaftlichen Entwicklungen immer höher werdenden Bildungs- und Sozialkosten sind eine enorme Herausforderung. Sie können nicht lokal, sondern nur kantonale und allenfalls nationale bewältigt werden. Aber auch die Kantone und der Bund haben Finanzsorgen.

Der Stadtrat wurde getadelt, weil er den kantonalen Finanzausgleich als Grund für die finanziellen Engpässe bezeichnet hat. Es ist aber so. Der kantonale Finanzausgleich basiert auf dem Jahr 2005. Seither ist die Stadt um 8'000 bis 9'000 Menschen angewachsen. Der Ausgangswert von lediglich 86 Millionen Zentrumslastenausgleich war damals bereits zu gering und heute umso mehr. Auf diesen Umstand hat der Stadtrat damals bereits hingewiesen. Das entbindet den Stadtrat nicht davon seine Hausaufgaben zu machen. Das hat er gemacht. Es ist ebenfalls festzuhalten, dass der Stadtrat versucht hat die Bedürfnisse und Ansprüche der urbanen Gesellschaft aufzunehmen. Dadurch hat er sicherlich da und dort die Dienstleistungen in den letzten Jahren auf ein Niveau gesetzt, das heute nicht finanzierbar ist. Aus diesem Grund müssen die Leistungen etwas zurückgefahren werden. Damit hat die Bevölkerung natürlich grundsätzlich Mühe. Wer gibt gerne etwas her? Der Stadtrat hat seine Verantwortung wahrgenommen und hat, neben dem intensivierten Umgang mit den Finanzinstrumenten IAFP und Investitionsplanung, in 8 Monaten ein Sanierungspaket geschnürt im Umfang von 62 Millionen, inklusive dem Antrag auf Steuererhöhung. Das hat es in Winterthur in diesem Umfang noch nie gegeben. Die Stadträtinnen und Stadträte haben ihre Produktegruppen um fast 50 Millionen gedrückt. Sie haben erkannt, dass die Bevölkerung mit Einsparungen von weiteren 12 Millionen die Massnahmen noch stärker zu spüren bekommen würden. Aus diesem Grund hat der Stadtrat eine Steuererhöhung beantragt, nach dem Grundsatz, lieber die Steuern moderat erhöhen und dafür die Schwimmbäder und Quartierbibliotheken weiterhin erhalten. Mit der Steuererhöhung leisten alle einen Beitrag. Die Stadtregierung hat es sich nicht leicht gemacht. Erst am Schluss hat der Stadtrat über eine Steuererhöhung diskutiert, weil klar war, dass das durchaus ein belastendes Signal sein kann. Er weist aber darauf hin, dass im nächsten und im übernächsten Jahr auch andere Städte und Gemeinden diese Diskussion werden führen müssen. Alle Fraktionen im Grossen Gemeinderat wollen offensichtlich ein ausgeglichenes Budget. Das ist sehr begrüssenswert. Das heisst aber auch, dass noch 12 Millionen zu sparen sind, wenn man keine Steuererhöhung will. Offensichtlich war es für die Fraktionen nicht einfach, 12 Millionen Budgetreduktion zusammenzubringen, ohne rechtliche Grundsätze zu verletzen, was die Vorarbeiten des Stadtrates ebenfalls qualifiziert.

Der Budgetprozess ist in diesem Jahr nicht optimal verlaufen. Die Absprachen zwischen den verschiedenen Kommissionen haben nicht immer funktioniert, der Stadtrat hat das so wahrgenommen. Die zuständigen Stadträtinnen und Stadträte sollten bei den Debatten in den Kommissionen dabei sein können. Die Produktegruppen sollten abschliessend von den zuständigen Sachkommissionen diskutiert werden. Die Kommissionsmitglieder können jeweils die Produktegruppen auf Herz und Nieren prüfen und Fragen stellen. Der Stadtrat würde es

begrüssen, wenn er für den nächsten Budgetprozess gemeinsam mit den Fraktionen diesen Prozess überdenken könnte. Der Stadtrat und der Grosse Gemeinderat sind gemeinsam für die Stadtfinanzen verantwortlich. Abschliessend liegt die Hoheit über den Voranschlag und den Steuerfuss beim Parlament. Trotzdem sollten Parlament und Exekutive zusammenarbeiten. Mit der Einführung der Goldenberg-Gespräche wurde ein Schritt nach vorne gemacht. Stadtpräsident M. Künzle hofft, dass mit dieser Budgetdebatte nicht ein Schritt zurück gemacht wird. Der Stadtrat appelliert an den Grosse Gemeinderat, seine Verantwortung wahrzunehmen – nicht nur die Verantwortung über die Finanzen, auch die Verantwortung gegenüber dem städtischen Personal. Gerade das Personal hat viel mitzutragen – Verzicht auf Lohnmassnahmen, tiefere Monatslöhne in Folge der Sanierung der Pensionskasse, unsichere Situation aufgrund der Finanzdiskussion und der Diskussion über den zukünftigen Arbeitsplatz vor dem Hintergrund des Projekts Fokus. Zurzeit ist es schwierig Kaderleute aber auch Mitarbeitende bei der Stange zu halten. Die Fluktuationen haben in den letzten zwei Jahren stark zugenommen. Das ist auch im Rahmen von Bewerbungsgesprächen spürbar. Im Lohnvergleich kann die Stadt in Bezug auf die Kaderlöhne nicht bestehen, diese liegen 10 % tiefer als beim Kanton und in der Stadt Zürich, gesamtschweizerisch 3 % tiefer. Damit verliert die Stadt Kaderleute und findet keine neuen. Aber auch die öffentliche Hand benötigt gute Kaderleute. In drei Wochen ist Weihnachten. Der Stadtrat wünscht sich bewegliche und lösungsorientierte Fraktionen und er wünscht sich eine gute Zusammenarbeit mit dem Parlament, ein verantwortungsbewusstes Parlament, das für eine gute Qualität der Stadtverwaltung einsteht und das Wohl von Winterthur über parteiliche Interessen stellt. Vor allem wünscht sich der Stadtrat ein Budget für das nächste Jahr. Er bittet die Ratsmitglieder, gemeinsam für ein attraktives und nachhaltiges Winterthur einzustehen und für eine gute Entwicklung zu sorgen. Die Stadt hat Potential, die Stadt hat viele gute Ideen und Innovationskraft. Winterthur hat eine gute Zukunft. Dafür sind alle im Ratssaal verantwortlich.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Nach der Eintretensdebatte werden die einzelnen Produktgruppen behandelt. Die Ratspräsidentin hat bereits per Mail vorgeschlagen, dass die Produktgruppe Steuern und Finanzausgleich erst mit dem Antrag 4, ordentliche Gemeindesteuer, behandelt wird. Wenn alle anderen Produktgruppen besprochen sind, wird über den Antrag 2 noch nicht abgestimmt. Der Antrag 4 wird vorgezogen, weil sonst zwei Mal über den Steuerfuss diskutiert werden muss. Es macht Sinn, dass vor der Diskussion über den Steuerfuss die Höhe der Einsparungen bekannt ist.

Eintreten

S. Stierli (SP): Entgegen der langjährigen Usanz hat der Stadtrat vor dem Referenten gesprochen. S. Stierli entschuldigt sich daher, wenn er teilweise das gleiche sagt wie der Stadtpräsident. Der Stadtrat hat den vorliegenden Voranschlag als ein „Budget der Vernunft“ bezeichnet. Die Beratung des Voranschlags in den Kommissionen und die Diskussionen in der Öffentlichkeit haben gezeigt, dass einzelne Elemente heftig umstritten sind. Ist es nun ein „Budget der Vernunft“ oder ein „Budget der Unvernunft“? Fakt ist: Mit dem Erstellen des Voranschlags 2014 sah sich der Stadtrat einer ausserordentlich schwierigen Aufgabe gegenüber. Aber auch für den Grosse Gemeinderat ist die Planung schwierig. Denn die vorgelegten Einschätzungen der finanziellen Entwicklung mussten in den letzten Jahren mehrmals korrigiert werden. So sah der IAFP, der integrierte Aufgaben- und Finanzplan, das ist das Planungsinstrument über mehrere Jahre, im Jahr 2011 für das Jahr 2014 einen Aufwandüberschuss von 13,2 Millionen vor. Im Jahr 2012 korrigierte der Stadtrat im IAFP den Aufwandüberschuss für das Jahr 2014 auf 34,7 Millionen. Im März 2013 musste der Stadtrat die Planung erneut anpassen. Aufgrund der überarbeiteten Schätzung des Ressourcenausgleichs durch den Kanton und eine aktualisierte Steuerschätzung ging er nun von einem Sanierungsziel von einem Fehlbetrag von 55. Millionen aus. Im Juli 2013 erfolgte die nächste Korrektur: Aufgrund einer Hochrechnung zeichneten sich über 7 Millionen Mehrausgaben ab. Der Stadtrat kommunizierte darum im August 2013 ein Sanierungsziel von 62 Millionen. Der Stadtrat hat schliesslich das Sanierungsprogramm «effort 14+» ins Leben gerufen. Folgende Ziele verfolgte man damit: nachhaltige gesunde Stadtfinanzen, Stärken der Stadt nicht

gefährden – Winterthur soll attraktiv und lebenswert für alle bleiben. In zwei Sparrunden hat der Stadtrat rund 32 Millionen Ausgaben eingespart und zusätzliche Einnahmen von rund 15 Millionen generiert. Mit der beantragten Erhöhung des Steuerfusses um 5 Prozentpunkte und einer beim Kanton beantragten zusätzlichen Unterstützung sollte 2014 ein Ertragsüberschuss von 1,1 Millionen erzielt werden. Was sind die Gründe, dass sich die Stadt plötzlich mit einem Sanierungsziel von für Winterthurer Verhältnisse exorbitanten 62 Millionen Franken konfrontiert sah? S. Stierli stimmt der Einschätzung des Stadtpräsidenten zu. Ein wichtiger Grund ist der mit 86 Millionen zu tief bemessene Zentrumslastenausgleich des kantonalen Finanzausgleichs. Er ist nicht dynamisch und trägt den Entwicklungen der letzten Jahre, vor allem den steigenden Sozialkosten und den höheren Kosten im Bildungswesen, zu wenig Rechnung. Den Appell von Winterthur an die Adresse des Regierungsrates mit dem Hinweis auf die Fehler im Finanzausgleich und einem Gesuch um zusätzliche Unterstützung von 3 Millionen hat der Regierungsrat im November 2013 zurückgewiesen. S. Stierli zitiert die Antwort des Regierungsrates: „Auch in schwierigen Zeiten liegt die finanzielle Verantwortung in erster Linie bei den Gemeinden. Das vom Stadtrat Winterthur in der Zwischenzeit vorgelegte Budget 2014 bezeugt die Anstrengungen zur Sanierung des Haushalts und legt dar, wie das Angebot öffentlicher Leistungen vermindert und der Steuerfuss erhöht werden sollen, um einen ausgeglichenen Haushalt zu erzielen. Den Antrag Winterthurs, den kantonsinternen Finanzausgleich zu ändern, lehnt der Regierungsrat ab, weil dieser als Instrument wie auch die Höhe der Ausgleichsbeträge für die Zentrumslasten der Städte Zürich und Winterthur erst vor kurzem in einer Volksabstimmung bestätigt wurden.“ S. Stierli sieht davon ab, diese Antwort des Regierungsrates zu kommentieren. Sonst läuft er Gefahr, ein unschönes Wort zu gebrauchen. Es zeigt aber klar die Haltung des Regierungsrates: Gemäss Regierungsrat des Kantons Zürich muss Winterthur öffentliche Leistungen abbauen und/oder den Steuerfuss erhöhen. Gegenüber dem Kanton muss die Stadt vehement darauf hinweisen, dass es nicht angeht, dass der Kanton, aber auch der Bund, immer mehr Aufgaben an die Gemeinden delegieren, oder sonstige Gesetzesänderungen veranlassen, die für die Gemeinden Mehrkosten verursachen, und den Gemeinden dann lapidar sagt, sie müssten sparen.

Voranschlag 2014: Die wichtigsten Kennzahlen des Voranschlages 2014 – unter Berücksichtigung des Novemberbriefes - präsentieren sich wie folgt: Der Aufwand beläuft sich neu auf 1,464 Milliarden. und der Ertrag auf 1,463 Milliarden. Es wird somit ein kleiner Aufwandüberschuss von 1,325 Millionen Franken veranschlagt. Das Investitionsprogramm des Allgemeinen Verwaltungsvermögens beläuft sich auf rund 101,7 Millionen und beim Verwaltungsvermögen der städtischen Betriebe auf 127,2 Millionen. Beim Finanzvermögen ist eine Nettoinvestition von 9,5 Millionen. vorgesehen. Betreffend Personalaufwand und Lohnmassnahmen beantragt der Stadtrat, angesichts der desolaten Finanzlage, auf den Erfahrungs- und Leistungsanteil zu verzichten. Der Teuerungsausgleich entfällt. Vorzumerken ist, dass beim Personal ein Rotationsgewinn von 4 Millionen anfällt. Dieser wird im Konto städtische Allgemeinkosten verbucht. Das städtische Personal leistet mit Mehrarbeit, Leistungsabbau, Erhöhung von Gebühren und der Sanierung der Pensionskasse einen massgeblichen Beitrag zu Gunsten der Stadtkasse. S. Stierli verweist auf das Schreiben des Personalverbandes der Stadt Winterthur von Ende November 2013. Der Stellenplan beläuft sich 2014 auf 3'184 Stellen (2013: 3'207; 2012: 3'174). Das ist ein Abbau von rund 23 Stellen. IAFP: Der Integrierte Aufgaben- und Finanzplan sieht für die Jahre 2015, 2016 und 2017 Aufwandüberschüsse, also Verluste von 15, 13 und 17 Millionen Franken vor, wobei hier die beantragte Erhöhung des Steuerfusses einberechnet ist.

Würdigung: Vor einem Jahr hat S. Stierli an dieser Stelle gesagt, dass die Aufsichtskommission mit dem Voranschlag 2013 nicht zufrieden war. Finanziell gerettet hat uns damals der zusätzliche Ressourcenausgleich von 20 Millionen wegen des Börsengangs der Rohstofffirma Glencore. S. Stierli hat darauf hingewiesen, dass der Stadtrat, bzw. die Vorgängerin von Stadträtin Yvonne Beutler im Departement Finanzen, schon längst ein Sanierungsprogramm hätte aufgleisen müssen. Der Stadtrat hat spät reagiert, aber nach der Einschätzung von S. Stierli mit den richtigen Massnahmen. Das Sanierungsprogramm «effort 14+» hat einen grossen Aufwand in der Verwaltung verursacht. Zuerst hat die Stadtverwaltung in der laufenden Rechnung die vom Grossen Gemeinderat im Dezember 2012 beschlossenen pauschalen Budgetkürzungen in Millionenhöhe umsetzen müssen. Und dann hat man mit «effort

14+» ein Sanierungsziel von insgesamt 62 Millionen erreichen müssen. S. Stierli dankt hiermit ausdrücklich dem Stadtrat und den städtischen Mitarbeitenden für diese grosse Leistung, die nur mit viel Einsatz und Überstunden möglich war. Es ist gelungen, einen mit einem Aufwandüberschuss von 1,3 Millionen quasi ausgeglichenen Voranschlag zu präsentieren. Das ist angesichts der geschilderten schwierigen Ausgangslage eine sehr gute Leistung. Der umstrittenste Posten des Voranschlags ist zweifellos die Heraufsetzung des Steuerfusses auf 127 Prozent, was zusätzliche 13 Millionen in die Stadtkasse bringen würde. In der AK wurde der Antrag auf Steuererhöhung mit 7:4 Stimmen abgelehnt. In den 4 Sachkommissionen wurden in den letzten Wochen zahlreiche Anträge gestellt und diskutiert. Diese verfolgten grösstenteils das Ziel, so viel zusätzlich zu sparen, damit auf eine Steuererhöhung verzichtet werden kann. Es wurde auch versucht, wie letztes Jahr, über 9 Millionen in der Produktgruppe städtische Allgemeynkosten einzustellen. Es würde dann dem Stadtrat obliegen zu bestimmen, wo genau diese Millionen eingespart werden. Allerdings hat Stadträtin Y. Beutler ein juristisches Gutachten in Auftrag gegeben. Dieses kommt zum Schluss, dass das so nicht zulässig ist. Auch der Bezirksratspräsident hat sich in den Medien dahingehend geäussert. S. Stierli ist daher frohen Mutes, dass es heute nicht zu rechtswidrigen pauschalen Kürzungen kommt. Falls doch, erwartet er vom Stadtrat, dass er das nicht wieder wie letztes Jahr einfach schluckt, sondern nun wirklich Beschwerde an den Bezirksrat erhebt. Zu den Kürzungsanträgen hat S. Stierli eine weitere Bemerkung. Im vorliegenden Drehbuch finden sich zahlreiche Sparanträge, die so spät gestellt wurden, dass sie nicht in den Kommissionen besprochen werden konnten. Falls diese Anträge heute gestellt werden, ist doch darauf hinzuweisen, dass die Gemeindeordnung (§ 31) und die Geschäftsordnung bestimmen, dass die Sachkommissionen in den ihnen zugewiesenen Sachbereichen das Budget zuhanden des Grossen Gemeinderates vorberaten. Es ist zwar zulässig, in der Budgetdebatte spontan einen Antrag zu stellen, der in der Sachkommission nicht beraten werden konnte. Wenn das um einen kleinen Betrag geht, kann man mal ein Auge zudrücken. Wenn es aber um hohe Beträge geht, ist es gegenüber dem Stadtrat und den Kollegen in der betreffenden Sachkommission aus Sicht von S. Stierli unkollegial und auch unseriös, wenn solche Anträge heute debattiert werden müssten, ohne dass eine vertiefte Diskussion in der Kommission stattfinden konnte. Dann könnte man die Kommissionen auch gleich abschaffen. Über alle Kommissionen geblickt wurden zahlreiche Anträge angenommen, aber auch viele abgelehnt. Desgleichen wurde die vom Stadtrat beantragte Erhöhung des Steuerfusses abgelehnt. Das hat dazu geführt, dass in der Schlussabstimmung in der AK alle mit dem Ergebnis unzufrieden waren.

Einstimmig war aber das Eintreten auf den Voranschlag beschlossen worden. Es liegt nun an uns, heute einen Voranschlag zu beschliessen. S. Stierli wünscht sich 1. einen Voranschlag, der rechtlich zulässig ist. Der also keine rechtswidrig zustande gekommenen Anträge enthält. 2. Der Voranschlag soll so sein, dass er es nicht dem Stadtrat überlässt zu bestimmen, welche Leistungen abgebaut werden. Das liegt in der Verantwortung des Grossen Gemeinderates. Dafür wurde er gewählt. Das Parlament muss dem Stadtrat ganz genau sagen, welche Leistungen er mit dem zur Verfügung gestellten Geld für die Bevölkerung zu erbringen hat und wo er allenfalls abzubauen hat. Wer das nicht kann oder nicht will, der muss sich überlegen, ob er hier nicht am falschen Platz ist. 3. Und schliesslich soll der Voranschlag anständig mit dem städtischen Personal und dem Stadtrat umgehen. Er soll so zustande kommen, dass die bisher gute Zusammenarbeit zwischen dem Grossen Gemeinderat und der Verwaltung nicht gestört wird. Und das Resultat des Voranschlags soll so sein, dass alle damit leben können. Unter dem Titel Würdigung des Voranschlags noch ein Wort zum IAFP und zur Investitionsplanung: S. Stierli hat es eingangs erwähnt: der IAFP war bislang nicht immer sehr verlässlich. Vorliegend wurde der IAFP erst verspätet ausgeliefert. Das Warten hat sich aber gelohnt. Der IAFP kommt nun mit zusätzlichen Informationen daher und ist sorgfältig erstellt worden. S. Stierli dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für diese Zusatzarbeit. Desgleichen die Investitionsplanung. Diese wurde zusammengestaucht, erscheint jetzt nicht mehr so als Wunschprogramm. Bezüglich Planungsinstrumente und Planungssicherheit hat die Finanzvorsteherin richtige Massnahmen eingeleitet. Abschliessend bedankt sich S. Stierli beim Stadtrat und bei der Verwaltung für die vorzügliche und umfangreiche Arbeit für den vorliegenden Voranschlag und den Sachkommissionen für einen überzeugenden Voranschlag im Dienste der Bevölkerung.

M. Wenger (FDP): Als erstes geht ein grosses Dankeschön von der FDP an den Stadtrat und alle Beteiligten für den aussergewöhnlichen Einsatz, der für das Budget 2014 geleistet worden ist. Das war eine riesen Arbeit. Nur schon aufgrund des Mailverkehrs konnte festgestellt werden, dass der Stadtrat und seine Kaderleute diverse Nacht- und Wochenendschichten eingelegt haben. M. Wenger dankt aber auch den Gemeinderatskolleginnen und Kollegen, die als Milizpolitiker viel Idealismus und nicht bezahlte Zeit investieren. Die Kommissionsitzungen waren aus Sicht der FDP extrem mühsam. Die Anträge der FDP waren gemäss Stadtrat unmöglich, weil ungesetzlich, weil pauschal. WOV oder die Wirkungsorientierte Verwaltung wird so interpretiert, dass, wenn man einen Franken hineingibt, ein Franken an Leistung herauskommen muss und umgekehrt. Effizienzsteigerung hat leider keine erkennbare Bedeutung. Die Informatik ist ein Paradebeispiel. Winterthur hat eine sehr gute Informatikabteilung. Aber trotz massiv steigender Informatikaufwendungen wird bei den Bestellern, den einzelnen Departementen, als Folge kein Effizienzgewinn realisiert, der nachvollziehbar ist. Der bevorstehende Umzug in den Superblock ist ein anderes Beispiel. 800 Mitarbeitende von 24 Standorten werden an einen Standort ziehen. Ernsthaftige Effizienzgewinne sind anscheinend nicht möglich. Man braucht sogar eine zusätzliche Stelle für die Hauswartung und das Hausmanagement, obwohl an den bisherigen 24 Standorten Leistungen wegfallen.

Der Stadtrat hat mit vielen Massnahmen die Rechnung um 45 Millionen verbessert. Trotzdem hat der Aufwand um 250'000 Franken zugenommen. Das ist nicht viel, aber sparen kann man dem nicht sagen. Einzelne Massnahmen tun auch der FDP weh. Im Sinne des Ganzen beisst sie jedoch in den sauren Apfel. Aber eine Steuererhöhung von 5 Prozentpunkten, die 13 Millionen mehr Steuern einbringen soll, macht die FDP nicht mit. Sie will keine Steuererhöhung und sie will, dass Winterthur die Ausgaben in drei Jahren wieder im Griff hat. Die Anträge der FDP werden das aktuelle Budget um ca. 6 bis 8 Millionen entlasten. Lohnkürzungen sind für die FDP kein Thema. Als Sofortmassnahmen unterstützt sie diverse Kürzungen. Das reicht aber nicht. Damit der Fehlbetrag gedeckt werden kann, akzeptiert die FDP-Fraktion Anträge, Spezialrückstellungen als Einnahmen in die laufende Rechnung einzubringen. Stadtwerk ist dafür ein Beispiel. Dieser Griff in den Giftschränk ist nur in einer Notlage zu verantworten. Man könnte stundenlang über Schuldige und über Verursacher des Fehlbetrags von 62 Millionen diskutieren. Wieso sind in den letzten 7 Jahren 340 neue Stellen geschaffen worden. Wieso haben Stadtrat und Parlament nicht früher die Kosten reduziert? Wieso hilft der Kanton nicht? Und Ja es ist auch noch Wahlkampf. Aber jammern und debattieren bringen nicht weiter. Es braucht grosse Entscheide, die früher oder später getroffen werden müssen. Aus diesem Grund stellt die FDP unter Punkt 1 einen Antrag: Die Verselbständigung von Bereichen, die bisher bei der Stadt sind, soll geprüft werden. Stichworte sind das Stadttheater, Stadtgärtnerei, Stadtwerk und Stadtbus, ebenso die Prüfung einer Verselbständigung der Alters- und Pflegezentren, wie das in anderen Städten der Fall ist und erfolgreich praktiziert wird. All diese Bereiche sind emotional sehr sensibel und müssen gut vorbereitet werden. Es muss klar sein, was eine Verselbständigung bedeutet für die Kunden, die Mitarbeitenden, die relevanten Leistungen und für die Kosten. Damit der Gemeinderat und die Bevölkerung richtig entscheiden können, sollen auch diese Entscheide in zwei bis drei Jahren Wirkung zeigen und die Stadt entlasten. Es braucht mehr mutige Lösungen für Winterthur. Auch die FDP-Fraktion wird heute auf das Sitzungsgeld verzichten und tritt auf das Budget 2014 ein.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Angefangen hat die Diskussion um das Budget und um die Sparmassnahmen unter anderem damit, dass der Stadtrat den Lichttagen das Geld gestrichen hat. Die Installationen der Lichttage haben weit über Winterthur hinaus geleuchtet. Ch. Griesser hat die Installationen ausserordentlich geschätzt. Gerade im Winter war es toll, wenn man sich von den Lichtinstallationen verzaubern lassen konnte. Klar ist, das ist eine persönliche Bewertung. Klar ist, jeder und jede hätte gern, dass irgendetwas, das jetzt gestrichen wird, erhalten bleibt. Ebenfalls klar ist, dass jeder und jede im Rat irgendwo noch ein Sparpotential sieht. «Effort 14+» und das Budget, über das heute diskutiert wird, sind Kompromisse. Die Vorstellung, dass die Grüne Partei alles lustig findet, was im Budget steht, ist völlig falsch. Aber die Grüne/AL-Fraktion ist bereit in diesen sauren Apfel zu beis-

sen. Äusserungen, dass gar nicht gespart wird, sind aber reiner Wahlkampf und falsch. Im Jahr 2009 betrug der Aufwand der Stadt Winterthur pro Kopf 11'428 Franken, im Jahr 2010 waren es 10'951 Franken, im Jahr 2011 waren es 11'298 Franken, im Jahr 2012 waren es 12'028, im Budget 2013 sind 11'551 Franken eingestellt und für das Jahr 2014 sind 11'380 Franken vorgesehen. Der Aufwand pro Kopf beträgt 650 Franken weniger als 2012. Das sind 5,4 %. Damit wird wirklich gespart. In den letzten Jahren ist die Bevölkerung in Winterthur gewachsen und das Wachstum hat seinen Preis. Man könnte die Stadt mit einer Familie vergleichen, die ein oder zwei Kinder mehr zu versorgen hat und das Einfamilienhaus um einen Anbau erweitern will. Das Problem ist, dass solche Anbauten meist teurer sind, als man meint. Die Familie Winterthur hat aber, das wissen alle, kein Eigenkapital, um diesen Anbau zu finanzieren. Die Familie Winterthur hat aber – und das ist fatal – in den letzten Jahren die Haupterwerbsquelle, sprich die Steuern, reduziert. Jetzt erhält die Stadt die Quittung. Ein Teil dieser Reduktion muss rückgängig gemacht werden. Wachstum hat seinen Preis. Ch. Griesser ist erstaunt, wie plötzlich verschiedene Ratsmitglieder das Wachstum kritisieren. Wie erwähnt, hat der Stadtrat den Lichttagen den Strom abgestellt, seither irren einige Parlamentarier ohne Taschenlampe und Taschenrechner durch die Bücher. Die Grüne/AL-Fraktion ist der Ansicht, dass sich der Stadtrat auf dem richtigen Weg befindet und wird ihn soweit wie möglich und grösstenteils unterstützen.

A. Steiner (GLP/PP): In den letzten Wochen konnte man den Medien entnehmen, dass die Grünliberalen eine Steuererhöhung auf Vorrat ablehnen. Jede Bank würde eine Firma, die Geld will ohne Businessplan nach Hause schicken. Die GLP/PP-Fraktion fühlt sich verpflichtet diesen Finanzplan einzufordern. Es liegt keine saubere Planung vor, mit der aufgezeigt wird, wie sich die Stadt Winterthur finanziell in den nächsten Jahren entwickeln wird, wie man reagieren will und welche Pläne vorliegen. Es wurden lediglich einige Zahlen aufgelistet, die sich verändern könnten. Bevor die GLP/PP-Fraktion einer Steuererhöhung zustimmen und von der Bevölkerung mehr Geld verlangen kann, muss eine saubere Finanzplanung gemacht werden. Wir müssen die Finanzen in die Hand nehmen und uns nicht treiben lassen. Wir müssen die Finanzen in den Griff bekommen. Immerhin hat der Stadtpräsident gestern am Podium von TELE TOP erklärt, dass man das auch beabsichtigt. Man hat also diesen Faden aufgenommen. Die GLP/PP-Fraktion setzt grosse Hoffnung in diese Aussage. Eine Steuererhöhung zum jetzigen Zeitpunkt wäre ein völlig falsches Signal. Es geht nicht nur um die Anwesenden im Ratssaal. Es geht auch um die Gewerbe- und Industriebetriebe in Winterthur. Bekanntlich gibt es eher zu wenig Betriebe in der Stadt. Deshalb geht es insbesondere um die Firmen, die sich noch nicht in Winterthur ausgesiedelt haben. Firmen, die Arbeitsplätze anbieten sollen, Firmen, die Wertschöpfung generieren sollen, damit die Stadt in Zukunft über genügend Steuereinnahmen verfügen kann. Die Stadt verbaut sich ohne Not Entwicklungsmöglichkeiten und damit eine bessere Perspektive für die Zukunft. Eine Steuererhöhung auf Vorrat löst keine Probleme, sondern wird in Zukunft neue Probleme schaffen. Die Ursachen des Ausgabenwachstums sind vielseitig. Der Stadtpräsident hat einige davon bereits aufgezeigt. Eine Ursache sind zweifellos die steigenden Kosten bei der Sozial- und Erwachsenenhilfe und bei der individuellen Unterstützung. Das musste mit Sparmassnahmen kompensiert werden. Die Grünliberalen anerkennen, dass die Städte zunehmend Probleme mit diesen Kosten haben und darum haben sie Hand geboten und eine Behördeninitiative eingereicht, um das Problem sachlich anzugehen und es gemeinsam mit dem Kanton und andere Städte zu lösen.

Die 62 Millionen sind keine Einsparungen, sondern zusätzlich geplante Ausgaben. Davon wie erwähnt, zusätzliche Sozialauslagen, das ist richtig. Aber es wurden auch Ausgaben budgetiert, die als Wunsch im Budget stehen. A. Steiner erinnert die Ratsmitglieder daran, dass in den letzten Jahren immer ein Minus von 35 Millionen im integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) aufgeführt war und es ist immer gelungen das Defizit auszugleichen. Die Wunschauslagen mussten letztendlich immer wieder gestrichen werden. Die Budgethoheit liegt beim Gemeinderat. Das Parlament kann heute bestimmen zu welchem Preis, welche Leistung und welche Qualität erbracht werden soll. Die Grünliberalen sind bereit Verantwortung zu übernehmen und haben Sparvorschläge eingebracht, die im Einzelfall nicht angenehm sein werden. Sparen macht nie Spass. Auch nicht der GLP/PP-Fraktion. Die Sparvorschläge werden die Lebensqualität in der Stadt Winterthur nicht nachhaltig verschlechtern.

Ein wesentlicher Fokus haben die Grünliberalen auf die Anschaffung von Mobilien, auf weniger Dienstleistung Dritter, auf weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie auf die Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn gelegt. In diesen Produktgruppen hat die Stadt in den letzten Jahren 10 Millionen mehr ausgegeben. Leider hat sich der Stadtrat geweigert, die doch sehr konkreten Sparvorschläge als gesamtes entgegenezunehmen und selber mit seinen vertieften Kenntnissen bezüglich Umsetzbarkeit in der Verwaltung innerhalb der Produktgruppen zu verteilen. Es ist mit dem Bezirksrat gedroht worden. Das hat die GLP/PP-Fraktion gezwungen in kurzer Zeit die Einsparungen auf praktisch alle Produktgruppen zu verteilen. Der Gemeinderat hat aber in seiner Funktion zu wenig tiefen Einblick in die Verwaltung, als dass er Fehler generell vermeiden könnte. Die GLP/PP-Fraktion gibt zu, dass die Streichungen Fehler enthalten werden. Aus diesem Grund wird die Fraktion einen Antrag stellen, den Stadtratskredit anstatt um 200'000 Franken zu kürzen, neu um eine Million zu erhöhen. Letztendlich hat der Stadtrat 2 Millionen Stadtratskredit zur Verfügung, um die prozentualen Kürzungen, die in den Produktgruppen vorgenommen werden sollen, auszugleichen und in eigener Kompetenz rückgängig zu machen.

N. Gugger (EVP): Jede Partei hat ihre Anliegen und will Anträge durchbringen. Die EVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für sein Engagement und hofft, dass heute Abend und nächsten Montag ein Budget genehmigt werden kann, das einem sogenannten salomonischen Mittelweg entspricht. Dieser Mittelweg beinhaltet, dass der Gemeinderat nicht an einem Ort, wo der Stadtrat freiwillig gekürzt hat, wieder mehr Geld einstellt. Dieser Mittelweg bedeutet auch, dass der Gemeinderat nicht mit Pauschalkürzungen, zum Beispiel im Departement Schule und Sport, den Stadtrat zwingen Stellen zu reduzieren oder Klassen zusammenzulegen. N. Gugger hofft, dass die Stadtgärtnerei nicht gezwungen wird aufgrund einer Pauschalkürzung von 400'000 Franken Stellen abzubauen. In diesem Sinne wird die EVP jede rechtswidrige Kürzung ablehnen. Ein Budget hat, aus Sicht der EVP, vor allem öffentliche Aufgaben zu erfüllen, Wohlfahrt, Verteilung, Infrastruktur etc. Nur daran ist eine Regierung zu messen. Ob die Einnahmen und die Ausgaben positiv, negativ oder ausgeglichen sind, ist weit weniger wichtig, als dass die richtigen Massnahmen für die Bevölkerung und die Angestellten getroffen werden. Die Stadt Winterthur wächst jedes Jahr um ca. 1'500 Leute. Die Sachkosten sollen aber reduziert werden. In den letzten Jahrzehnten sind Infrastrukturprojekte nicht realisiert worden. Es gibt Fehlplanungen bei Schulhäusern und Investitionen, die Auswirkungen werden jetzt auf die Stadt zukommen. Trotz massiven Einnahmefällen, wachsenden Aufgaben und zusätzlich überbundenen Lasten will die EVP heute versuchen einen ausgeglichenen Voranschlag zu erreichen. Aus diesem Grund wird sie einen salomonischen Mittelweg vorschlagen. Die Fronten sind verhärtet. Eine bürgerliche Mehrheit wird sagen, dass sie 127 Steuerprozent, also eine Erhöhung um 5 %, ablehnt. Die Linke wird sagen, dass sie die 127 Steuerprozent befürwortet, die der Stadtrat vorschlägt. Die Sitzung könnte schnell beendet werden und das Problem wäre gelöst, wenn ein Mittelweg befürwortet würde. Das wird aber heute Abend und nächsten Montag nicht der Fall sein. Aus diesem Grund will die EVP bereits in der Eintretensdebatte den Vorschlag machen die Steuern auf 125 Steuerprozent anzuheben, also eine Erhöhung um 3 Steuerprozent. Das würde einen Beitrag ans Budget von 7,8 Millionen bedeuten. Aber es werden weiterhin 5 Millionen fehlen. Die EVP bedauert, dass mit Pauschalkürzungen fehlende Beträge hereingeholt werden sollen. Diese Massnahme wird sicher nicht die Lösung bringen, weil in der Folge der Rechtsweg beschritten werden muss, der Mehrkosten verursachen wird. In diesem Sinne hofft die EVP, dass der Gemeinderat in der Schlussabstimmung der Erhöhung um 3 Steuerprozent zustimmen wird. Sie hofft auf eine gute und angenehme Debatte.

R. Harlacher (CVP): Einmal mehr steht eine unangenehme Budgetdebatte bevor und einmal mehr ist die Stadt in finanzieller Hinsicht praktisch keinen Schritt weitergekommen. R. Harlacher kann seine Eintretensvoten vom letzten Jahr und den Vorjahren praktisch eins zu eins übernehmen, denn die finanzielle Situation der Stadt hat sich weder verbessert noch sieht man erste Lichtblicke. Es ist sogar noch um einiges schlimmer als in den Vorjahren. Der Gemeinderat wird heute über Steuererhöhungen und drastische Kürzungen in den einzelnen Produktgruppen befinden. Wieso kommt die Stadt nicht vorwärts? Das gross ange-

kündigte Sparprogramm von 62 Millionen beruht in erster Linie darauf, dass prognostizierte Mehrausgaben für das Jahr 2014 eliminiert werden. Der Stadtrat hat dabei grosse Anstrengungen unternommen, einen Grossteil der prognostizierten Mehraufwendungen zu kompensieren. Er ist jedoch vor der Ziellinie zum Stehen gekommen. Bei genauerem Hinsehen muss man leider feststellen, dass der Aufwand 2014 gegenüber 2013 praktisch auf dem gleichen Niveau zu stehen kommt. Von einer Reduktion der Kosten kann keine Rede sein. Es stellt sich die Frage, ob in diesem Fall von Sparen gesprochen werden kann. Natürlich können Kennzahlen errechnet werden, die belegen, dass die Kosten pro Kopf gesunken sind. Aber am Ende des Tages gibt die Stadt im nächsten Jahr gleich viel aus wie 2013. Das ist nicht gespart. Es ist deshalb unverständlich, dass bei gleich hohem Aufwand mit Steuererhöhungen gerechnet werden muss. Die letzte Extrameile ist der Stadtrat nicht mehr gelaufen und begnügt sich damit, dem Parlament aufgrund des Fehlbetrags eine Steuererhöhung zu unterbreiten. Die CVP-Fraktion ist der Meinung, dass die Stadt nicht primär Probleme aufgrund eines zu tiefen Steuerfusses hat.

Die Analyse zu den Stadtfinanzen fällt deshalb anders aus, als diejenige des Stadtrates. Es ist in all den Jahren nicht gelungen die strukturellen Ausgaben zu senken und die Verwaltung effizienter zu machen. Von Jahr zu Jahr wurden neue Stellen geschaffen und der Aufwand ist unweigerlich gestiegen. Natürlich fehlen auch berechnete Einnahmen aus dem Finanzausgleich. Wobei der Fehlbetrag im Rahmen des Gesamtbudgets doch vernachlässigbar ist. Die Probleme liegen nicht primär beim Finanzausgleich. Gesunde Stadtfinanzen beruhen in erster Linie auf einer strikten Ausgabenkontrolle, sparsamem Verhalten in allen Bereichen und einer Reduktion der Leistungen auf ein Minimum. Dabei sind auch die kantonalen und nationalen Vorgaben entscheidend. Die CVP-Fraktion hat deshalb im Kantonsrat einen Vorstoss eingereicht. Es soll überprüft werden, ob Gemeinden, die sich in finanziellen Schwierigkeiten befinden, von kantonalen Verbindlichkeiten vorübergehend entbunden werden können. Das würde den Gemeinden in harten Zeiten Flexibilität verschaffen. Heute wird der Gemeinderat über beantragte Steuererhöhungen diskutieren. Dabei wird übersehen, dass ein Abwärtsstrudel eingeläutet wird, wenn man diesem Antrag zustimmt. Der Steuerfuss ist in Winterthur nicht wirklich ein Problem, weil er bereits der höchste ist im Kanton. Wenn die Stadt ein Problem mit den Steuern hat, ist das die Steuerkraft pro Person. Die Steuerkraft pro Person kann nicht gesteigert werden, indem man die Steuern erhöht. Eine Erhöhung der Steuerkraft wird torpediert, indem einkommensstarke Personen und zahlreiche Firmen nicht angezogen werden. Die CVP-Fraktion kann einer Steuererhöhung im Hinblick auf die Zukunft nicht zustimmen. Das Ziel, mehr Arbeitsplätze nach Winterthur zu holen, wird gefährdet. Es ist deshalb rätselhaft, wie der Stadtrat mit diesem Dilemma umgehen will. R. Harlacher wäre dankbar, wenn die zuständige Finanzchefin eine Antwort geben könnte. Es wäre naiv zu glauben, dass eine Steuererhöhung keine Signalwirkung gegen aussen haben wird. Wenn man den IAFP studiert, stellt man fest, dass 2015 und 2016 weiterhin mit einem Defizit zu rechnen ist. Sollen in einem Jahr die Steuern weiter erhöht werden? Die Probleme können damit für die Zukunft nicht gelöst werden.

Die Planzahlen zeigen, dass in erster Linie an den Ausgaben gearbeitet werden muss. Eine Lohndebatte hat für die CVP keine Priorität. Die Fraktion wird Lohnkürzungen nicht zustimmen. Die Vorstellungen des Parlaments und der Kommissionen vom Prozess der Budgetdebatte unterscheiden sich von denen des Stadtrates. Die CVP ist der Meinung, dass über die Budgets der Produktgruppen das Gesamtbudget gesteuert wird. Es kann nicht die Aufgabe der Kommissionen und des Parlaments sein, jeden Filzstift einzeln zu streichen. Der Gemeinderat definiert die Budgets der Produktgruppen. Es liegt dann bei der zuständigen Verwaltung mit diesem Geld die Leistungen zu erbringen. Eine juristische Beurteilung zu gewissen Anträgen bereits zu Beginn der Budgetdebatte einzubringen, war für die Zusammenarbeit sicher nicht förderlich. Die CVP-Fraktion wird heute Abend ebenfalls auf das Sitzungsgeld verzichten, als kleiner Beitrag an die Stadtfinanzen. Sie hofft, dass das Parlament, insbesondere die linke Ratsseite, ihren Beitrag heute Abend leistet und die Ausgaben für die Zukunft zurückfährt. Es wäre gefährlich, wenn man eine Steuererhöhung durchwinken müsste, wenn man berücksichtigt, was in Zukunft auf die Stadt zukommt. Sogar der Präsident der Aufsichtskommission hat erwähnt, dass die Aufgaben noch nicht gemacht sind. R. Harlacher hofft, dass man heute einen Schritt weiter kommt.

D. Oswald (SVP): Einmal mehr steht man am gleichen Punkt wie letztes Jahr um diese Zeit. Die SVP hat bereits letztes Jahr erklärt, dass mehr gespart und das Ausgabenwachstum eingedämmt werden muss. Man hat es nicht geschafft und die Notwendigkeit in Abrede gestellt. Es wurde erklärt, dass es auch nicht nötig sei und 2014 etwa 30 Millionen gespart werden sollen. Jetzt sind es nicht 30 Millionen, sondern 62 Millionen, die in der Stadtkasse fehlen. Was heisst eigentlich, sie fehlen. Im letzten Jahr hat D. Oswald einen Mehrjahresvergleich aufgelegt und ausgerechnet, dass die Stadt 2011 pro Kopf 11'400 Franken ausgegeben hat. Er freut sich, dass die Grünen ebenfalls mit dieser Zahl rechnen. Das Gute an dieser Zahl ist, dass das Bevölkerungswachstum antizipiert wird. Mit den richtigen Zahlen arbeitet Ch. Griesser inzwischen aber mit dem Schluss, den er daraus zieht, ist D. Oswald nicht einverstanden. Im Jahr 2012 war erstmals der neue Finanzausgleich wirksam. Die meisten Ratsmitglieder hatten Freude daran und haben gemeint, das Paradies sei greifbar nahe. Die Ausgaben pro Einwohner sind aber um 700 Franken gestiegen von 11'300 Franken auf 12'000 Franken. Darin haben sich viele getäuscht. Das labile System des neuen Finanzausgleichs zeigt eine andere Seite. Wenn jetzt 11'381 Franken pro Einwohner vorgesehen sind im Budget 2014 ist der Stadtrat in der richtigen Richtung unterwegs. Wenn nur 30 Millionen fehlten würden, dann stünde es nicht schlecht um die Stadt. Allerdings werden 109'000 Einwohner prognostiziert für das Jahr 2014. Das entspricht einem überdurchschnittlichen Wachstum. Gleichzeitig hat die Standortförderung das Einwohner-Marketing zurückgefahren, was richtig ist. Das Stellen-Marketing soll hingegen gefördert werden. Das unterstützt die SVP. D. Oswald erwartet daher ein unterdurchschnittliches Bevölkerungswachstum, kein überdurchschnittliches. Ansonsten würden die geplanten Massnahmen noch nicht greifen.

D. Oswald war höchst erstaunt, dass der bereinigte budgetierte Aufwand für das Jahr 2014 lediglich um 240'000 Franken kleiner ausgefallen ist, als für das Jahr 2013. Das heisst, der Stadtrat hat nicht gespart, sondern lediglich zusätzliche Wünsche verhindert. Wenn man berücksichtigt, dass die Abschreibungen im Budget 2014 um 6 Millionen tiefer sind als im Budget 2013 und die Schuldzinsen 4 Millionen höher im Budget 2014 als im Budget 2013, sind es doch rund 2 Millionen, die an den übrigen Positionen mehr ausgegeben werden als 2013. Die Massnahmen, die der Stadtrat im Rahmen von «effort 14+» ergriffen hat, waren zwingend notwendig. Das war sicher eine harte Arbeit. Dafür bedankt sich D. Oswald beim Stadtrat. Es geht in die richtige Richtung. Wirklich gespart wurde aber nicht. Es wurden nur zusätzliche Begehrlichkeiten verhindert. Bei einem Schuldenberg von bald 1,4 Milliarden oder einem rekordhohen Steuerfuss ist das zu wenig. Bisher wurde weder der Rotstift ange-setzt noch ist der Gürtel enger geschnallt worden, noch hat ein Streichkonzert stattgefunden auch die Zitrone ist keineswegs ausgepresst und es gibt noch Fleisch am Knochen. Aber die SVP wird deshalb nicht den Zweihänder benutzen. Die SVP hat sich an einem Wochenende in die Berge zurückgezogen und sich mit dem Budget auseinandergesetzt. Dabei hat sie weiteres Sparpotential gefunden. Die Lohnsituation wurde bereits thematisiert. Der Stadtrat hat bereits einen Entscheid getroffen und hat auf 10 % seines Lohnes verzichtet. Dazu gratuliert die SVP dem Stadtrat. Dieser Entscheid hat Symbolwirkung. Der Stadtrat leistet einen Beitrag. Wenn jemand ein eigenes Unternehmen besitzt, ist der Gewinn in einem guten Geschäftsjahr höher und in einem schlechten Geschäftsjahr tiefer. In diesem Sinne zeigt der Stadtrat Grösse. Weitere Anträge zu Lohnmassnahmen wird die SVP nicht stellen. Bereits 2006 war die SVP gegen die Lohnkürzungen, die der Stadtrat im Rahmen der Sanierungsmassnahmen vorgeschlagen hat und von der Mehrheit im Rat gutgeheissen wurden. Die Leute sollen anständig entlohnt werden. Es ist besser weniger Leute einzustellen und dafür gute Löhne zu zahlen. Interessant ist, warum bekannt wurde, mit welchem Mehrheitsverhältnis der Stadtrat eine Steuererhöhung beschlossen hat. Aber es wurde nicht bekannt, mit welchem Mehrheitsverhältnis eine Lohnreduktion abgelehnt worden ist. Die Vermutung liegt nahe, dass primär die linke Seite das verhindern wollte, weil dann die Parteisteuern wesentlich kleiner werden. Die 10 % Reduktion wird der SP einen fünfstelligen Betrag weniger in die Kasse spülen. Das nur nebenbei. Die SVP ist froh, dass unter den Parteien konstruktive Lösungen gefunden werden konnten, die Mehrheitsfähig sind. Somit sind die Voraussetzungen gegeben, dass heute Abend ein Budget beschlossen werden kann, ohne dass die Steuern erhöht werden müssen. Die SVP lehnt Steuererhöhungen ab.

D. Oswald richtet einige Worte an die Kolleginnen und Kollegen, die sich in den letzten Monaten primär um Marketing und Kommunikationsmassnahmen gekümmert haben. Es war erstaunlich wie viel Engagement zu diesem Thema investiert wurde und zwar in konzertierte Leserbriefaktionen, die der Winterthurer Bevölkerung weismachen wollen, dass nicht gespart werden kann. Sie haben sich einfach verweigert und nicht konstruktiv zur Sanierung der Finanzen beigetragen. Diesen Kolleginnen und Kollegen kann D. Oswald nur sagen: Meine Damen und Herren, wer nicht Teil der Lösung ist, ist Teil des Problems. Das gleiche kann man auch denen sagen, die sich hinter formellen Fragen verstecken wollen. Auch für die SVP sind formelle Dinge nicht unwesentlich. Der Gemeinderat soll aber ebenfalls einen Beitrag zur Sanierung leisten. Die SVP wollte eigentlich den Antrag stellen, dass der Gemeinderat auf die Essenpauschale verzichtet. Daraufhin wurde erklärt, dass das nicht geht, weil die Essenpauschale dem Gemeinderat zusteht. Es handelt sich dabei aber um eine formelle Sache.

Die Globalbudgets sind relativ neu. Das System, die Wirkungsorientierte Verwaltung, WOV, hat noch einige Mängel. Der Gemeinderat muss diese Mängel beheben. Das System muss die richtigen Mechanismen entwickeln, damit sauber gearbeitet werden kann. D. Oswald ist überzeugt, dass sich die Bevölkerung schlussendlich nicht dafür interessiert, was der Stadtrat darf und was der Gemeinderat darf. Von diesem Grabenkampf sollte man Abstand nehmen. Wie die Ratspräsidentin gesagt hat, ist die die Sanierung der Finanzen im Sinne aller Winterthurer. Das sollte oberstes Ziel sein. Der Stadtrat hat nicht gespart. Das Personal wird durch die Sanierung der Pensionskasse belastet. Es ist bezeichnend, dass diese Situation in den letzten 10 Jahren entstanden ist. Das Loch in der Pensionskasse und das Ausgabenwachstum wurden in dieser Zeit produziert. Zudem wurde ein überdimensioniertes Stellenwachstum in der Stadtverwaltung produziert. Jetzt muss man davon abkommen und das tut weh. Es ist am einfachsten zu sparen, indem man unnötige Ausgaben nicht zulässt. In der Vergangenheit hat man mit einer linken Stadtratsmehrheit Misswirtschaft betrieben. Das hat negative Auswirkungen, nicht nur das Loch in der Stadtkasse. Es wurden auch verschiedene Abhängigkeiten geschaffen, die nicht gut sind. Planungssicherheit ist für D. Oswald ein Unwort, vor allem wenn es um die Zukunft der Stadt geht. Sicher würden alle gerne wissen, wo man in zwei Jahren steht. Aber die Vergangenheit, vor allem die letzten zwölf Monate und die Entwicklung des Betrags, der saniert werden muss, haben gezeigt, dass die Zukunft nicht vorausgesagt werden kann. Es macht, gerade in finanzieller Hinsicht keinen Sinn etwas weit in die Zukunft festzuschreiben. Man muss diverse Szenarien berücksichtigen und auf alles vorbereitet sein, aber über Jahre hinweg einen Griff in die Stadtkasse festzuschreiben, wird einer weitsichtigen Bearbeitung dieses Themas nicht gerecht. Die SVP wird die Sparanträge grundsätzlich unterstützen. Sie ist froh, dass heute ein Budget beschlossen werden kann, das zusätzliche Kostensenkungen beinhalten wird. Diese sind notwendig. Alle Parteien, gerade auf bürgerlicher Seite, haben sich intensiv mit dem Budget befasst. Sie haben es sich nicht leicht gemacht. Zum Teil ist es fragwürdig, wenn verlangt wird, dass genau gesagt werden muss, wo gespart werden soll. Wenn man dann sagt wo, dann wird erklärt, dass das nicht geht. Das ist ein wichtiger Punkt. Das System der Wirkungsorientierten Verwaltung muss überdacht und korrigiert werden. Der Gemeinderat kann lediglich über den Saldo einer Produktegruppe abstimmen. Er kann nur über einen Umweg bestimmen, dass die externe Beratung reduziert werden soll. Auf direktem Weg ist das nicht möglich. Der Gemeinderat kann nur über den Saldo der Produktegruppe abstimmen. Das geht nicht. Die Anzahl Angestellte müsste im Beschlussteil aufgeführt sein. Damit kann der Gemeinderat bestimmen, wo er wie viele Stellen will. Dann käme man bestimmt weiter. D. Oswald nimmt das Wort des Stadtpräsidenten gerne auf, diese Anliegen zu thematisieren und Lösungen zu finden. Die Anträge sind kein böser Wille der SVP und nicht gegen den Stadtrat gerichtet. Jede Überlegung und jeder Vorschlag ist wichtig, damit die finanzielle Situation der Stadt Winterthur verbessert werden kann. Es ist nicht richtig, wenn man sich hinter formellen Fragen versteckt.

D. Berger (Grüne/AL): Die heutige Budgetdebatte ist die schwierigste, die D. Berger erlebt hat. Die Wege von «effort 14+» sind nicht einfach nachvollziehbar und werden es auch heute Abend nicht sein. Während der ersten Sparrunde haben die Ratsmitglieder eine genaue Auflistung erhalten, was, wo gespart wird. In der zweiten Runde wurde es eher konfus. Oft

war die Rede von weiteren Einsparungen, in krassen Fällen waren es sogar Einsparungen, die budgettechnisch speziell sind. Bereits in der Produktegruppe, die von der Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK) behandelt wurde, ist ein spezieller Fall aufgetaucht. Es handelt sich um die Produktegruppe Stadtrichteramt. Diese Produktegruppe wird beauftragt 200'000 Mehrerträge zu erwirtschaften. Das Stadtrichteramt kann aber nicht mehr Leute anzeigen. Es gibt die Möglichkeit höhere Bussen zu verhängen. Damit würde aber massiv an der Gewaltentrennung gekratzt. Es gäbe noch eine zweite Option. Das Stadtrichteramt schaut in die Zukunft und weiss zum Beispiel, dass nächstes Jahr eine Fussballmeisterschaft stattfindet. Das bedeutet, dass mehr Leute mit dem Auto durch die Stadt fahren und hupen werden, damit können mehr Bussen verhängt werden. Es geht also um eine professionelle Einschätzung der Einnahmen von 2014. Wenn der Stadtrat verlangt, dass 200'000 Franken Mehreinnahmen budgetiert werden müssen, dann sagt er, dass das Stadtrichteramt die Einnahmen falsch eingeschätzt hat und optimistischer budgetiert werden muss. Damit stellt sich die Frage, ob das seriös ist oder nicht. Im Budget gibt es weitere ähnliche Fälle. Es würde endlos so weitergehen. Man muss sich fragen, ob man dazu einen Antrag stellen soll oder nicht. D. Berger hat beschlossen, keinen Antrag zu stellen. Die erwähnte Zahl steht im Budget, wie viele andere seltsame Zahlen auch. In anderen Fällen wird D. Berger Anträge stellen, wenn die «effort 14+»-Massnahmen einen Leistungsabbau zur Folge haben, der über seine Schmerzgrenze geht.

Es gibt mehrere schmerzliche Momente in diesem Budget, das wissen alle, die den Vorschlag studiert haben. Es gibt aber auch Fälle, die jetzt wehtun, in Zukunft aber noch viel mehr. Mit gewissen Einsparungen werden Leistungen gestrichen, was in Zukunft weit höhere Kosten zur Folge haben wird. Das ist nicht nachhaltig. Wenn die ewige Frage aufkommt, wo sonst eingespart werden soll, kann D. Berger versichern, dass er unter dem Strich nicht mehr Geld ausgeben will. Die Frage stellt sich, wie die Stadt in diese Situation gekommen ist. Die Stadt ist gewachsen, die Zentrumslasten werden nicht in dem Mass ausgeglichen, wie es sich der Stadtrat erhofft hat und die Gemeinde muss immer mehr Aufgaben erfüllen. Wieso muss die Stadt immer mehr ausgeben? Wieso werden immer mehr Aufgaben an die Gemeinden abgeschoben? Das Problem liegt auf einer anderen Ebene in diesem Land. Für die AL ist klar, es ist der Steuerwettbewerb zwischen den Gemeinden, zwischen den Kantonen und es geht noch weiter, auch zwischen den Staaten. Dieser Wettbewerb zwingt die öffentliche Hand dazu immer mehr Steuern abzuschaffen. Die Folgen spürt nicht nur Winterthur. Die sind auch in anderen Städten in der Schweiz sichtbar. Alle klagen, dass sie ihre Ausgaben nicht mehr bewältigen können. Natürlich sitzen im Parlament nicht nur Heilige. D. Berger hat schon zu etwas Ja gesagt und sich im nach hinein zugestehen müssen, dass das nicht sehr clever war. Es ist aber ein Fakt, dass es schwieriger wird, die Aufgaben zu bewältigen. Seit Jahren werden Steuern abgeschafft. Die Auswirkungen schlagen irgendwann auf der Ebene der Gemeinden durch. Sie kommen nicht sofort bei den Gemeinden an, aber wenn das Geld oben fehlt, dann überlegen sich Bund und Kanton, wie gewisse Aufgaben erfüllt werden können. Der einfachste Trick ist die Verschiebung auf die untere Ebene. Das fängt bei der Abschaffung der Erbschaftssteuer an, geht über die Reduktion der Dividendenbesteuerung, bis hin zur betrügerischen Unternehmenssteuerreform II. Das sind drei Beispiele, die in den letzten Jahren passiert sind. Die Steuern wurden zugunsten der Leute abgebaut, die sowieso viel Geld haben. Deshalb sitzt die Stadt in der Tinte. Alles im Sinne der Schweizer Tea-Party-Parteien, die froh sind, wenn der Staat abmagert. Das darf man heute nicht vergessen, wenn es schmerzhaft wird. Es ist sehr wichtig, das im Hinterkopf zu behalten. Zu den Steuern: Es wurde bereits erwähnt, in den letzten 10 Jahren sind die Steuern in Winterthur gesenkt worden. Aber wie es sich zeigt, wird ein Dialog darüber verweigert. Der Dialog um eine notwendige Steuererhöhung, damit nicht noch brutaler gespart werden muss. Wenn am einen Ende Steuern gespart werden, muss man am anderen Ende mehr ausgeben. Winterthur ist leider das andere Ende. Aber einer Steuererhöhung will die bürgerliche Ratsseite auf keinen Fall zustimmen – komme was wolle. Das ist für D. Berger der Abschied aus einer konstruktiven Zusammenarbeit. Es ist sogar pure Ideologie. Das sagt D. Berger als Vertreter eine Gruppierung, der man eine Nähe zu Ideologien nachsagt. Das müsste zu denken geben.

M. Wäckerlin (GLP/PP): Winterthur hat ein Finanzloch, das gestopft werden muss. Offensichtlich hat der Stadtrat das Steuer nicht mehr in der Hand und die Kontrolle über das Geld verloren. Dies zeigt sich z.B. dann, wenn in Salamtaktik das Finanzloch im Laufe eines Jahres häppchenweise ansteigt, von 30 über 50 bis auf über 60 Millionen. Doch schon im Frühling, noch vor den Sparübungen, und bevor auch nur die Grösse des Lochs vollständig bekannt war, wusste der Stadtrat bereits, dass er eine Steuererhöhung haben wollte. Diese wollte er mit aller Kraft durchsetzen, obschon ihm von Anfang an klar sein musste, dass er keine Mehrheit dafür bekommen würde. Auch der Gang nach Canossa, die Betteltour zum Kanton war, wie der Stadtrat bereits zugegeben hat, nichts anderes, als eine reine Propagandaaktion. Es war von Anfang an klar, dass es keine Grundlage für eine solche Zahlung gibt. Immerhin hat uns der Kanton im Kulturbereich unterstützt. Es ist völlig richtig, dass der Stadtrat diese Einnahmen bei seinen Ausgaben gestrichen hat. Nicht unerwähnt bleiben sollte die Verschwendung von 100'000 Franken für die externe Unterstützung im Sparprozess, die offenbar nichts weiter tat, als den Bettelbrief zu verfassen und an Sitzungen dem Stadtrat Händchen zu halten. Dabei wäre eine externe Betrachtungsweise durchaus von Vorteil, aber das Mandat müsste umfassender sein.

Der Stadtrat hat es versäumt nachhaltig Doppelspurigkeiten und Bürokratie abzubauen. Vom Gemeinderat aus können wir das aber noch weniger beurteilen, als der Stadtrat das könnte, denn uns fehlt der tiefe Einblick in die Verwaltung. Wir könnten gemäss der «Wirkungsorientierten Verwaltungsführung» (WoV) aber alle Budgetposten halbieren und dafür die Leistungen verdoppeln. Das würde bedeuten, dass wir den Stadtrat beauftragen, die Effizienz zu vervierfachen. Wir können im WoV die Leistungen und die Kosten völlig unabhängig voneinander vorgeben, die Umsetzung ist dann Aufgabe des Stadtrats. Ich möchte beliebt machen, dass wir das künftig des Öfteren tun, um die Effizienz zu steigern. Für die meisten Gemeinderäte ist klar: Der Stadtrat muss erst die Finanzen in den Griff bekommen, bevor über Steuern auch nur nachgedacht werden kann. Bei einem Fass ohne Boden nützt es nicht, den Hahn weiter aufzudrehen. Daher ist die Forderung eines ausgeglichenen Budgets ohne Mehreinnahmen auch heute noch gut begründet. Ein verantwortungsbewusster Stadtrat hätte diese Signale verstanden und in seinem Budgetvorschlag die ganzen 62 Millionen eingespart, anstatt zu versuchen eine Steuererhöhung durchzudrücken. Selbst wenn wir die Steuern erhöhen würden, zeigt der IAFP, dass wir spätestens in zwei Jahren wieder am gleichen Ort stehen, wie heute und die Steuern wieder erhöhen müssten. Dem Stadtrat geht es offensichtlich nur darum, möglichst heil über die Wahlen zu kommen, was danach folgt, interessiert ihn nicht. Die verlangte Steuererhöhung ist in keinerlei Hinsicht nachhaltig. Weder löst sie unsere Finanzprobleme, noch ist sie hilfreich dabei, Firmen und gute Steuerzahler nach Winterthur zu holen. M. Wäckerlin will die Steuern nicht erhöhen, sondern senken, denn Winterthur ist am oberen Ende des Steuerfusses im Kanton Zürich, unter keinen Umständen soll Winterthur der teuerste Ort im Kanton werden, im Gegenteil, wir stehen in Konkurrenz zu steuergünstigen Gemeinden im Thurgau. Es braucht nebst günstigen Steuern auch Massnahmen gegen Staus, ohne dabei die Autofahrer zu drangsalieren und grosszügige gewerbefreundliche Parkplatzlösungen, um die Wirtschaft in der Stadt anzukurbeln. So ist es nun am Gemeinderat, dem Stadtrat zu zeigen, wo gespart wird. Weil das nicht einfach ist, wird M. Wäckerlin fast jeden Sparantrag unterstützen und fast jeden Antrag auf Mehrausgaben ablehnen, auch wenn das manchmal schmerzhaft ist.

Nicht unterstützen wird M. Wäckerlin sparen bei der Bildung, bei der Integration, Chancengerechtigkeit und auf dem Buckel der Sozialhilfeempfänger. Besonders schmerzen ihn die Einsparung bei den Gymnasiumsprüfungsvorbereitungen, doch im Sinne des Gesamtergebnisses wird er diese Kröte schlucken. Sein Vorstoss war ohnehin von Anfang an kostenneutral gedacht und er erwartet von Stadtrat Fritschi, dass er wie versprochen nach Lösungen suchen wird, wie das Angebot an Gymnasiumsprüfungsvorbereitungskursen im Rahmen des Budgets ohne Mehrkosten stadtweit auf einen einheitlichen Standard gebracht werden kann. Die Meinungen sind gemacht, die Vorschläge liegen auf dem Tisch, die Mehrheiten sind klar. Es geht nur noch darum, das Resultat gut zu verkaufen. M. Wäckerlin bittet seine Kolleginnen und Kollegen das Budget mit Würde und Anstand zu verabschieden. Er macht sich gefasst auf einen spannenden Theaterabend. Möge die Vorstellung beginnen!

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Den Aufruf nach Würde und Anstand möchte die Ratspräsidentin gerne zurückgehen. M. Wäckerlin hat einige relativ beleidigende Äusserungen in seinem Votum gemacht.

Ch. Ulrich (SP): Auch die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für den Voranschlag. Seit längerem ist bekannt, dass es um die Winterthurer Finanzen dunkle Wolken gibt. Ch. Ulrich würde sogar sagen, es regnet. Wie bei einem Haus, in das es hineinregnet, stellt man gerne und oft die Frage: Warum regnet es hinein. Das ist eine wichtige Frage, die durchaus diskutiert werden muss. Viel wichtiger ist aber, dass trotz Regen kein Wasserschaden entsteht. Genau das muss das Parlament heute umsetzen. Es muss die Finanzen für das kommende Jahr in den Griff bekommen. Die Sanierung muss in zwei Schritten erfolgen. Zum einen muss man das Budget 2014 ins Trockene bringen und zum anderen muss man im Nachgang zur heutigen Debatte gemeinsam dafür einstehen, dass die tieferen Ursachen dieses Lecks repariert werden können. Heute findet der erste Schritt für die Sanierung 2014 statt, nicht mehr aber auch nicht weniger. Als oberstes Budgetorgan der Stadt Winterthur steht der Gemeinderat in der Verantwortung. In der Verantwortung gegenüber der Winterthurer Bevölkerung, die von ihren Vertretern ein ausbalanciertes, transparentes Budget erwartet. Das Parlament steht aber auch in der Verantwortung gegenüber den städtischen Mitarbeitenden und allen weiteren Beschäftigten, die Leistungen für die Stadt erbringen. Die SP-Fraktion appelliert an alle Mitglieder des Parlaments sich dieser Verantwortung bewusst zu sein und für die Öffentlichkeit Klarheit über ihre Absichten zu schaffen. Das beinhaltet insbesondere Klarheit bezüglich denjenigen Ausgaben, die gekürzt werden sollen. Der Stadtrat hat in seinem Voranschlag diese Verantwortung vorbildlich wahrgenommen und klar aufgezeigt in welchen Bereichen Einsparungen oder Mehreinnahmen getätigt werden sollen. Für die SP ist es unabdingbar, dass alle Kräfte klar und konkret Stellung beziehen, wenn ein zusätzlicher Leistungsabbau vorgenommen werden soll und sich nicht hinter pauschalen oder pseudopauschalen Kürzungsanträgen verstecken. Das Parlament hat die Budgethoheit und soll diese wahrnehmen. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Anrecht zu erfahren, wo konkret zusätzlich gespart werden soll. Nach dem Motto, das die SP bereits im letzten Jahr propagiert hat; wer zusätzlich sparen will, soll sagen wo. Alles andere ist intransparent und unfair gegenüber der Bevölkerung und den städtischen Mitarbeitenden. Nur, wo soll jetzt zusätzlich zu den Massnahmen, die der Stadtrat mit «effort 14+» bereits vorgeschlagen hat, gespart werden, um die, notabene für alle unpopuläre, Steuererhöhung zu kompensieren?

Für die SP steht fest, dass das nicht auf dem Buckel des städtischen Personals geschehen darf. Die städtischen Angestellten leisten bereits heute einen sehr hohen Beitrag an «effort 14+». Zusätzliche Sparmassnahmen beim Personal sind nicht akzeptabel. Die Stadt braucht weiterhin gutes, motiviertes Personal, um die Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger effizient zu erbringen. Eine effiziente Leistungserbringung wird auch immer wieder von der anderen Ratsseite gefordert. Wer beim Personal spart, sägt am Ast auf dem er sitzt und ist sich nicht bewusst, dass das städtische Personal bereits heute eine enorm hohe Leistung erbringt und mit den vorhandenen Ressourcen immer stärker wachsende Aufgaben bewältigt. Die SP-Fraktion hat sich in den vergangenen Monaten intensiv mit dem Budget befasst und mit den Vorschlägen von «effort 14+». Alle Produktgruppen wurden nach weiterem Sparpotential durchforstet, immer vor dem Hintergrund; sind sie sinnvoll und einer Steuererhöhung vorzuziehen. Schlussendlich geht es um eine Güterabwägung zwischen weniger Leistung oder mehr Steuern. Auch die SP muss bei verschiedenen Massnahmen des Stadtrates in den sauren Apfel beißen. Sie ist insgesamt zur Auffassung gelangt, dass zusätzliches Sparen, letztlich der Stadt mehr Schaden zufügt, als eine massvolle Steuererhöhung um 5 Steuerprozent. Es ist für die SP klar, dass eine Steuererhöhung notwendig ist. Durch eine Steuererhöhung tragen alle Bewohnerinnen und Bewohner einen Anteil zu einem ausgeglichenen Budget bei. Das lässt sich auch deshalb rechtfertigen, weil in den vergangenen Jahren die Leistungen der Stadt zugunsten der Bevölkerung zugenommen haben, zum Beispiel im Bereich Sicherheit, und auf der anderen Seite die Steuerbelastung konstant gesenkt worden ist. Die SP fordert die anderen Fraktionen auf, heute nicht aus wahltaktischen Gründen ein unseriöses oder gar rechtlich umstrittenes Budget 2014 zu verabschieden, sondern

vielmehr der Bevölkerung reinen Wein einzuschenken. Die Ratsmitglieder können der Bevölkerung zeigen, dass Politik mit Sachlösungen zu tun hat und dass das Parlament zusammenstehen kann, zum Wohl der Stadt Winterthur. Schuldzuweisungen und unnütze Polemik sollen draussen in der Kälte bleiben, damit der Gemeinderat nach dieser Debatte in Ruhe die langfristige, nachhaltige Sanierung der Stadtfinanzen, oder die Reparatur dieses maroden Dachs, diskutieren kann. Die SP wird nach der Verabschiedung des Voranschlags 2014 einen Runden Tisch einberufen, damit sich alle Fraktionen und relevanten Interessengruppen zusammensetzen und im Dialog eine Lösung erarbeiten können. So wie das in Winterthur schon immer gemacht worden ist, wenn der Stadt das Wasser bis zum Hals stand.

J. Altwegg (Grüne/AL): D. Oswald hat bereits fast das gesamte Vokabular, das der Gemeinderat vom Landboten erhalten hat, aufgebraucht. J. Altwegg will keine Zitrone auspresse und kein Fleisch vom Knochen schneiden. Es geht ihm um den Verzicht auf das Sitzungsgeld. In den Ohren der vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im Saal zugegen sind, muss dieser generöse Verzicht auf das Trinkgeld, das die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte für ihre politische Arbeit erhalten, wie Hohn klingen, wenn gleichzeitig eine Steuererhöhung abgelehnt und dafür das Budget noch mehr zusammengestrichen wird. Das ist eine Reduktion, die weh tut. Die Mitarbeitenden müssen noch mehr leisten für weniger Geld. Der Lohn bleibt gleich, wenn es gut kommt. Sie müssen aber mit weniger Geld umgehen können. Die Grüne/AL-Fraktion ist für eine faire Verteilung der Lasten. Alle sollten mittragen. Das ist nur zu schaffen, wenn sich die Gesamtbevölkerung daran beteiligt und die Steuern erhöht werden. Die Grüne/AL-Fraktion behält deshalb das Sitzungsgeld.

D. Oswald (SVP) ist der Meinung, dass den Leuten reinen Wein eingeschenkt werden soll. Ch. Ulrich hat das Thema Sicherheit aufgeführt. D. Oswald erinnert daran, dass seit 2005 im Departement Sicherheit der Aufwand um 10 % gesunken ist. Der Steuerwettbewerb greift in Winterthur nicht, weil die Stadt einen sehr hohen Steuerfuss hat. Unter anderem sind einige Aufgaben vom steuerfinanzierten Bereich in den gebührenfinanzierten Bereich überführt worden. Es gibt Verschiebungen und man kann nicht pauschal in die Runde geben, wo mehr ausgegeben wird. Ausserdem erinnert D. Oswald daran, dass verschiedene Volksentscheide gefällt worden sind, die Ausgaben zur Folge hatten. Der einzige Volksentscheid, der im Rahmen von «effort 14+» hinterfragt wird, ist der Entscheid im Zusammenhang mit der Sicherheit. Alle anderen lässt man stehen und erklärt; das entspricht dem Volkswillen. In Bezug auf die Sicherheit ist es offenbar möglich zu sparen. Der Bevölkerung muss hier reinen Wein eingeschenkt werden.

Ch. Ulrich (SP): In einigen Produktgruppen sind Einsparungen realisiert worden, auch in den letzten Sparprogrammen. Deshalb stimmt die pauschale Aussage nicht, dass nicht gespart worden ist. Man muss die einzelnen Produktgruppen überprüfen. Leider gibt es Ausgaben, die der Gemeinderat nicht beeinflussen kann. Beispielsweise die Ausgaben für Sonderschulungen oder die Löhne für die Lehrpersonen. Die Stadt ist an übergeordnetes Recht gebunden. Die Kosten in diesen Bereichen steigen. Die Mehrausgaben übersteigen leider zum Teil die Sparmassnahmen, die durchaus gemacht wurden. Die Milchbüchleinrechnung und die Behauptung es sein nicht viel gespart worden, ist nicht richtig. Deshalb ist es wichtig, dass die einzelnen Produktgruppen genau geprüft werden. Es ist die Aufgabe des Gemeinderates, zu bestimmen, welche Leistungen erbracht und wie viel Geld zur Verfügung stehen soll. Wenn weniger Geld eingestellt wird, müssen auch die Leistungen gekürzt werden. Wenn das Parlament den Globalkredit reduziert, weil eine Leistung nicht mehr gewünscht wird, muss der Stadtrat diesen Entscheid umsetzen. Der Gemeinderat gibt dem Stadtrat, nicht einen rechtlich verbindlichen aber impliziten politischen Auftrag, was er zu tun hat, wenn der Globalkredit gekürzt wird. Diese Transparenz fordert die SP. Wer sagt, dass er sparen will, soll sagen wo genau gespart werden muss, damit die Bevölkerung über die Folgen der Sparübungen Bescheid weiss.

M. Zeugin (GLP/PP): Es ist nicht Usanz, dass der Stadtrat vor dem Gemeinderat spricht. Die Situation ist aber ausserordentlich und dieses Vorgehen ist in diesem Jahr öfter vorgekommen. Der Stadtpräsident hat relativ deutlich ausgeführt, dass er die Zeichen der Zeit erkannt habe. Man muss aber ein Jahr zurückspulen. M. Zeugin hat das Gefühl, dass das Votum des Vertreters der SP dem Votum von 2013 entspricht. Im letzten Jahr hat eine Mehrheit im Gemeinderat die Zeichen der Zeit erkannt und die grossen finanziellen Probleme der Stadt angesprochen. Diese Mehrheit hat gefordert, dass ausserordentliche Massnahmen ergriffen werden. Der Gemeinderat hat verschiedene konkrete Beispiele vorgelegt und zusätzlich eine pauschale Kürzung gefordert. Dadurch sollte mit ersten Massnahmen die finanzielle Situation der Stadt Winterthur auf den Weg der Gesundung gebracht werden. Das wurde mit Begriffen wie totsparen und ist nicht nötig begleitet und es wurde erklärt, dass der Stadtrat die Situation erkannt habe. Fakt ist, dass ein Jahr verpasst worden ist. Der Gemeinderat hat deutlich gesagt, dass die Budgethoheit beim ihm liegt. Zu dieser Budgethoheit gehört es, dass diese beim Gemeinderat liegt und nicht bei den Kommissionsmitgliedern. Eine Kommissionsberatung ist dazu da, alles so gut wie möglich zu fokussieren und zu konsolidieren und nach Möglichkeit zu bereinigen. Aber die abschliessende Entscheidungsfindung ist dem Gemeinderat vorbehalten. Möglicherweise muss sich der Gemeinderat Gedanken machen, ob es korrekt ist, dass von der gleichen Partei, die das entsprechende Departement besetzt auch die entsprechenden Kommissionen besetzt werden. Hier gibt es gewisse Reibungsverluste, die nicht nötig wären.

Voranschlag 2014: Der Stadtrat hat es 2013 verpasst den Ball vom Gemeinderat frühzeitig aufzunehmen. Er hat an der Sitzung im Januar 2013 relativ grosszügig als erste Massnahme, das Geld, das der Gemeinderat versucht hat einzusparen, bereits mit zusätzlichen ausserordentlichen Massnahmen wieder ausgegeben und zusätzliche Ferientage für die Mitarbeitenden bewilligt. Der Stadtpräsident hat mehrfach erklärt, dass man einen intensiven Dialog geführt habe. Die Goldenberggespräche wurden geführt. Aber an diesen Gesprächen wurde nicht ein Dialog im Sinne eines Runden Tisches geführt, sondern es wurde einfach gesagt, wie der Stadtrat die Sache sieht und so ist es dann. Wenn man zurückgeht und das vergangene Jahr Revue passieren lässt, wird man feststellen, dass sich der Stadtrat 2013 zu früh auf den Weg gemacht hat, als dass er alle Beteiligten wirklich ins Boot hätte holen und an der Entscheidungsfindung, die ausserordentlich war, hätte beteiligen können. Wahrscheinlich hat der Stadtrat zu lange im Stadtratszimmer gesessen und mit den Stadtratsmehrheiten entschieden, wie die Eckwerte sein sollen. Es ist immer wieder kritisiert worden, dass die Beratung in den Kommissionen sehr intensiv war und diverse Anträge zu spät gestellt worden seien. Es geht nicht darum, wer Schuld hat. Der Gemeinderat ist verspätet mit Informationen bedient worden. Die notwendigen Informationen waren nicht von Anfang an verfügbar. In diesem Sinne geht es darum, dass für die Zusammenarbeit des Parlaments mit dem Stadtrat für die folgenden Jahre die Lehren gezogen werden. M. Zeugin ist überzeugt, dass am Ende dieses Prozesses ein Voranschlag genehmigt wird.

Stadträtin Y. Beutler (SP): Zu den Hintergründen wurde bereits vieles gesagt. Etwas möchte die Stadträtin aufzeigen. Dem Stadtrat wird die berühmte Salamtaktik vorgeworfen. Zu Beginn der Budgetierung wurde mit einem Defizit von 35 Millionen gerechnet. Im März 2013 lag die neue Schätzung des Ressourcenausgleichs vor. Die Rechnung 2012 hat gezeigt, dass die Steuereinnahmen eingebrochen sind, aufgrund der erhöhten Familienabzüge und aufgrund des Ausgleichs der kalten Progression. Im Juli 2013 hat die Hochrechnung gezeigt, dass die Ausgaben bereits in der laufenden Rechnung, insbesondere im Sozialen und in der Volksschule, stärker ansteigen als geplant. Was hätte die Finanzministerin machen sollen? Hätte sie den Kopf in den Sand stecken und nach dem Prinzip Hoffnung davon ausgehen sollen, dass es nicht schlimmer kommt? Das ist nicht die Auffassung der Stadträtin von nachhaltiger Finanzpolitik. Der Stadtrat hat auf die neuen Informationen reagiert und das Sanierungsziel angepasst. Stadträtin Y. Beutler wäre sehr froh gewesen, wenn es bei diesen 35 Millionen geblieben wäre. Die Stadtverwaltung hat viel gearbeitet. Das ist von einigen Parteien anerkannt worden, von anderen ist es ins lächerliche gezogen worden. Stadträtin Y. Beutler dankt besonders Beat Holzer, Finanzamt. Alle sind bis an die Grenze gegangen und manchmal darüber hinaus. Es wurde ein Einsatz geleistet, der nicht einfach

erwartet werden kann. Deshalb ist es wichtig, dass sie den Mitarbeitenden des Finanzamtes danken kann für die grossartige Unterstützung.

Die Ausführungen zum Zentrumslastenausgleich und zu den Gründen, warum Winterthur zu wenig Geld hat, wird Stadträtin Y. Beutler kurz halten. Zu R. Harlacher kann die Stadträtin sagen, dass sein Votum vom letzten und vorletzten Jahr natürlich das gleiche sein kann, weil die Probleme von Winterthur am 1. Januar 2012 begonnen haben. Ohne Übergangsausgleichszahlung und ohne den Glencore-Effekt wäre die Stadt bereits per 1. Januar 2012 in Schwierigkeiten geraten. Man hätte früher auf diese Situation reagieren können. Man hat es nicht gemacht, obwohl es sinnvoller gewesen wäre. Stadträtin Y. Beutler sucht aber nach Lösungen und nicht nach Schuldigen. Ihre Aufgabe ist es aus dieser Situation herauszukommen. Der Stadtrat hat reagiert. Er hat das Sanierungsprogramm «effort 14+» ins Leben gerufen. Er hat hart gearbeitet und er hat dem Regierungsrat erklärt, dass der Zentrumslastenausgleich nicht ausreicht. Die Zentrumslasten wurden im Jahr 2005 berechnet. Man war der Meinung, was im 2005 gilt, soll für alle Zukunft ausreichen. Die Kosten im Sozialen und in der Volksschule sind in der Zwischenzeit um einen hohen zweistelligen Millionenbetrag angestiegen. Der Regierungsrat hat die Zahlen von Winterthur analysiert und ist zu den gleichen Schlüssen gekommen wie der Stadtrat. Die Kosten sind überproportional angestiegen und die Stadt kann darauf keinen Einfluss nehmen. Sie können nicht mit zusätzlichen Steuererträgen gedeckt werden. Die Schlussfolgerung des Regierungsrates war, dass er den Finanzausgleich zum jetzigen Zeitpunkt nicht anrühren will. Der Stadtrat hat es aber geschafft, den Regierungsrat auf die Situation von Winterthur zu sensibilisieren. Stadträtin Y. Beutler lässt sich gern sämtliche Vorwürfe gefallen, wie peinlich, überflüssig etc. Sie will sich aber nie den Vorwurf machen müssen, dass der Stadtrat nicht alles unternommen habe, um die Situation der Stadt Winterthur zu verbessern.

Im Rat wurde der Vorwurf laut, der Stadtrat habe nicht gespart. Der bereinigte Aufwand sei lediglich um 240'000 Franken reduziert worden. Die GLP hat zudem moniert, der Stadtrat habe langfristig nicht richtig geplant. Der Stadtrat hat genau das gemacht. Er hat die Ausgaben, die 2014 auf die Stadt zukommen, geplant. So ist auch der IAFP entstanden. Es war bekannt, dass die Millionen aus dem Glencore-Effekt wegfallen, das heisst der Ertrag verringert sich um 30 Millionen. Es muss damit gerechnet werden, dass die Stadt 11 Millionen mehr für die individuelle Unterstützung ausgeben muss, 5 Millionen mehr für die Pflegefinanzierung, 3 Millionen mehr Zinszahlungen, 3 Millionen mehr Arbeitgeberbeiträge für die Pensionskasse, 1 Million mehr für die Sonderschulung etc. Es sind grosse Ausgaben, die auf die Stadt zukommen werden. Allein diese Posten belaufen sich auf 58 Millionen. Mit «effort 14+» konnte der Stadtrat den Anstieg reduzieren und die fehlenden Einnahmen kompensieren, dabei ist er unter dem Vorjahreswert geblieben. Es war kein Wunschprogramm. Niemand wünscht sich, dass die Soziallasten so stark ansteigen oder die Kosten für die Sonderschulung. Der Stadtrat hat sich dieser Situation gestellt und nicht nach dem Prinzip Hoffnung den Kopf in den Sand gesteckt und Ende Jahr erklärt, es ist nicht so gekommen wie gedacht. Der Stadtrat ist kritisiert worden, weil er den Gemeinderat darauf aufmerksam gemacht hat, dass er sich an das Recht halten soll, wenn er Anträge stellt. Das Recht sieht vor, dass die Budgethoheit beim Gemeinderat liegt. Die Budgethoheit ist das höchste Gut des Gemeinderates. Er kann festlegen welche Aufgaben die Stadt erfüllen soll und wie viel Geld zur Verfügung stehen soll. Das Gesetz sieht keine Delegation an den Stadtrat vor. Der Gemeinderat kann nicht in der Produktegruppe städtische Allgemeynkosten einen Betrag einsparen und die Umsetzung dem Stadtrat überlassen. Das ist rechtlich nicht zulässig. Jetzt stellen sich einige Parteien auf den Standpunkt, dass der Gemeinderat ein Laiengremium ist und nicht genug Zeit hat. Stadträtin Y. Beutler war 14 Jahre lang Parlamentarierin. Offensichtlich war es dem Gemeinderat bis zum Jahr 2013 möglich, sich diese Zeit zu nehmen. Bereits vor den Herbstferien haben die Ratsmitglieder den Voranschlag 2014 erhalten und kurz nach den Herbstferien den IAFP. Damit waren alle Unterlagen vorhanden, um sich seriös auf die Budgetdebatte vorzubereiten.

Stadträtin Y. Beutler hat am Freitag vor einer Woche ein E-Mail erhalten. Sie wurde darum gebeten Details zu den Konten Mobilien, Dienstleistungen Dritter und Verbrauchsmaterial zu liefern und zu erklären was die Informatikdienste Winterthur machen. Am Samstagmittag um 12.30 Uhr hat die Stadträtin alle Dokumente geliefert. Daraus geht hervor, dass die Stadt keine Büromöbel anschaffen will, dass die Dienstleistungen Dritter im Sozialen die Ausga-

ben für Heimärzte betreffen oder die Sachkosten Lebensmittel und Betriebs- und Verbrauchsmaterial beinhalten. Im Departement Schule und Sport betreffen die Dienstleistungen Dritter den Schulbus, der die behinderten Kinder in die Maurerschule bringt. All das kann man aus den vorliegenden Dokumenten ersehen. Die Ratsmitglieder hatten 8 Wochen Zeit, um zu fragen, was die Ausgaben für Mobilien, für Verbrauchsmaterial, für Dienstleistungen Dritter beinhalten und welche Informatikprojekte verfolgt werden. Stadträtin Y. Beutler ist davon ausgegangen, dass in der Aufsichtskommission tatsächlich konkrete Fragen gestellt werden. Das einzige was der Stadtrat erhalten hat, ist eine Liste auf der sämtliche Produktegruppen aufgelistet waren mit einem Prozentsatz, um den das Globalbudget gekürzt werden soll, damit die Millionen eingespart werden können. Daneben stand überall die gleiche Begründung. Niemand hat in der Aufsichtskommission gefragt, welche Folge es hat, wenn diese Einsparungen gemacht werden. Während der Sitzung hat Stadträtin Y. Beutler ein SMS an Stadtrat N. Galladé gesandt, der ebenfalls an einer Kommissionsitzung teilgenommen hat und gefragt, ob er über diese Anträge, die Raum stehen, Bescheid weiss. Das war nicht der Fall. In der Kommissionsitzung wurden ausschliesslich konkrete Anträge diskutiert. Es gab keine Möglichkeit die Kürzungen um 0,6631 % und die Auswirkungen mit der zuständigen Verwaltung zu diskutieren. Der Gemeinderat kann in den Produktegruppen die Budgets kürzen. Aber es gibt nicht nur Kosten. Auf der anderen Seite stehen die Leistungen. Die Antragsteller interessieren sich nicht dafür, welche Leistungen noch erbracht werden können. Sie verstecken sich hinter Effizienzgewinn. Das ist eine nette Erklärung. Mit den Verantwortlichen der Produktegruppen, die wissen was sie tagtäglich machen, setzen sie sich nicht auseinander. Dieser Diskussion haben sich die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, die hinter diesen Anträgen stehen, verweigert. Das bedauert die Stadträtin sehr. Man hat von Misswirtschaft gesprochen. Das ist praktisch. Rot/Grün könne nicht mit dem Geld umgehen. Die Stadträtin hat einige Zahlen herausgesucht. Die Steuerkraft, beziehungsweise die Differenz zum kantonalen Mittel, lag im Jahr 2002 um 32 % unter dem kantonalen Mittel. Heute liegt sie noch 19 % darunter. Rot/Grün hat eine Verbesserung um 13 % erreicht. Die Steuereinnahmen der juristischen Personen haben sich seit 2002 verdoppelt. Eigenkapital: Im Jahr 2002 musste die Stadt einen Bilanzfehlbetrag von 16 Millionen verzeichnen, jetzt verfügt die Stadt über 30 Millionen Eigenkapital. Damit ist auch diese Frage geklärt. Der Pirat hat einen Rundumschlag gemacht. Wenn M. Wäckerlin überzeugt ist, dass der Stadtrat bereits im Frühjahr 2013 eine Steuererhöhung beschlossen hat, dann liegt er daneben. Die Steuererhöhung ist für den Stadtrat das letzte Mittel. Am letzten Tag, nachdem alle Massnahmen beschlossen waren, hat der Stadtrat über eine Steuererhöhung diskutiert. Er hat gewusst, dass es einen Aufschrei geben wird in der Bevölkerung und vor allem im Parlament. Für den Stadtrat war es nicht angenehm knapp 6 Wochen vor den Wahlen eine Steuererhöhung zu beantragen. Der Schaden, den weitere Sparmassnahmen anrichten würden, wäre aber grösser. Sicher, Winterthur ist die Stadt mit den höchsten Steuern. Wenn die Steuern nicht erhöht werden, liegt die Stadt aber um 2 % unter dem kantonalen Maximum, weil alle Gemeinden, die einen Übergangsausgleich erhalten haben jetzt den Steuerfuss um 2 % erhöhen müssen und sie werden ihn erneut erhöhen müssen. Die Gemeinde Neftenbach erhöht den Steuerfuss um 10 %, die Gemeinde Elsau um 5 %. Winterthur steht nicht allein auf weiter Flur. Wer im Rat kann auf 100 Franken genau sagen, wie hoch die Steuerrechnung ist. 90 % der Bevölkerung versteuern bis zu 100'000 Franken. Für diese 90 % würde die geplante Steuererhöhung maximal 300 Franken pro Jahr kosten, das heisst rund 20 Franken im Monat. Das würde der Stadt ermöglichen die Quartierinfrastruktur aufrechtzuerhalten oder die Frühförderung beizubehalten, zudem könnte ein Kulturangebot aufrecht erhalten werden, das die Stadt prägt. Die Kürzungen haben Auswirkungen auf die Bevölkerung. Stadträtin Y. Beutler wünscht sich, dass die Ratsmitglieder diese Verantwortung wahrnehmen.

D. Oswald (SVP) persönliche Erklärung, erinnert Stadträtin Y. Beutler daran, dass der Gemeinderat ein Milizparlament ist und kein Laienparlament.

Ratspräsidentin Ch. Benz: Es wurde kein anderslautender Antrag gestellt, damit ist der Gemeinderat auf das Budget 2014 eingetreten.

Detailberatung

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Im Sinne der Effizienz und Übersicht werden der Vorschlag und der Novemberbrief zusammen behandelt. Die Ratspräsidentin bittet die Ratsmitglieder pro Produktgruppe alle Anträge zu stellen und erst dann zu diskutieren. Über die Anträge wird danach einzeln abgestimmt.

Departement Kulturelles und Dienste

121000 Personalamt

M. Wenger (FDP): Die AK stellt folgenden Antrag: Kürzung des Globalkredits um CHF 560'000 mit dem Ziel einer Effizienzsteigerung durch die Einführung der Langzeitarchivierung und den elektronischen Personaldossiers. Dieser Antrag wurde mit 6:4 Stimmen angenommen.

A. Steiner (GLP/PP) Die Grünliberalen wollten insbesondere im Bereich von folgenden 4 Kostenstellen sparen: Weniger Anschaffung von Mobilien (Konto 3110), weniger Dienstleistungen Dritter (Konto 3180), weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial (Konto 3130), sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn. Bei diesen Kostenstellen ist in den letzten 4 Jahren eine grosse Kostensteigerung zu verzeichnen, um insgesamt 10 Millionen. Wenn man die Kostenstelle 3100, Büromaterial, Drucksachen, Schulmaterial hinzurechnet, haben sich die Kosten noch mehr erhöht. Der Kürzungsantrag der GLP/PP-Fraktion über alle Produktgruppen beträgt 6'390'500 Franken, wovon 800'000 Franken in den gebührenfinanzierten Bereichen anfallen, das heisst es sind noch 5,5 Millionen, die gespart werden sollen. Es wurde gesagt, die GLP/PP-Fraktion will bei den Möbeln kürzen, obwohl keine Möbel im Budget eingestellt sind. Das stimmt nicht. Es werden für fast 400'000 Franken Möbel beschafft. Auch in den letzten Jahren sind Möbel beschafft worden. Im nächsten Jahr werden massenhaft Möbel frei, weil die Stadtverwaltung in den Superblock umziehen wird. Das wird zu einer Möbelschwemme führen. Trotzdem sollen neue Möbel gekauft werden. Das kann nicht sein. Eine Kostensteigerung von 150'000 Franken ist im Telefonbereich zu verzeichnen. Wenn A. Steiner privat auf Internettelefonie (VoIP) umstellt, kann sie ihre Kosten senken, weil keine Anschlussgebühren mehr anfallen. Bei der Stadt erhöhen sich die Kosten. Das ist nicht nachvollziehbar. Im Jahr 2014 sind 25 % mehr Ausgaben für Hard- und Software vorgesehen. In diesem Bereich kann durchaus gespart werden. Die GLP/PP-Fraktion wollte die Verteilung pro Produktgruppe dem Stadtrat übergeben. Es wurde erklärt, dass das nicht möglich sei. Innerhalb kurzer Zeit musste die Fraktion den Entscheid fällen, wie sie weiter vorgehen soll. An der Kommissionsitzung wurde angekündigt, dass die Kostenreduktion prozentual verteilt werden soll. Die GLP/PP-Fraktion hatte keine andere Wahl. Aus diesem Grund stellt A. Steiner den ersten Antrag in der Produktgruppe Personalamt. Die Fraktionsmitglieder sind überzeugt, dass in praktisch allen Produktgruppen Kürzungsmöglichkeiten vorhanden sind. Wenn es nicht möglich ist, erhält der Stadtrat die Möglichkeit über einen wesentlich höheren Stadtratskredit Korrekturen vorzunehmen. Die GLP/PP-Fraktion stellt folgenden Antrag: Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands: CHF 38'500. Weniger Anschaffung Mobilien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn. Verteilung nach total effektiven Kosten. Der Antrag wurde in der Kommission mit 5:5 Stimmen mit Stichentscheid des Präsidenten abgelehnt.

Ch. Leupi (SVP): Die SVP stellt folgenden Antrag: Kürzung des Globalkredits um CHF 350'000 mit dem Ziel der Streichung des Produkts 4, Chancengleichheit und Gleichstellung. Gleichstellung ist bereits in den Lohnklassen enthalten. Der Antrag wurde in der Kommission mit 4:6 Stimmen abgelehnt. Die SVP ist nicht gegen Gleichstellung oder Chancengleich-

heit, sondern sie ist der Ansicht, dass in einer öffentlichen Verwaltung diese Punkte bereits gegeben sein müssen, weil sie eine Vorbildrolle einnehmen muss. Darum ist nicht einzusehen, dass 350'000 Franken ausgegeben werden müssen. Die Gleichstellung ist bereits umgesetzt, auch in Bezug auf den Lohn. Alles ist geregelt. Das Gleiche gilt für die Chancengleichheit. Die Abteilungsleiter sind in der Verantwortung und müssen für eine gute Durchmischung sorgen zwischen Frauen und Männer und dafür, dass Teilzeitstelle möglich sind. Es wird immer wieder darauf hingewiesen, dass sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz ebenfalls darunter fällt. Die SVP ist der Meinung, dass das nicht der Fall ist, sondern dem Personalrecht angegliedert werden muss. Wenn ein Abteilungsleiter auf ein entsprechendes Anliegen einer Mitarbeiterin oder eines Mitarbeiters nicht eingeht, kann er sich strafbar machen. Er muss diese Punkte ernst nehmen. Also braucht es keinen so hohen Kredit.

Ch. Leupi stellt folgenden Antrag: Kürzung des Globalkredits um CHF 100'000 mit dem Ziel die Lizenzen für elektronisches Personaldossier auf 200 zu reduzieren. Der Antrag wurde in der Kommission mit 5:5 Stimmen mit Stichentscheid des Präsidenten abgelehnt. Im Budget sind zusätzliche Sachkosten von etwas mehr als 300'000 Franken eingestellt mit der Begründung, dass 300 Lizenzen für ein elektronisches Personaldossier vorgesehen sind. Das ist sehr viel. Aus diesem Grund beantragt die SVP eine Kürzung von 100'000 Franken. Damit sollen lediglich 200 Lizenzen beantragt werden.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Antrag betreffend Chancengleichheit und Gleichstellung: Die Mitglieder der AK sind vor ca. einem Jahr über die neuen Pflichten orientiert worden. Es geht nicht nur um sexuelle Belästigung, sondern auch um familientaugliche Arbeitszeitmodelle, Teilzeit etc. Die Grüne/AL-Fraktion lehnt diesen Antrag ab. Es ist wichtig, dass es diese Stelle gibt. Zu den von der GLP beantragten Globalkreditkürzung betreffend der Positionen 3110, Anschaffung Mobilien, 3130, Betriebs-/Verbrauchsmaterial und 3180, Dienstleistung Dritter gilt es zu berücksichtigen, dass die grössten Positionen in diesem Bereich die Arbeitgeberkrippenplätze betreffen und das Case Management. Über die Arbeitgeberkrippenplätze wurde in der AK diskutiert, im Rahmen der Weisung 2013/096. Die Mitglieder der AK haben sich mit 11 zu 0 Stimmen dafür entschieden. Wenn man Änderungen will, muss man gegen diese Weisung stimmen. Mit dem Case Management wird den Mitarbeitenden, die Probleme haben jemand zur Seite gestellt. Es geht dabei um Reintegration. Die Frage, ob eine Person wieder in den Arbeitsprozess integriert werden kann, wird abgeklärt. Es ist sehr wichtig, dass diese Abklärungen von Drittpersonen übernommen und die Interessen der Mitarbeitenden vertreten werden. Zum Antrag, den Globalkredit um 100'000 Franken zu kürzen mit dem Ziel die Lizenzen für elektronische Personaldossiers auf 200 zu reduzieren, will Ch. Griesser folgendes festhalten: In der Pilotphase werden diese Ausgaben über das Produkt Personal abgerechnet. Wird das elektronische Personaldossier definitiv eingeführt, erfolgt die Abrechnung über die einzelnen Departemente. Deshalb ist es falsch, dass hier 560'000 Franken gespart werden sollen. Es wird behauptet, die Einführung der Langzeitar Archivierung und die elektronischen Personaldossiers müssen zu einer Effizienzsteigerung führen. Es ist nicht ganz klar, warum die SVP gleichzeitig einen Drittel der Lizenzen einsparen will. Die Auswirkungen sind unklar. Darüber wurde nie diskutiert. Es handelt sich offenbar um Misstrauen gegenüber der Verwaltung. Die Grüne/AL-Fraktion lehnt die 4 Anträge ab.

S. Näf (SP): Für die SP ist es sehr wichtig, dass die Mitarbeitenden der Stadt Winterthur im Bereich Gleichstellung und Chancengleichheit eine kompetente Ansprechstelle haben. An diese kann sich das Personal wenden, wenn es in diesen Bereichen Probleme an der Arbeitsstelle gibt. Die geforderte Kürzung im Umfang von 350'000 Franken ist sehr hoch. Es ist unklar, ob die Stelle weiter bestehen könnte und falls sie weiterbesteht, würde es in diesem Bereich zu einem spürbaren Abbau kommen. Dass die Chancengleichheit und Gleichstellung in öffentlichen Verwaltungen vom Himmel fällt und keine Bemühungen notwendig sind, ist Wunschdenken. Diese Stelle ist zudem eine Anlaufstelle bei sexueller Belästigung am Arbeitsplatz, ob diese Aufteilung der SVP sinnvoll erscheint oder nicht. Die SP ist gegen Kürzungen in diesem für das Personal wichtigen Bereich und findet es richtig, dass sich die Stadt Winterthur weiterhin für Gleichstellung und Chancengleichheit am Arbeitsplatz einsetzt. Mit der Kürzung von 0,6631 % des Bruttoaufwandes wird der Globalkredit des Perso-

nalamts um 38'500 Franken gekürzt. Die SP weiss nicht wo dieser Betrag gespart werden soll. Das wurde von der GLP nicht genau definiert. Die GLP will bei der Anschaffung von Mobilien, dem Betriebs-/Verbrauchsmaterial und den Dienstleistung Dritter sparen. Es ist aber unklar was genau eingespart werden soll. Die SP ist der Meinung, dass die GLP klar sagen soll, was eingespart werden soll und was im Personalamt nicht nötig ist. Anlässlich der Beratung in der Aufsichtskommission (AK) hätte die GLP genügend Gelegenheit gehabt, zu fragen, was diese Positionen beinhalten und klar zu deklarieren, was nach Ansicht der GLP nicht nötig ist. Die SP ist gegen diese Einsparung.

Ch. Kern (SVP): Das Gleichstellungsbüro ist ein Steckenpferd von Ch. Kern, solange es nicht aufgehoben oder abgebaut wird. Es ist etwas polemisch aber es ist klar, dass sich die SP-Frau für die Gleichstellung einsetzt. Wenn man in den Reihen der SP nachschaut, wird klar, dass das Fraktionspräsidium, das Parteipräsidium, das Kommissionspräsidium und die erste Nomination für das Gemeinderatspräsidium von Männern besetzt sind. Jetzt wird Gleichstellung gefordert. Die SP soll in den eigenen Reihen diese Probleme lösen und nicht die Stadt dafür bezahlen lassen, dass Gleichstellung notwendig ist. Auch bei den Grünen sieht es nicht besser aus. Die SVP hat die Gleichstellung vollzogen. Sie braucht diese Stelle nicht. Auch die Frauen brauchen diese Stelle nicht. Sie sind durchwegs in der Lage, sich durchzusetzen. Vor allem die jungen Frauen. Ch. Kern ist Mutter von zwei fast erwachsenen Töchtern. Diese stehen den Männern in nichts nach. Familienmodelle gehören nicht zur Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten. Das muss in den Departementen und Abteilungen vollzogen werden. Die Leitungen müssen die Vereinbarkeit prüfen. Alte Zöpfe müssen abgeschnitten werden. Die Frauen brauchen kein Gleichstellungsbüro und keine Selbsthilfegruppen mehr. Sie können sich zur Wehr setzen. Das Geld kann besser anders eingesetzt werden. Abfahren mit diesem alten Zopf.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier hat sich ohne Gleichstellungsbüro nach vorne gekämpft. Das soll kein Votum gegen das Gleichstellungsbüro sein.

R. Diener (Grüne/AL): Jetzt geht es allmählich um das Eingemachte. Es wurden vollmundige Beteuerungen abgegeben von der rechten Seite. Es wurde versichert, dass das Personal nicht von den Sparmassnahmen betroffen sein soll. Mit dieser Forderung wird aber die Abschaffung des Produkts Chancengleichheit und Gleichstellung gefordert. Dabei geht es um Menschen, die bei der Stadt arbeiten und gute Arbeit leisten. Sie sorgen dafür, dass Chancengleichheit und Gleichstellung erfüllt werden. Das ist noch lange nicht der Fall. Im Gegenteil, es gibt einen grossen Bedarf. Viele Frauen brauchen Unterstützung. Es ist richtig, wenn weiter daran gearbeitet wird. Der Antrag der GLP ist eine Pauschalkürzung. Diese Pauschale von 0,6631 % wird über alle Produktgruppen gestellt. Das wird man heute Abend immer wieder hören, ohne dass genau bekannt ist, was eingespart werden soll. Es wird zum Beispiel gefordert, dass Dienstleistungen Dritter abgeschafft werden sollen. Sollen damit Sachen verschwinden? Nein, es handelt sich um Menschen. Es geht um Personal, um Leute, die eine Stelle haben, die für die Stadt arbeiten. Es ist ein Misstrauensvotum sondergleichen, wenn behauptet wird, die Stadtverwaltung lebe in Saus und Braus und versaue das Geld. Es geht auch um weniger Informatik und weniger Verbrauchsmaterial. Sollen die Angestellten die Bleistifte selber kaufen oder den Computer selber mitnehmen? Es zeugt von extremem Misstrauen, wenn man davon ausgeht, dass überall mindestens drei Computer zu viel vorhanden sind. Es ist bedenklich, dass Pauschalkürzungen durch die Hintertüre wieder eingeführt werden sollen, ohne dass im Detail bekannt ist, was dahinter steht. Die Grüne/AL-Fraktion lehnt diese Kürzungen ab.

M. Wenger (FDP): Das war eine Pauschalverurteilung vom feinsten. Die Fraktionen der FDP, CVP, SVP und GLP/PP haben entschieden, die Löhne nicht zu Kürzen und auch keine Stellen abzubauen. Der Antrag im Produkt Gleichstellung ist ein Paradebeispiel. Vor zwei Jahren wurden die beiden Mitarbeiterinnen pensioniert. Im Landboten haben sie ein Interview gegeben und erklärt, dass es diese Stelle so nicht mehr braucht. Die beiden haben ihre Aufgabe erfüllt. Die Verwaltung hat sich einen neuen Auftrag gegeben. Sie hat sich eine neue Beschäftigung gesucht für diese Stelle. Die FDP wird den vier Anträgen zustimmen.

S. Stierli (SP) ist erstaunt. Der Globalkredit der Produktegruppe Personalamt beläuft sich auf 3,4 Millionen. Jetzt werden Sparanträge von über 1 Million gestellt. Das ist ein krasser Kahlschlag in dieser Produktegruppe. Anträge zu den Personaldossiers und zur Langzeitar-chivierung: Die AK begleitet diese Projekte seit langem und hat den Stadtrat immer wieder mit positiven Rückmeldungen ermutigt diese Projekt weiter zu verfolgen. Es ist eine gute Sache und dient einem modernen Personalmanagement. Wenn jetzt diese Anträge ange-nommen werden, ist es völlig unklar, was der Stadtrat tun soll. Soll er das Projekt abschie-sen oder soll er die 560'000 Franken, die in der falschen Produktegruppe sind, umbuchen auf die anderen Produktegruppen, damit würde nichts gespart. Aus diesen Anträge geht nicht hervor, was der Gemeinderat genau will und was der Stadtrat machen soll. So unklare Anträge sind nicht richtig.

N. Gugger (EVP) kann sich dem Vorredner anschliessen. Die Absichten sind schleierhaft. Einerseits ist von der GLP zu hören, dass der Stadtratskredit um 1 Million erhöht werden soll. Diese Million soll dem Stadtrat zurückgegeben werden. Die EVP-Fraktion wird diese Anträge ablehnen. Es ist nicht klar, warum man erneut versucht das Produkt, 4 Chancen-gleichheit und Gelichstellung, zu streichen, obwohl das in der Kommission abgelehnt wurde. Offensichtlich hofft man damit durchzukommen. Heute Abend wurde scheinheilig gesagt, dass man dazu beigetragen will, dass die Löhne nicht gekürzt werden müssen. N. Gugger fragt sich, ob der jetzt eingeschlagene Weg richtig ist, dass nämlich Menschen auf die Strasse gestellt werden. Es ist klar, wenn die Sparanträge von bürgerlicher Seite angenom-men werden, dann werden in der Stadt ca. 20 Leute mehr auf der Strasse stehen. Das kön-nen das Personalamt und die Stadträte bestätigen. Ein Teil der Personalressourcen muss gestrichen werden. Wenn die Kürzungen angenommen werden, dann müssen Menschen auf die Strasse gestellt werden, im Gegenzug wurden die Löhne nicht gekürzt.

M. Zeugin (GLP/PP): Es ist immer wieder das Gleiche. Wenn es Konkret wird, dann wird einseitig Verunsicherung geschürt. Es wird behauptet, dass Einsparungen nicht möglich sind etc. Wenn man genauer hinschaut, zeigt sich, dass die Verwaltung der Büroflächen, die nicht zentral an einem Ort anfallen, sondern in jeder Produktegruppe, trotzdem über das Immobilienamt laufen. Mit einer internen Verrechnung wird sichergestellt, dass jeder Quad-ratmeter, den eine Produktegruppe benötigt, dieser verrechnet wird. Entsprechend kann man das verbrauchsorientiert zuordnen. Man hat im letzten Jahr beschlossen, dass im Be-reich der Flächen der Quadratmeterpreis erhöht wird. Das konnte relativ einfach umgesetzt werden. Das hat sich bei der Konsolidierung zwar neutralisiert. Der Effekt war trotzdem vor-handen. Der Stadtrat hat erklärt, dass es sich bei den elektronischen Personaldossiers um Investitionen in ein Informatikprojekt handelt, dessen Vorteile sich bereits innerhalb kürzes-ter Zeit zeigen werden. Das einzige was sich im Voranschlag 2013 gezeigt hat, sind Mehr-ausgaben. Die Fraktion wollte wissen, wo die Effizienzsteigerung realisiert wird. So wie das jetzt im Budget steht, werden die Investitionen getätigt, aber der Zeitgewinn wird nirgends deutlich umgesetzt. Aus diesem Grund will die GLP/PP-Fraktion per Saldo nicht einfach mehr für die Informatik ausgeben. Wenn mehr für die Informatik ausgegeben wird, soll die vom Stadtrat versprochene Effizienzsteigerung sichergestellt werden. Die Realisierung ist einfach, das Personalamt kann pro elektronisches Dossier, das behandelt wird oder pro elektronische Bewerbung, die eingeht, den entsprechenden Produktegruppen, wie das bei den Quadratmeterflächen der Fall ist, einmal im Jahr eine interne Verrechnung schreiben. Damit wäre das verbrauchsgerecht zugeordnet. Selbstverständlich geht das. Man kann zwar Unsicherheit schüren und behaupten, es geht nicht. Man kann jeden einzelnen Antrag aus-einandernehmen. Es gibt für jeden Antrag gute Gründe. M. Zeugin bittet die Ratsmitglieder den Anträgen zuzustimmen. Schlussendlich kann es nicht sein, dass die Stadt in die Infor-matik investiert und den Gewinn oder den produktiven Nutzen nicht realisiert. Das wäre, wie wenn man Stadtbusse kaufen würden, die doppelt so viele Sitze haben um letztendlich nur einen Drittel der Leute zu befördern. Das macht keinen Sinn.

Z. Dähler (EDU) wird die pauschalen Kürzungsanträge von 0,6631 % der Grünliberalen generell nicht unterstützen. Die anderen Anträge unterstützt Z. Dähler.

Ch. Ulrich (SP): Die GLP stellt verkappte Pauschalkürzungsanträge. Kann jemand sagen, wo in dieser Produktegruppe 38'500 Franken gespart werden sollen. Die Auflistung der Ausgaben in diesen Kontenarten ist vorhanden. Die Finanzvorsteherin hat die Liste geschickt. Die SP und auch das Publikum sollen wissen, wo die GLP sparen will.

M. Zeugin (GLP/PP): In der Begründung wird klar ausgeführt, welche Ausgaben reduziert werden sollen. Die Kosten sind in den entsprechenden Konten eingestellt. Es sollen weniger Möbel gekauft, weniger Dienstleistungen Dritter konsumiert, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial gekauft werden und die Informatikprojekte sollen priorisiert werden. Man kann es auch umkehren. In diversen Produktegruppen bleibt die Leistungsmenge gleich, trotzdem steigen die Kosten und zwar relativ massiv. In den meisten Produktegruppen ist der Anstieg der Leistungsmenge nicht erfolgt. Man müsste deshalb konsequenterweise dort wo die Leistungsmenge nicht steigt auch nicht mehr Geld sprechen.

R. Keller (SVP): Die Frage wo eine Effizienzsteigerung bei den Personaldossiers zu erwarten ist, konnte nicht beantwortet werden. Scheinbar ist keine Effizienzsteigerung zu verzeichnen. Die Leute werden auch in Zukunft gleich viel Zeit benötigen wie bisher, um die Dossiers zu scannen. Einzig Lagerfläche wird eingespart. Die Streichung des Produkts 4, Chancengleichheit und Gleichstellung ist durchaus möglich, weil die Ombudsstelle ebenfalls eine Anlaufstelle ist für die städtischen Mitarbeitenden.

Stadtpräsident M. Künzle: Die Stadt hat ein zentrales Personalamt, das alle Departemente und die grossen Bereiche beliefert, Grundlagenarbeit macht und notwendige Instrumente zur Verfügung stellt. Zusätzlich gibt es 9 dezentrale Personaleinheiten, das heisst alle Departemente und zwei grosse Bereiche. Das Globalbudget des Personalamtes beträgt rund 3,411 Millionen. Der Referent der AK, M. Wenger (FDP), hat am 11. November 2013 anlässlich der Sitzung der AK ausgeführt, dass es sich um eine Produktegruppe mit einem stabilen Voranschlag handle. Der Stadtrat und seine Mitarbeitenden konnten alle Fragen beantworten und sind davon ausgegangen, dass das Personalamt gut und solide dasteht. Jetzt steht man plötzlich vor der Situation, dass in dieser Produktegruppe 1 Million gespart werden muss. Damit müsste der Stadtrat das Gesamtkonzept, zentrales Personalamt und dezentrale Personaleinheiten, hinterfragen und auflösen. Die Million, die beim Personalamt gekürzt werden soll, wird so nicht funktionieren. Im Endeffekt werden die einzelnen Departemente trotzdem gewisse Leistungen benötigen, die zu Buche schlagen. Das wird insgesamt mehr kosten, als ein Personalamt, das die Leistungen zentral erbringt.

Streichung von 350'800 Franken im Produkt 4, Chancengleichheit und Gleichstellung: In der Stadtverwaltung arbeiten mehr als 5'000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich nicht nur in Männlein und Weiblein unterscheiden. Es sind ältere und junge Menschen und sie kommen aus verschiedenen Nationen, Religionen und Kulturen. Diese 5'000 Leute müssen zusammenarbeiten können. Das geht nicht immer so einfach, wie man sich das vorstellt. Der Stadtrat hat 2011 entschieden, dass der Auftrag des bisherigen Büros für Gleichstellung erweitert wird. Er ist der Ansicht, dass eine Stelle nötig ist, an die sich die Leute wenden können. Es ist richtig, die Mitarbeitenden können sich auch an die Ombudsfrau oder an den Vorgesetzten wenden. Manchmal geht das nicht, manchmal wollen sich die Leute auch nicht an eine externe Stelle wenden. Dann können sie sich an das Personalamt wenden. Die beiden Personen, die entlassen werden müssten, wenn der Kürzungsantrag angenommen wird, kümmern sich um einen diskriminierungsfreien Arbeitsalltag. Sie sind auch sehr begehrt, gerade in unsicheren Zeiten. Die Anlaufstelle wird genutzt. Im Rahmen der Kommissionssitzung wurde erklärt, es gäbe eine andere Stelle, an die man sich wenden kann, im Fall von sexueller Belästigung. Dem ist nicht so. Die Stadtverwaltung muss als öffentliche Hand Vorbildwirkung haben, das ist richtig. Bei 5'000 Leuten ist es ein Ding der Unmöglichkeit, dass diese Vorbildwirkung querbeet garantiert werden kann. Aus diesem Grund braucht es die Sensibilisierung der Leute, die in die Stadtverwaltung eintreten. Man muss ihnen die

Regeln bekannt geben und muss sie weiterbilden. Genau das wird gemacht. Die Stadt ist in guter Gesellschaft. Auch andere Verwaltungen haben den Gleichstellungsauftrag ausgebaut, zum Beispiel die AXA Winterthur, die CS, die Bank Coop, die ZKB, die Raiffeisenkasse etc. Die Stadt ist in bester Gesellschaft, wenn sie im HR-Bereich investiert. Wenn dieser Antrag gutgeheissen wird, dann muss die Fachstelle aufgehoben werden. Das sind zwei Personen, denen gekündigt werden muss. Die bereits ausgeschriebenen Weiterbildungsangebote müssten gestrichen werden, zum Beispiel die Schulung der Lernenden zur Prävention vor sexueller Belästigung und generell zur Förderung des Respekts. Diese Schulung ist leider notwendig. Das betrifft zum Beispiel die Schulung von Führungspersonen in Bezug auf den Diskriminierungsschutz im Arbeitsalltag auf der Basis der Fürsorgepflicht und die Informationsveranstaltung für neue Mitarbeitende zum Schutz vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz. Eine vollständige Einsparung der 350'800 Franken wird ab dem 1. Januar 2014 nicht möglich sein. Die ordentlichen Kündigungsfristen müssen eingehalten werden. Damit würde die Stadt bereits in Verzug kommen. Der gesamte Betrag unter diesem Titel einzusparen, dürfte enorm schwierig sein.

Die pauschalen Kürzung von 38'500 Franken bei der Anschaffung von Mobilien, beim Betriebs- und Verbrauchsmaterial, bei den Dienstleistungen Dritter und im Informatikbereich hätte folgende Auswirkungen: Der Stadtrat würde 20'000 im Bereich betriebliches Gesundheitsmanagement streichen müssen. Aktuell werden die Departemente unterstützt. Stadtpräsident M. Künzle geht davon aus, dass die Departemente kleinere Beiträge selber übernehmen würden. 20'000 Franken müssten beim externen Case Management eingespart werden. Die Reduktion der Lizenzen für elektronische Personaldossiers auf 200 und die Kürzung des Globalkredits um 100'000 Franken, hätte für einen Arbeitgeber dieser Gröszenordnung negative Folgen. Der Stadtrat hat offengelegt, dass eine Langzeitarchivierung realisiert werden soll. Er will die elektronische Personalakte umsetzen. Das sind laufende Projekte. Stadtpräsident M. Künzle hat Mühe, wenn jetzt mitten in einem laufenden Projekt Kürzungsanträge gestellt werden. Die Stadtverwaltung hat vorbildlich gehandelt. Im Voranschlag 2012 hat der Stadtrat in der Investitionsplanung für das Projekt elektronische Personalakte einen Gesamtkredit von 900'000 Franken eingestellt, den der Grosse Gemeinderat am 5. Dezember 2011 zur Kenntnis genommen hat. Man hat dann nach günstigeren Lösungen gesucht und hat in der Folge eine Software gefunden, die mit dem elektronischen Records Management Programm (ERMS) kompatibel ist und eine Vergünstigung von 600'000 Franken bedeutet. Jetzt sind noch 280'000 Franken ins Budget eingestellt. Die 300 Lizenzen sind ein Paket. Die Stadt hat eine Unternehmenslizenz gelöst. Das Personalamt hat diese Lizenzen für die anderen Departemente übernommen. Die grossen Positionen werden durch Aufgaben verursacht, die das Personalamt für die anderen Departemente umsetzt. Wenn hier gespart wird, dann wird beim Personalamt etwas gestrichen, das anderweitig eingespart werden muss. Das wäre ein Kahlschlag für das Personalamt. Weil diese Projekte bereits laufen und der Grosse Gemeinderat diese auf den Weg geschickt hat, geht der Stadtrat davon aus, dass noch diskutiert werden muss, ob diese Ausgaben nicht gebunden sind. Einfach so wird die Stadt die Lizenzverträge nicht künden können. Stadtpräsident M. Künzle bittet die Ratsmitglieder, die 4 Anträge abzulehnen.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der SVP abstimmen: Kürzung des Globalkredits um CHF 350'000 mit dem Ziel der Streichung des Produkts 4, Chancengleichheit und Gleichstellung. Gleichstellung ist bereits in den Lohnklassen enthalten.

Der Rat lehnt den Antrag mit 31 zu 28 Stimmen ab.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der GLP abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands: CHF 38'500. Weniger Anschaffung Mobilien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn. Verteilung nach total effektive Kosten.

Der Rat stimmt dem Antrag zu.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der SVP abstimmen: Kürzung des Globalkredits um CHF 100'000 mit dem Ziel die Lizenzen für elektronisches Personaldossier auf 200 zu reduzieren.

Der Rat stimmt dem Antrag zu.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Kommissionsantrag abstimmen: Kürzung des Globalkredits um CHF 560'000 mit dem Ziel einer Effizienzsteigerung durch die Einführung der Langzeitarchivierung und den elektronischen Personaldossiers.

Der Rat lehnt den Antrag mit 30 zu 29 Stimmen ab.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Mit diesen Änderungen hat der Gemeinderat 138'500 Franken eingespart.

142000 Stadtentwicklung

A. Steiner (GLP/PP): Die Quartierentwicklung hat in der Budgetdebatte in den letzten Jahren immer wieder zu Diskussionen geführt. Sie ist laufend erweitert worden, ohne dass dem Gemeinderat, trotz Ermahnung, je eine Weisung vorgelegt worden ist. Der Gemeinderat konnte zu dieser Thematik nie Stellung nehmen. Will der Gemeinderat diese Quartierentwicklung und wohin soll es gehen? Entsprechend sind auch die Zielsetzungen vage. Auch in der Diskussion um die WOV-Indikatoren sind die Ziele der Quartierentwicklung nie klar formuliert worden. Auch Meldungen aus den Quartieren bestätigen, dass nicht klar ist, was die Quartierentwicklung soll. Das ist ein Problem. Gleichzeitig hat der Stadtrat die Gelder der ehrenamtlich tätigen Quartierentwicklung um 50'000 Franken gekürzt. Das ist ein völlig falscher Trend. Es kann nicht sein, dass für die professionelle Quartierentwicklung Leute eingestellt werden, die oft nicht im Quartier verankert sind und gleichzeitig Gelder für Projekte, die in den Quartieren entstehen, gekürzt werden. Entsprechend stellt die GLP den Antrag gesamthaft 30'000 Franken zu kürzen. 40'000 Franken sollen bei der professionellen Quartierentwicklung gekürzt werden, davon sollen 10'000 Franken für Projekte in den Quartieren eingesetzt werden.

Auch die Stadtentwicklung hat ein ähnliches Problem. Das Produkt Stadtentwicklung ist in den letzten Jahren sehr stark gewachsen. Die WOV-Ziele sind sehr vage. Im Jahr 2013 wurde bereits darüber diskutiert. Die Zahlen, die effektiv gemessen und gesteuert werden müssten, nämlich wie sich die Stadt entwickelt, können nicht gemessen werden, weil sie nicht dem Produkt Stadtentwicklung zugeordnet werden können. Das ist problematisch. Die Stadtentwicklung ist zu wenig zielorientiert. Was soll mit der Stadtentwicklung wirklich erreicht werden. Es sind viele Anlässe organisiert worden. Die partizipativen Prozesse in den Quartieren haben relativ viel gekostet. Die GLP/PP-Fraktion sieht keinen sehr grossen Nutzen. Es ist viel besser, wenn Projekte aus den Quartieren entstehen, sei das der Ober-Talk, ein offenes Mikrofon oder eine Landgemeinde in den Quartieren. Demokratie kommt von Unten. Entsprechend soll der Betrag angepasst werden. Verschiedene WOV-Indikatoren wurden angepasst, das heisst es wird nicht mehr die gleiche Leistung verlangt, deshalb soll das Globalbudget um 170'000 Franken gekürzt werden.

Ch. Leupi (SVP): Die SVP hat den Antrag gestellt, dass der Globalkredit für die Integrationsförderung um 100'000 Franken gesenkt wird, mit dem Hintergedanken, dass die Migranten vermehrt in die Verantwortung gezogen werden. Wenn sie Kursgebühren bezahlen müssen, werden sie sich auch etwas mehr Mühe geben. Das Integrationsbewusstsein soll gestärkt werden, indem das Portemonnaie belastet wird. Darum soll der Kostendeckungsgrad der Kurse erhöht werden. Vielleicht sollten mehrheitlich nur die Kurse angeboten werden, die vom Bund und vom Kanton finanziert werden. Die Stadt soll nicht unbedingt zusätzlich eigene Projekte fördern. Aus diesem Grund beantragt die SVP den Globalkredit um 100'000 Franken zu senken.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier will wissen, ob die GLP/PP-Fraktion den Kürzungsantrag, um 0,6631 %, der im Drehbuch steht, aufrechterhalten will.

A. Steiner (GLP/PP): Der Antrag wird gestellt.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Die SVP verlangt nicht nur, dass die Integrationsmassnahmen reduziert werden, sondern auch die Übersetzungsdienste. In der Kommission wurde argumentiert, dass die Kinder übersetzen können. Ch. Griesser kann sich nicht vorstellen, wie an einem Elterngespräch das Kind das Gespräch zwischen der Lehrperson und den Eltern übersetzen soll oder wie das bei komplexen Sachverhalten funktionieren soll. Es ist zudem relativ anspruchsvoll, wenn einem 7 Jahre alten Kind steuerrechtliche Sachverhalte erklärt werden und es übersetzen soll. Die GLP/PP-Fraktion will den Globalkredit der Quartierentwicklung um 30'000 Franken kürzen. Natürlich ist die Zielsetzung der Quartierentwicklung vage. Das Resultat kann nicht auf den Franken genau beziffert werden. Zu berücksichtigen ist, dass die Nettokosten in dieser Produktegruppe sind bereits um 257'000 Franken gesenkt worden sind gegenüber dem Vorjahr. Diese Produktegruppe leistet ihren Anteil an «effort 14+». Die GLP/PP-Fraktion verlangt zusätzlich eine Reduktion des Globalbudgets um 170'000 Franken in der Stadtentwicklung im engeren Sinn. Auch dort sind das Budget und die Sollvorgaben bereits reduziert worden. Die GLP will erneut reduzieren, in einem Ausmass, dass sich Ch. Griesser fragen muss, ob es nicht ehrlicher wäre, wenn man sagen würde, dass diese Produktegruppe abgeschafft werden soll. Warum muss ausgerechnet in diesem Bereich, zusätzlich zur pauschalen Kürzungsantrag um 0,6631 %, bzw. 35'000 Franken, ein weiterer Kürzungsantrag in der Höhe von 170'000 Franken gestellt werden? Man hätte die beiden Anträge zusammenfassen und die Streichung von 205'000 Franken beantragen können. Hier fehlt offensichtlich der Mut. Die Grüne/AL-Fraktion lehnt alle Anträge ab.

B. Konyo (SP): Die Stadtentwicklung hat bereits im Rahmen von «effort 14+» in der zweiten Runde 500'000 Franken gespart. Die Übersetzungsdienste sind eine gesetzliche Pflicht. Rechtsgrundlagen für die Umsetzung von Integrationsmassnahmen sind im Ausländergesetz Artikel 53 und in der Kantonsverfassung Artikel 114 verankert. Die 100'000 Franken Kürzung im Globalbudget bedeuten weniger Geld von Kanton und Bund. Die Stadt verzichtet freiwillig auf diese Beiträge. Das bedeutet, dass Frühförderprogramme, Prävention und diverse integrative Projekte gestrichen oder massiv reduziert werden müssten. In der Stadt leben Ausländerinnen und Ausländer. Beratung und Unterstützung sind im Altersheim, im Gesundheitsbereich, an der Volksschule, in der Arbeitswelt etc. notwendig. Das sind wichtige Faktoren. Diese Kosten würden sich auf die Sozialen Dienste oder andere städtische Institutionen verschieben. Die SP lehnt diesen Antrag der SVP ab.

GLP-Anträge zu den WOV-Indikatoren: Die Kürzung der Dienstleistungsstunden um mehr als 1'000 Stunden bedeutet, dass Personal entlassen werden muss. Weniger Personal und die Kürzung von Dienstleistungsstunden haben eine Reduktion der Projekte zur Folge. Zudem müssen laufende Projekte gestoppt werden, zum Beispiel Projekte in Wülflingen oder Dätttau. Die Begleitung von Projekten im Bereich Wohnen, zum Beispiel auf dem Areal Deutweg, von Projekten zum Alterswohnen oder zum studentischen Wohnen müsste reduziert werden. Konsequenzen: Das Mitspracherecht der Stadt Winterthur geht teilweise verloren und es bedeutet weniger Veranstaltungen, weniger Technopark, weniger Netzwerk im Bereich Wirtschaft. Die Stadt Winterthur verliert an Attraktivität. Deshalb lehnt die SP die Anträge der GLP ab.

S. Stierli (SP): Der Antrag der GLP, der Quartierentwicklung 10'000 Franken mehr zu geben, ist sympathisch. Die SP würde den Antrag gerne unterstützen. Die Quartiervereine sind wichtig, 1'000 Franken in einer Quartiervereinskasse sind viel Geld. Es ist aber so, dass viele Kürzungsanträge des Stadtrates schmerzlich sind und von der SP so nicht gewollt sind. Die Fraktion hat sich aber entschlossen, den Kurs des Stadtrates zur Erreichung eines ausgeglichenen Budgets mitzutragen. Deshalb unterstützt sie die Kürzungsanträge des Stadtrates. Einzelne Erhöhungsanträge stehen deshalb schief in der Landschaft. Auch wenn

es schmerzt, die SP lehnt die Erhöhung ab. Die Stadtentwicklung ist generell sehr wichtig. Das Budget musste bereits reduziert werden, von 4,87 Millionen im Jahr 2013 auf 4,08 Millionen im Jahr 2014. Jetzt soll noch mehr reduziert werden. Das geht nicht gut. Die Stadtentwicklung ist wichtig, das zeigen auch die vielen Vorstösse der GLP zum Thema Stadtentwicklung, die Geld kosten und einen hohen Aufwand in dieser Produktgruppe verursachen. Weitere Kürzungen verträgt es nicht.

Ch. Leupi (SVP): Was den Übersetzungsdienst anbelangt, ist es in anderen Einwanderungsländern, zum Beispiel Australien oder USA, üblich, dass Sprachkurse von den Teilnehmern bezahlt werden. Der Staat bezahlt keine Kurse. Man kann auch nicht für den Kontakt mit den Behörden einen Übersetzungsdienst verlangen. Es ist schwieriger ein Visum zu erhalten, wenn man die Landessprache nicht spricht. Das Problem kann in der Schweiz nicht auf kommunaler Ebene gelöst werden. Aber die Stadt könnte dadurch, dass sie die Kurse kostenpflichtig anbietet, die Eigenverantwortung der Migranten stärken.

D. Schraft (Grüne/AL): Woher Ch. Leupi die Information hat, dass in den USA die Englischkurse von den Kursteilnehmern bezahlt werden müssen, weiss D. Schraft nicht. Sie selber hat einen Englischkurs besucht, als sie einige Jahre in den USA wohnte. Sie hat nie für Englischkurse bezahlen müssen. Dass sich die Leute mehr anstrengen und die Eigenverantwortung gestärkt wird, wenn die Kurse mehr kosten, ist fraglich. D. Schraft vermutet, dass die SVP gar nicht will, dass sich die Leute integrieren. Wenn die Kurse mehr kosten, werden sie weniger besucht.

R. Keller (SVP): Offenbar hat D. Schraft die Argumentation von der linken Seite in der AK nicht mitbekommen. Das ist schade. Zu den Quartiervereinen hat R. Keller in der AK erklärt, dass es nicht sein kann, dass die Stadt Quartiervereine für einige Mitglieder aufrechterhält. Der Koch-Club leistet im Quartier ebenfalls einen Beitrag und hätte das gleiche Recht unterstützt zu werden. Es gibt noch viele Vereine, die das gleiche verdienen, wie ein Quartierverein.

Stadtpräsident M. Künzle: Die Stadtentwicklung hat bereits einen grossen Beitrag geleistet. Man kann erklären, dass die Stadtentwicklung kein Ziel habe, oder dass man nicht genau wisse was die Mitarbeitenden machen. Tatsache ist aber, dass sich die Arbeit der Stadtentwicklung immer wieder ändert. Es ist wichtig, dass Winterthur eine Stadtentwicklung hat, die sich um Zukunftsfragen kümmert und das Entwicklungspotential erkennt. Der Stadtrat hat für das nächste Jahr den Schwerpunkt auf die Wirtschaft gelegt. Auch im Wahlkampf ist immer wieder zu hören, dass Arbeitsplätze wichtig sind. Das Hauptziel sind 10'000 neue Arbeitsplätze. Die Stadtentwicklung muss zusammen mit anderen Institutionen helfen, dass dieses Ziel erreicht werden kann. Aus diesem Grund hat sich der Stadtrat das Thema für nächstes Jahr auf die Fahne geschrieben. Es wäre schade, wenn ausgerechnet jetzt, wo die Stadtentwicklung den Schwerpunkt auf die Wirtschaft legt, so stark gekürzt würde. Auch die Standortförderung legt das Schwergewicht auf die Wirtschaft. Die Standortförderung Region Winterthur und die Stadtentwicklung unterstützen dieses Ziel gemeinsam. Es wäre schade, wenn ausgerechnet jetzt Abstriche gemacht würden.

Integrationsmassnahmen: Es ist in der Tat so, die Stadt könnte die 500'000 Franken Bundesgelder nicht in diesem Umfang abholen, wenn nicht 100'000 Franken investiert werden. Diese Rechnung ist einfach. Mit Ausgaben von 100'000 Franken können 500'000 Franken in die Stadt Winterthur geholt werden. Bundesgelder werden an den Kanton ausgezahlt und der Kanton Zürich verteilt die Beiträge auf die Städte. Wenn Winterthur sich nicht beteiligt, wird das Geld in andere Städte investiert und Winterthur, als urbanes Zentrum, das auf Integrationsleistungen angewiesen ist, hat das Nachsehen. Wem der gesellschaftliche Friede in dieser Stadt etwas wert ist, darf nicht bei den Integrationsleistungen kürzen. Wenn dieser Antrag durchkommen sollte, müssten beim Frühförderprogramm Abstriche gemacht werden und die bewährte Zusammenarbeit mit Vereinen und Projektträgerschaften, die in diesem Bereich auch Freiwilligenarbeit leisten, müsste zurückgefahren werden. Zudem würden die Kosten für Übersetzungsdienste beim Departement Schule und Sport und beim Departement Soziales anfallen. Die Ausgaben für die Beratungsstelle Integrationsförderung, die eine

40jährige Erfahrung aufweist, müssten soweit zurückgefahren werden, dass die Stelle gefährdet wäre. Stadtpräsident M. Künzle appelliert an die Ratsmitglieder an den Integrationsleistungen festzuhalten.

Die Quartierentwicklung wurde aufgrund der Diskussionen in den letzten Jahren neu organisiert. Eine Stelle wurde nicht mehr besetzt, zusätzlich wurden Stellenprozente reduziert. Der Stadtrat hat bereits massiv eingegriffen. Es schmerzt, dass die Beiträge an die Quartiervereine gekürzt werden müssen. Diese Massnahmen wurden im Gespräch mit den Quartiervereinen umgesetzt. Das hatte zur Folge, dass die eine oder andere Veranstaltung aus dem Programm gestrichen werden musste, was zwar weh tut aber nicht existenzgefährdend ist. Die Quartiervereine leisten sehr gute Arbeit. Nicht jeder Quartierverein ist gleich aufgestellt. Es gibt starke Quartiervereine, die dadurch keine Probleme bekommen und es gibt schwächere Quartiervereine, dort braucht es vor allem städtische Unterstützung. Das Quartierentwicklungskonzept wurde angepasst – gerade vor dem Hintergrund von «effort 14+». Das Konzept müsste erneut überarbeitet werden, wenn der Gemeinderat der Kürzung zustimmt. Die Quartierentwicklung ist in einer wachsenden Stadt wichtig. Das Zusammenspiel zwischen der Quartierentwicklung und den Quartiervereinen ist enorm wichtig. Öffentlichkeitsarbeit und Indikatoren: Die Stadtentwicklung hat einen sehr grossen Beitrag im Rahmen von «effort 14+» geleistet. Es wurden bereits Leute entlassen aufgrund dieser Reduktion. Das wichtigste ist, dass der Bereich Wirtschaft im nächsten Jahr im Zentrum steht. Vor dem Hintergrund, dass Winterthur mehr Arbeitsplätze braucht, wäre es ein schlechter Dienst, ausgerechnet hier die Projektkosten zu reduzieren. Die partizipativen Prozesse laufen 2014 aus – zum Beispiel in Wülflingen und Dättlau. Diese Öffentlichkeitsarbeit wird offiziell abgeschlossen. Man kann sagen, dass sich der Stadtrat in seinen Legislaturzielen, partizipative Prozesse auf die Fahne geschrieben hat. Damit hat die Stadt zum Teil gute Erfahrungen gemacht, die Prozesse sind aber aufwändig und schwierig. Der Stadtrat wird in Zukunft zurückhaltender sein. Trotzdem muss die Bevölkerung mitreden können. Es braucht Trägerschaften für gewisse Projekte. Die Stadtentwicklung hat im Jahr 2012 12 Veranstaltungen durchgeführt, Jahr 2013 waren es noch 6 und für 2014 sind 4 Veranstaltungen vorgesehen. Damit sollen die Ressourcen gebündelt und gezielt eingesetzt werden. Die Stadtentwicklung sollte man, nach den grossen Einsparungen, die sie im Rahmen von «effort 14+» bereits geleistet hat, in Ruhe lassen.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der SVP abstimmen: Kürzung des Globalkredits um CHF 100'000 mit dem Ziel nur gesetzlich vorgeschlagene Integrationsmassnahmen und Übersetzungsdienste anzubieten.

Der Rat lehnt den Antrag ab.

Stadtpräsident M. Künzle: Es ist bekannt, dass moderne Kommunikationsmittel eingesetzt werden. Diese erlauben es, dass man direkt aus dem Ratssaal der Bevölkerung mitteilen kann, wie es im Ratssaal läuft. Der Stadtpräsident hat auf Twitter folgenden Kommentar gelesen: „Bestes Kino in der Budgetdebatte. Schade, dass im Ratssaal Popcorn nicht erlaubt ist“ Der Stadtpräsident bittet die Parlamentarierinnen und Parlamentarier, sich der Verantwortung bewusst zu sein. Heute wird über Stellen diskutiert und über Entlassungen. Solche Bemerkungen sind absolut daneben.

Der Rat applaudiert.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der GLP abstimmen: Kürzung des Globalkredits um CHF 30'000 mit dem Ziel der Kürzung der professionellen Quartierentwicklung um 40'000 und 10'000 Reduktion auf die Kürzung (Erhöhung) der Beiträge.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der GLP abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands: CHF 35'000. Weniger Anschaffung Mobilen, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Prio-

risierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn. Verteilung nach total effektive Kosten.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der GLP abstimmen: eingesetzte Stunden pro Jahr für Öffentlichkeitsarbeit (Internetauftritt, Quartierveranstaltungen, Medienkontakte etc.) von 1'100 Stunden auf 900 Stunden zu reduzieren.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der GLP abstimmen: eingesetzte Stunden pro Jahr für Projekte (vgl. Rubrik wesentliche Massnahmen und Projekte auf folgenden Seiten) von 3'800 Stunden auf 3'000 Stunden zu reduzieren.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der GLP abstimmen: Wohnen, Wohnstandort (2) Reduktion der Stunden von 450 Stunden auf 200 Stunden

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der GLP abstimmen: Die Anzahl organisierter öffentlicher Veranstaltungen wird von 6 auf 3 reduziert.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: lässt über den Antrag der GLP abstimmen: Kürzung des Globalbudgets um CHF 170'000 als Folge der reduzierten Indikatoren.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Die Produktegruppe Stadtentwicklung hat 235'000 Franken eingespart. Der Globalkredit wurde von 4'085'792 Franken auf 3'850'792 Franken reduziert.

152000 Theater Winterthur

M. Zehnder (GLP/PP): Begründung des Kommission Antrags zur Kürzung des Globalkredits um CHF 97'000, Korrektur eines Fehlers bei den Personalkosten. Diese Korrektur muss nicht weiter begründet werden. Den Kommissionsmitgliedern wurde mitgeteilt, dass es sich um einen Fehler im Budgetbuch handelt, der korrigiert wird.

A. Steiner (GLP/PP): Die GLP/PP-Fraktion hält an ihrem Antrag fest.

U. Meier (SP): Das Theater Winterthur hat bereits einen grossen Beitrag an «effort 14+» geleistet. Es ist nicht einfach mitten in einer laufenden Theatersaison das Budget im vorgelegten Umfang zu reduzieren. Dafür, dass das gelungen ist, spricht die SP der Theaterleitung ihre Anerkennung aus. Die eingeleiteten und teilweise bereits vollzogen Massnahmen sind zu verkraften und tragen zum Sanierungsprogramm bei. Der Kommissionsantrag, die Korrektur um 97'000 Franken, ist unbestritten. Der Antrag bezüglich Eigenwirtschaftlichkeit hängt damit zusammen, dieser wird entsprechend etwas höher. Den Antrag der GLP weist die SP in aller Deutlichkeit zurück, weil damit unbesehen ein willkürlicher Prozentsatz zusätzlich gestrichen werden soll, wohlbemerkt in Bereichen, in denen bereits hohe Beträge eingespart worden sind. Die SP kritisiert auch, dass diese Kürzung in der Kommission nicht diskutiert und dementsprechend mit den Theaterverantwortlichen nicht besprochen werden

konnte. Damit stimmt der Gemeinderat über einen Blindantrag ab. Man stellt einfach die Hoffnung in den Raum, dass man diesen Sparbeitrag irgendwie zusammenkratzen kann. Die GLP müsste auch hier deutlich sagen, wie und wo dieser Betrag gespart werden kann. Das Theater hat das Budget seriös geprüft und leistet bereits einen genügend grossen Beitrag. Die SP lehnt den GLP-Antrag ab.

Ch. Magnusson (FDP): Die FDP wird beide Anträge unterstützen. Zur Korrektur von 97'000 Franken gibt es weiter nichts zu sagen. Es handelt sich um einen Fehler im Budgetbuch. Die von der GLP beantragte Einsparung von 54'700 Franken ist sehr gering bei einem Budget von über 5 Millionen. Das kann im Rahmen der Verbesserung der Eigenwirtschaftlichkeit, die sogar im Budgetbuch steht, ohne weiteres erreicht werden. Es ist vorgesehen, dass die Eigenwirtschaftlichkeit schrittweise auf 40 % erhöht werden soll. Im Moment beträgt sie 27,85 %, mit der beantragten Kürzung um 54'700 Franken wird die Eigenwirtschaftlichkeit ca. 28,5 % betragen. Das ist vertretbar und entspricht einer halben Vorstellung, die etwas kommerzieller ist. Das kann im zweiten Halbjahr 2014 erreicht werden. Ganz so dramatisch wie von der linken Seite dargestellt, ist diese Einsparung nicht. Ch. Magnusson freut sich, dass dieser Antrag auf einem guten Weg ist.

Stadtpräsident M. Künzle: Wenn es einen Bereich in der Stadtverwaltung gibt, der massiv «effort 14+» unterstützt hat, dann war es das Theater Winterthur. 1,5 Millionen können mit einem viel höheren Eigenwirtschaftlichkeitsgrad herausgeholt werden. Das Theater hat viel geleistet. Wenn man zurückdenkt, wurde das in einer Art und Weise umgesetzt, die den Zuschauern sehr gut verkauft werden konnte. Stadtpräsident M. Künzle appelliert an die Ratsmitglieder, in diesem Bereich, der so viel zum Sparen beigetragen hat, nicht erneut zu sparen, quasi als Dankeschön für den grossen Beitrag, der geleistet worden ist. Das Problem ist, dass das Theater bis Mitte 2014 die Ensembles bereits reserviert hat. Die Verträge sind abgeschlossen. Im Theater wird 2014 kein Mobiliar angeschafft. Die Honorare der Gastspielensembles müssen bestritten werden. Man kann die Ensemblemitglieder nicht einfach wieder nach Hause schicken. Ein Vertragsbruch würde teuer zu stehen kommen. Vor allem werden auch die Abonnentinnen und Abonnenten enttäuscht, weil Vorstellungen gestrichen werden müssten. Stadtpräsident M. Künzle plädiert dafür, dass dem Theater für seinen Sparbeitrag nicht auf diese Art und Weise gedankt wird.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Zum Kommissionsantrag, Kürzung des Globalkredits um 97'000 Franken, Korrektur eines Fehlers bei den Personalkosten, wurde kein Ablehnungsantrag gestellt. Damit hat der Gemeinderat die Korrektur angenommen und auch der Steigerung des Kostendeckungsgrads auf 27,85 % zugestimmt.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der GLP abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands: CHF 54'700. Weniger Anschaffung Mobilien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn. Verteilung nach total effektive Kosten.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: In der Produktgruppe Theater Winterthur sind 151'700 eingespart worden. Der Globalkredit reduziert sich von 5'120'142 Franken auf 4'968'442.

155000 Bibliotheken

D. Berger (Grüne/AL) stellt einen Erhöhungsantrag. Dieser Antrag wurde nicht in der Kommission gestellt. D. Berger hat den Antrag an die Ratsmitglieder kurzfristig versandt. Er beantragt die Erhöhung des Globalkredits der Winterthurer Bibliotheken um 200'000 Franken. Die «effort 14+» Massnahme, zentralisieren und submittieren des Büchereinkaufs, soll

nicht umgesetzt werden. Durch diese Massnahme werden die kleinen Buchhandlungen in Winterthur massiv gefährdet. Sie müssen sich bereits jetzt in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld behaupten. Mit der Submittierung werden die kleinen Buchläden möglicherweise aus der Stadt verschwinden. Wenn sie aus dem Prozess ausgeschieden sind, werden sie nicht mehr zurückkommen. Das Rennen machen dann grosse internationale Firmen wie Amazon oder weniger grosse wie Orell Füssli, die in Winterthur nicht stark verankert sind und, gerade im Fall von Amazon, eine fragwürdige Anstellungspolitik betreiben. Es ist etwa so, als wenn die die Stadt Schulhäuser von einer rumänischen Baufirma bauen lassen würde, die niedrige Löhne bezahlt. Es geht darum, wie weit das ausgeweitet werden soll.

D. Berger würdigt, dass die Stadt gemeinsam mit den Bibliotheken und den betroffenen Geschäften eine Lösung sucht. Die Lösungsfindung soll mit diesem Antrag auf keinen Fall torpediert werden. Es ist zu befürchten, dass dieser Antrag keine Mehrheit findet. D. Berger erinnert den Stadtrat daran, dass er bei der Umsetzung auch eine Verantwortung gegenüber dem lokalen Gewerbe hat. Er hofft sehr, dass er diese auch in den weiteren Verhandlungen wahrnehmen wird.

A. Steiner (GLP/PP): Die GLP/PP-Fraktion hält am Antrag fest, wie er im Drehbuch steht.

D. Berger (Grüne/AL) bisher wurde über keine Produktegruppe abschliessend abgestimmt. Ist das nicht notwendig.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Solange kein Ablehnungsantrag über eine Produktegruppe gestellt wird, ist eine abschliessende Abstimmung nicht notwendig.

M. Zehnder (GLP/PP): Den Antrag von D. Berger, den Globalkredit um 200'000 Franken zu erhöhen und damit die Sparmassnahmen rückgängig zu machen, lehnt die GLP/PP-Fraktion ab. Dieser Gewinn soll durch eine Zentralisierung und vor allem durch noch nicht abgeholte Mengenrabatte realisiert werden. Dazu müssen keine Submissionen im ganzen EU-Raum ausgeschrieben werden. Es reicht, wenn die lokalen Anbieter die Mengenrabatte weitergeben. Die GLP/PP-Fraktion unterstützt den Antrag der AL nicht.

St. Feer (FDP): Die FDP-Fraktion lehnt den Antrag von D. Berger ab. Nach dem Motto, was passiert tatsächlich, konnten verschiedene Informationen zu diesem Thema den Pressemitteilungen, Medienkonferenzen oder Unterschriftenbogen entnommen werden. Die 200'000 Franken haben keine Freude ausgelöst in der Branche. Das ist so. Aber die drei betroffenen Buchhandlungen haben der Stadt kommuniziert, dass sie mithelfen wollen die 200'000 Franken zu sparen. Sie haben sich organisiert und dem Stadtrat eine Lösung präsentiert, damit diese 200'000 Franken eingespart werden können. Es ist deshalb unverständlich warum D. Berger heute diesen Vorschlag unterbreitet. Der Prozess, der vom Gewerbe ausgeht, ist fast schon ein Leuchtturmprojekt. Es ist aussergewöhnlich, dass das Gewerbe auf die Stadt zugeht, Lösungen präsentiert und die Hand ausstreckt. Es liegt jetzt am Stadtrat einzuschlagen. Die Buchhandlungen haben ihren Vorschlag präsentiert. Die FDP-Fraktion bittet die Ratsmitglieder, den Antrag der AL abzulehnen.

U. Meier (SP): Die SP steht hinter dem Voranschlag des Stadtrates und nimmt auch die Vorschläge an, die auf den ersten Blick nicht sympathisch sind. Aus diesem Grund wird die Fraktion den Antrag der AL nicht unterstützen. Die SP hofft, dass im Rahmen der Medieneinkäufe die städtischen Buchhandlungen auch in Zukunft berücksichtigt werden können. Die SP vertraut dem Stadtrat, dass der Büchereinkauf auf eine gute Art gelöst wird. Den Antrag der GLP/PP-Fraktion lehnt die SP ab. Ein Budget für so viele Bibliotheken zu erstellen, ist eine komplexe Angelegenheit. Das wird ersichtlich, wenn man die Produktegruppe genauer anschaut. Die Bibliotheken müssen den Anschluss an die Modernisierung schaffen. So wie sie im Moment aufgestellt sind, schaffen sie das auch. Jede zusätzliche Sparmassnahme wird die Attraktivität der Bibliotheken einschränken. Alles was das Medienangebot verringert und die Kosten für die Benutzerinnen und Benutzer erhöht, senkt die Attraktivität. In den vergangenen Jahren hat man gesehen, dass die Attraktivität einen direkten Einfluss hat auf die Einnahmen der Bibliotheken hat. Mit weiteren Sparmassnahmen würde sich die

Stadt ins eigene Fleisch schneiden. Aus diesem Grund lehnt die SP-Fraktion den GLP Antrag ab. Auch hier erscheint er unüberlegt. Man weiss nicht wo dieser Betrag eingespart werden soll. Die Kommissionsmitglieder hatten keine Gelegenheit mit den Bibliotheksverantwortlichen die Sparmöglichkeiten abzuklären. Die SP ist gegen diesen pauschalen Kürzungsantrag.

D. Berger (Grüne/AL): Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Es gibt noch keine Lösung und das Problem ist noch nicht gelöst.

Stadtpräsident M. Künzle: Es ist in der Tat so. Der Stadtpräsident ist sehr froh, dass diese Gespräche aufgenommen werden konnten. Die Bibliotheken haben eine Petition eingereicht, damit der Bibliothekskredit nicht gekürzt wird. In der Folge hat man sich gegenseitig die Hand gereicht. Die Hälfte dieses Lorbeerkranzes beansprucht der Stadtrat für sich. Die Buchhandlungen in Winterthur haben sich zu einer Interessensgemeinschaft zusammengeslossen und mit der Stadt Gespräche geführt. Diese haben zu einer Annäherung geführt. Stadtpräsident M. Künzle ist zuversichtlich, dass eine Lösung gefunden werden kann. Es ist aber seit Jahren klar, dass der Büchereinkauf im Ausland günstiger ist. Das Thema liegt seit langem auf dem Tisch. Jetzt ist der finanzielle Druck so gross, dass man nicht mehr um Massnahmen herumkommt. Der einheimische Buchhandel muss sich Gedanken machen, wie er mit der Stadt zusammenarbeiten kann. Man ist gut unterwegs aber noch nicht am Ziel. Wenn die von der GLP/PP-Fraktion beantragte Kürzung von 0,6631 %, 65'000 Franken, angenommen wird, dann würden 20'000 Franken bei den PC-Arbeitsplätzen für das Publikum reduziert. Das trifft diejenigen, die zuhause keinen PC haben. Die Wartezeiten würden damit verlängert. 20'000 Franken würden eingespart, indem der Unterhalt an Liegenschaften und Mobiliar auf das Jahr 2015 verschoben wird. Das ist immer undankbar, weil man zuschaut wie etwas verwittert. Im Bereich Bibliothekspädagogik, das betrifft den Zugang von Schulklassen auf das Bibliotheksangebot, das seitens der Bibliotheken unterstützt wird, müssten 5'000 Franken gekürzt werden. 10'000 Franken würden durch einen verlangsamten Aufbau der virtuellen Bibliothek eingespart. Die Bibliotheken dürfen den Anschluss nicht verpassen. In den letzten Jahren war man sehr gut unterwegs und konnte vieles aufholen. Es wäre schade, wenn dieser Vorteil wieder abgegeben werden müsste. Im Bereich Weiterbildung würden 10'000 Franken eingespart. Das ist eine Massnahme, die der Stadtpräsident nur ungern umsetzt, weil die Weiterbildung enorm wichtig ist. Es wäre bedauerlich, wenn die Bibliotheken diese Einsparungen umsetzen müssten. Für den Antrag, das Globalbudget um 200'000 Franken zu erhöhen, bedankt sich Stadtpräsident M. Künzle. Aber die Bibliotheken sind gut unterwegs und es braucht diesen Antrag nicht.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der GLP abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands: CHF 65'900. Weniger Anschaffung Mobilen, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn. Verteilung nach total effektive Kosten.

Der Rat stimmt dem Antrag zu.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag von D. Berger abstimmen: Erhöhung des Globalkredit um 200'000 Franken.

Der Rat lehnt den Antrag ab.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Der Globalkredit in der Produktegruppe Bibliotheken wurde um 65'900 Franken reduziert von 8'774'621 Franken auf 8'708'721 Franken.

157000 Subventionsverträge und Beiträge an Dritte

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier möchte das Vorgehen klären. Ein Kommissionsantrag wird durch den Referenten begründet und erklärt. Alle anderen Anträge müssen gestellt werden, sonst gelten sie als nicht gestellt, damit kann auch nicht darüber debattiert oder abgestimmt werden.

W. Schurter (CVP): Kommissionsantrag aus der Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK) gestellt von M. Zehnder Präsident der BSJK: Es geht darum eine Fehlerkorrektur im Novemberbrief rückgängig zu machen und den Globalkredit um 200'000 Franken zu senken. Dieser Antrag wurde in der BSJK mit 6 zu 2 Stimmen überwiesen.

A. Steiner (GLP): Die GLP/PP-Fraktion hält am Antrag fest. Sie wird das durchziehen.

Ch. Griesser (Grüne/AL): In Bezug auf die pauschalen Kürzungsanträge der GLP in den Konten 3110, 3130 und 3180 gilt es zu berücksichtigen, dass der Aufwand dieser Positionen insgesamt 310'088 beträgt. Die GLP will 104'800 Franken, sprich 34 % sparen. Die Hauptpositionen in diesem Bereich sind 168'000 Franken Versicherungsprämien und 60'000 Franken Kunstankauf. Wie soll das mit den Versicherungen gehen? So grosse Einsparungen sind nicht zu schaffen. Die Grüne/AL-Fraktion lehnt die Anträge ab.

U. Meier (SP) kann sich dem Votum von Ch. Griesser anschliessen. Diese Produktegruppe ist nicht sehr flexibel, vor allem was die Sachkosten anbelangt. Versicherungen sind das Eine, diese sind vertraglich festgelegt. Auch andere Kosten sind über Verträge geregelt und können nicht einfach reduziert werden. U. Meier kann es sich nicht vorstellen, dass auf die Schnelle so viel eingespart werden kann. Das zeigt einmal mehr, dass niemand weiss, wo die 0,6631 % eingespart werden sollen. Die SP lehnt diesen Antrag ab.

A. Steiner (GLP/PP): Wie eingangs erwähnt, wird die GLP den Antrag stellen, dass der Stadtratskredit erhöht wird. Es gibt Produkte bei denen es schwierig sein wird zu sparen. Hier wäre ein Ort, an dem der Stadtrat aushelfen könnte.

D. Berger (Grüne/AL): Um wie viel soll der Stadtratskredit erhöht werden.

A. Steiner (GLP/PP): Der Stadtratskredit soll auf 2 Millionen erhöht werden.

D. Berger (Grüne/AL): Der Globalkredit der Produktegruppen soll um 0,6631 % reduziert werden, in den Konten 3110, 3130 und 3180 und durch die Priorisierung von Informatikprojekten. Was ist wenn der Betrag in diesen Konten nicht ausreicht, um so viel zu sparen?

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Das zeigt, wie wichtig es ist, dass die Anträge gestellt werden und dass man sie ernst nimmt.

Stadtpräsident M. Künzle: In dieser Produktegruppe ist der grösste Teil der Ausgaben gebunden. Es ist nicht möglich diese Beträge zu kürzen. Es könnte einzig beim Kunstankaufskredit etwas gestrichen werden. Man kann auch hier die Unterhaltungspflicht vernachlässigen. Das wäre aber problematisch. Ein grosser Teil der Ausgaben ist an Verträge gebunden. Die Nebenleistungen der Museen und die Versicherungsgebühren werden durch die Stadt bezahlt. Das ist so, als würde man die Schliessung eines Museums fordern. Das will der Rat zu diesem Zeitpunkt sicher noch nicht und hoffentlich nie. Man kann nicht darüber hinweggehen, diese Beträge sind gebunden.

B. Baltensberger (SP) bittet die GLP ihre Anträge zu formulieren und anzugeben welche Summe eingespart werden soll. Das kann nicht einfach unter den Tisch gewischt werden mit der Formulierung, der Antrag wird gestellt.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier bittet die GLP die Anträge zu formulieren. Das Publikum hat kein Drehbuch vor sich. Die Leute haben ein Anrecht darauf zu wissen, um was es geht. Einerseits liegt ein Kommissionsantrag vor, zu dem kein Ablehnungsantrag gestellt worden ist. Damit ist folgender Antrag angenommen: Senkung des Globalkredits um CHF 200'000 um eine Fehlerkorrektur im Novemberbrief rückgängig zu machen.

Die Ratspräsidentin lässt über den Antrag der GLP abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands: CHF 104'800. Weniger Anschaffung Mobilien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn. Verteilung nach total effektive Kosten.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Der Globalkredit in der Produktgruppe Subventionsverträge und Beiträge an Dritte wurde um 304'800 Franken reduziert von 13'703'865 Franken auf 13'199'064 Franken.

158000 Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten

A. Steiner (GLP/PP): Die GLP beantragt den Globalkredit um 0,6631 % des Bruttoaufwandes zu kürzen, das sind 64'800 Franken; weniger Anschaffung Mobilien, weniger Dienstleistungen Dritte, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn.

Ch. Magnusson (FDP): Die FDP passt ihren in der Kommission gestellten Antrag an und reduziert die Kürzung um 200'000 Franken. Damit fordert sie die Kürzung des Globalkredits um 200'000 Franken. Die Alte Kaserne soll einen höheren Kostendeckungsgrad erreichen. Dieser Antrag wurde bewusst reduziert. Eigentlich sollte die Alte Kaserne mit Gewinn betrieben werden. Die Stadt hat aus diesem Gebäude aber ein Kulturzentrum gemacht. Dementsprechend kann man nicht mit dem gleichen Ertrag rechnen. Insbesondere sind viele Vereine immer wieder eingemietet. Ch. Magnusson hat im Keller der Alten Kaserne selber Musik gemacht. Die Kürzung um 200'0000 Franken kann umgesetzt werden, ohne dass die Vereine direkt darunter leiden müssen. Vielleicht kann die eine oder andere kommerziellere Veranstaltung durchgeführt werden. Der Kostendeckungsgrad kann damit erhöht werden. Von auswärtigen Nutzern könnten auch höhere Beiträge verlangt werden. Das sollte machbar sein. Ch. Magnusson bittet um Unterstützung.

U. Meier (SP): Im Bereich der städtischen Institutionen steht, neben dem unbedachten und pauschal begründeten Antrag der GLP, der Antrag der FDP im Raum. Die Kürzung soll jetzt nicht mehr 400'000 Franken sondern 200'000 Franken betragen. Es ist schön, dass die FDP gemerkt hat, dass es zu viel ist, wenn ein Viertel der Nettokosten der Alten Kaserne gestrichen wird. Trotzdem, die Nettokosten der Alten Kaserne belaufen sich auf 1,558 Millionen. Auch 200'000 Franken sind ein sehr hoher Betrag. Für die SP ist das ein Frontalangriff auf die Alte Kaserne, der unbegründet ist. Innerhalb eines Jahres und ohne Vorlaufzeit ist es schwierig so viel Geld einzusparen. Die SP will diese Einrichtung nicht angreifen oder gar absägen. Mit der Alten Kaserne kommt die Stadt ihrem Auftrag nach Winterthurer Vereinen und Veranstaltungen bezahlbaren Sitzungs- und Veranstaltungsraum zur Verfügung zu stellen. U. Meier geht davon aus, dass die meisten Anwesenden mehr oder weniger häufig davon profitieren. Dieser Antrag gefährdet die wertvolle Institution. Damit verbunden sind auch die Vereine gefährdet und die anderen Nutzer der Räume in der Alten Kaserne. Sie müssen die höheren Kosten tragen oder können sich die Nutzung nicht mehr leisten. Auch diesen Antrag kann die SP unmöglich unterstützen.

R. Diener (Grüne/AL): Es ist extrem wichtig, dass diese Institution in Winterthur erhalten bleibt. Sie bietet zu bezahlbaren Konditionen Räume an für Vereine und Organisationen. Das ist für Winterthur sehr wichtig. In der Stadt sind bezahlbare Sitzungszimmer oder Ver-

anstellungsräume rar. Es gibt praktisch nur noch die Alte Kaserne und das Kirchgemeindehaus/Kongresszentrum. Die Alte Kaserne muss unbedingt erhalten bleiben. Dafür kämpft R. Diener. Es ist schief und schräg hier noch mehr abzuwacken.

D. Schraft (Grüne/AL): Heute Abend hat Ch. Magnusson zum zweiten Mal erklärt, dass man einfach kommerzieller handeln kann. Das nervt D. Schraft. Bereits beim Theater wurde dieses Argument vorgebracht. Es soll offenbar ein Allerheilmittel der FDP sein, als ob es nichts anderes gäbe in der Stadt.

Stadtpräsident M. Künzle nimmt zum Antrag der GLP, den Globalkredit um 64'800 Franken zu kürzen Stellung: Diese Produktgruppe hat das Budget im Rahmen von «effort 14+» bereits um 688'000 Franken oder 9 % gekürzt. Wenn man einfach eine weitere Kürzung vornimmt, müssen die Öffnungszeiten weiter eingeschränkt werden. Es hat bereits Einschränkungen gegeben. Die Reduktion der Öffnungszeiten der Museen bringt keine Verbesserung des Kostendeckungsgrades, weil dadurch auch Einnahmen wegfallen. Die Museen müssten ihre Ausstellungskonzepte überarbeiten. Die Ausstellungen können aber jeweils an andere Museen weitergegeben werden. Das bringt der Stadt Einnahmen. Wenn weniger Ausstellungen organisiert werden, können auch weniger Einnahmen generiert werden. Der Stadtrat hat sich zum Ziel gesetzt mehr Einnahmen zu generieren. Auch bei der Museumspädagogik und der Theaterpädagogik müsste zurückgefahren werden. Das würde schmerzen, weil es Jugendliche und Kinder betrifft. Die Vermittlung von Kultur ist sehr wertvoll und wichtig.

Den Antrag, das Budget der Alten Kaserne zu kürzen, kann Stadtpräsident M. Künzle nicht verstehen. Mit diesem Antrag werden die Vereine, die das Zentrum nutzen, betroffen. Die Alte Kaserne soll als Kulturzentrum betrieben und Räumlichkeiten sollen günstig vermietet werden. Auf dieses Angebot sind viele Vereine und Institutionen angewiesen. Den Quartiervereinen, die Freiwilligenarbeit leisten, will man mehr Geld geben. Für die anderen Vereine – Musikverein, Schachclub und Jugendvereine – will man die Preise erhöhen. Damit hat der Stadtpräsident Mühe. Das schlägt direkt auf die Vereine zurück. Sparen in so kurzer Zeit ist sehr schwierig. Man kann immer über ein Konzept diskutieren und man kann darüber reden, ob etwas Neues aufgebaut werden soll. Man kann aber nicht mit einem Wisch in Verlauf der Budgetdebatte ein Konzept vom Tisch fegen. Wenn man diese Diskussion will, muss man sie über längere Zeit ernsthaft führen und man muss vor allem die Auswirkungen überprüfen. Stadtpräsident M. Künzle rät dringend davon ab, bei der Alten Kaserne Hand anzulegen. Sie hat bereits einen Beitrag geleistet. Die Stadt ist dringend auf bezahlbare Räume angewiesen. Die Vereine, die Räumlichkeiten mieten wollen, stehen Schlange. Es ist immer das gleiche Problem – welchen Mietzins kann sich ein Verein für Räume leisten. Die Alte Kaserne biete Räume zu Preisen, die bezahlbar sind. Wenn man diese Kürzung umsetzen muss, ist das mit Entlassungen verbunden. Zudem werden vor allem die Vereine gestraft.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der FDP abstimmen: Kürzung des Globalkredits um CHF 200'000. Die Alte Kaserne soll einen höheren Kostendeckungsgrad erreichen.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der GLP abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands: CHF 64'800. Weniger Anschaffung Mobiliën, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn. Verteilung nach total effektive Kosten.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Der Globalkredit in der Produktgruppe städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten wurde um 264'800 Franken reduziert von 7'700'383 Franken auf 7'435'583 Franken.

170000 Rechtspflege

A. Steiner (GLP/PP): Die GLP stellt den Antrag: Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands: CHF 35'900. Weniger Anschaffung Mobilien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn.

S. Stierli (SP): Die SP lehnt diesen pauschalen Sparantrag ab, der nicht in der Kommission besprochen werden konnte. Der Globalkredit der Stadtammann- und Betreibungsämter und des Friedensrichteramtes beläuft sich auf 286'122 Franken. Diese Ämter leisten sehr gute Arbeit. Das Betreibungsamt verschickt 32'000 Betreibungen pro Jahr. Es ist auf gute Informatikmittel und gute Hilfsmittel angewiesen. Wenn man jetzt das Budget kürzt, wird ein ordnungsgemässes Betreibungsverfahren behindert. Das sollte auch die GLP zur Kenntnis nehmen. Vor allem das Kleingewerbe ist darauf angewiesen, dass die Rechnungen eingetrieben werden können. Das muss gut laufen. Kommt dazu, dass die Leute bereits sehr belastet sind. Die Aufsichtsbehörde, das Obergericht und das Bezirksgericht haben an der Kommissionsitzung auf diese Tatsache hingewiesen. Das ist nicht gut, eigentlich müsste man für Abhilfe sorgen, sonst wird die Aufsichtsbehörde durchgreifen. Dass jetzt in dieser Produktgruppe die Infrastruktur zusammengekürzt werden soll, ist nicht gut.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Der grösste Posten in den Positionen 3110, 3130 und 3180 betrifft die Ausgaben für Porto, Post- und Bankgebühren. Aber auch diese Kürzung ist vermutlich nicht verhandelbar. Die Anzahl Fälle, sowohl im Betreibungsamt, wie auch im Friedensrichteramt, ist extrem hoch. Wenn man jetzt die Schraube zusätzlich anzieht, kommt früher oder später der Absturz.

N. Gugger (EVP): Die Rede ist von Einsparungen im Betrag von 35'900 Franken, die von der GLP pauschal beantragt werden. Der Antrag wird von der FDP unterstützt. N. Gugger appelliert an die FDP. Das FDP Mitglied Roland Isler wird an dieser Einsparung keine Freude haben.

Stadtpräsident M. Künzle: Es ist in der Tat so, die Fallzahlen nehmen leider zu. Die Fallzahlen bestimmen, wie viel Material benötigt wird. So einfach ist das. Wenn man die Kosten für das Material senkt, verzögert das die Arbeit. Das ist nicht unbeschränkt möglich, weil die Fälle an gesetzliche Fristen gebunden sind. Es ist sehr problematisch, wenn in diesem Bereich Einsparungen gemacht werden. Die Stadt hat einen gesetzlichen Auftrag zu erfüllen. Die Stadtamman- und Betreibungsämter und das Friedensrichteramt sind auf die budgetierten Globalkredite angewiesen.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der GLP abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands: CHF 35'900. Weniger Anschaffung Mobilien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn. Verteilung nach total effektive Kosten.

Der Rat lehnt den Antrag deutlich ab.

Departement Finanzen

211000 Finanzkontrolle

A. Steiner (GLP): Antrag der GLP: Antrag Fraktion GLP Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands: CHF 8'100. Weniger Anschaffung Mobilien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Der Globalkredit in dieser Produktegruppe ist im Budget 2014 tiefer als in der Rechnung 2012 und im Budget 2013. Mit dieser Kürzung wird eine bereits erfolgreiche Produktegruppe bestraft. Das lehnt die Grüne/AL-Fraktion ab.

S. Stierli (SP): Die Finanzkontrolle wird direkt vom Grossen Gemeinderat angestellt und alimentiert. Die GLP soll bitte genau sagen, wo G. Ludwig sparen soll. Es wäre gut, wenn er das für seine Nachfolgerin noch regeln könnte.

M. Zeugin (GLP/PP): Man muss Klarheit schaffen. In dieser Produktegruppe belaufen sich die Kosten für Dienstleistungen Dritter auf 180'000 Franken. Die Mitglieder der SP erklären ständig, dass sie die Anträge nicht versteht. Die Mitglieder der GLP haben sich genauer mit dem Voranschlag befasst. Im Teil A, Seite 19 ist ersichtlich, dass im Vergleich zum Jahr 2012 im Voranschlag 2014 grosse Steigerungen zu verzeichnen sind, in den Bereichen Anschaffung Mobiliar, Allgemeiner Informatikaufwand etc. Weil der Gemeinderat nicht an einem Ort auf die Gesamtkosten Einfluss nehmen und diese reduzieren kann, zum Beispiel im Bereich Anschaffung Mobilien, der mit 9,1 Millionen budgetiert ist oder im Bereich der Informatikkosten mit einem Umfang von über 20 Millionen, werden die Einsparungen verteilt, wie von S. Stierli gefordert.

Stadträtin Y. Beutler: Die Ausgaben von 180'000 Franken für Dienstleistungen Dritter, die von M. Zeugin erwähnt worden sind, betreffen zum grössten Teil, nämlich 100'000 Franken, IT-Audits, die vorgeschrieben sind. Für diesen Bereich müssen die entsprechenden Fachkapazitäten beauftragt werden. Das selber aufzubauen, wäre zu teuer.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der GLP abstimmen: Antrag Fraktion GLP Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands: CHF 8'100. Weniger Anschaffung Mobilien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn. Verteilung nach total effektive Kosten.

Der Rat stimmt dem Antrag zu.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Damit wurde der Globalkredit der Finanzkontrolle um 8'100 Franken reduziert auf 769'304 Franken.

22 100 Finanzamt

B. Konyo (SP): Die AK stellt folgenden Antrag: Reduktion des Globalkredits um CHF 10'000, mit dem Ziel auf den Druck des Weissen Buches zu verzichten. In der AK wurde der Antrag mit 9 zu 2 Stimmen angenommen.

A. Steiner (GLP/PP): Antrag Fraktion GLP: Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands: CHF 24'800. Weniger Anschaffung Mobilien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Der Verzicht auf den Druck des Weissen Buches ist ökologisch sinnvoll. Die Grüne/AL-Fraktion unterstützt diesen Antrag. Den Antrag der GLP lehnt die Grüne/AL-Fraktion ab. Ein grosser Ausgabenposten betrifft Porto und Bankgebühren im Umfang von 120'000 Franken. Diese Beträge sind nicht verhandelbar. Eine weitere grosse Position betrifft die Dienstleistungen Dritter, das sind Informatikdienstleistungen, die im Zusammenhang mit HRM2 bezogen werden müssen. Die Sanierung der Pensionskasse, die letztendlich dazu geführt hat, dass HRM2 vorzeitig eingeführt worden ist, ist ein Glücksfall. Es ist nicht einzusehen, warum jetzt diese Dienstleistung nicht beansprucht werden soll. Ansonsten muss eine Person eingestellt werden.

D. Schraft (Grüne/AL): Wenn auf den Druck des Weissen Buches verzichtet wird, muss man einen Computer haben, wenn man das endgültige Budget sehen will. Das Volk kann das Budget verlangen. D. Schraft ist nicht ganz sicher, sie glaubt aber, dass man als gewöhnlicher Bürger das Budget verlangen kann. Diese Kürzung bedeutet, dass man nur dann das Budget einsehen kann, wenn man einen Computer besitzt. Alle anderen haben keine Einsicht.

Stadträtin P. Pedernana: Im Stadthaus steht ein öffentlicher Computer zur Verfügung.

N. Gugger (EVP): Die EVP-Fraktion hat sich eigentlich mit der Idee 10'000 Franken zu sparen indem auf den Druck des Weissen Buches verzichtet wird, solidarisiert. Heute Abend ist die EVP mit den Pauschalkürzungen generell nicht einverstanden. Dementsprechend wird die Fraktion einer weiteren Kürzung von 10'000 Franken nicht zustimmen und stellt einen Ablehnungsantrag. Den Antrag, das Globalbudget um 24'8000 Franken oder 0,6631 % zu kürzen lehnt die Fraktion ebenfalls ab.

Stadträtin Y. Beutler: Die Kürzungen um 0,6631 % werden vom Bruttoaufwand berechnet. Das ist bereits der erste Überlegungsfehler, weil in diesem Betrag die internen Verrechnungen enthalten sind. Damit geht man von 1,4 Milliarden aus. Zudem ist es nicht so, dass die Stadt einfach frei entscheiden kann, was sie mit dem Geld machen will. Der grösste Teil des Budgets ist gebunden, zudem muss sich die Stadt im Departement Schule und Sport in der Sozialhilfe und im Bereich Kultur an bestehende Verträge halten etc. zwischen 80 und 90 % des Aufwandes, die eine Stadt erbringt, ist gebunden. Wenn man jetzt von einem Mittelwert ausgeht, nämlich von 85 %, dann sind es letztlich noch 186'000'000 Franken über die der Gemeinderat noch frei entscheiden kann. In diesem Betrag sind Kultur und Sport enthalten. So wird die Kürzung um 0,6631 % eher zu 6 % oder etwas in dieser Grössenordnung. Man kann nicht mehr sagen, dass der Stadtrat versagt, wenn er es nicht schafft, auf 1,4 Milliarden die 0,6631 % einzusparen.

Das Finanzamt ist das beste Beispiel für Effizienzsteigerung. Mit effort14+ hat das Finanzamt zwei Stellen abgebaut und übernimmt zudem die Buchungen zentral für die ganze Stadt und das mit weniger Aufwand. In den anderen Departementen werden dadurch Stellen eingespart. Das Finanzamt erledigt die gleiche Arbeit mit weniger Leuten. Das ist in Sachen Effizienz vorbildlich. Ch. Griesser hat es bereits erwähnt, im Budget sind 8'000 Franken für Mobiliar eingestellt. Das kann man streichen und hoffen, dass nie etwas kaputt geht. Bei den Dienstleistungen Dritter sind 17'000 Franken eingestellt, über die das Finanzamt verfügen kann. Der Rest betrifft Versicherungsprämien, Entsorgungsgebühren, Telefonkosten. Für Porti werden 120'000 Franken, für Betriebsgebühren 160'000 Franken benötigt und 3'000 für Visitationen. Insgesamt verlangt die GLP vom Finanzamt, dass von einem Aufwand in der Höhe von 25'000 Franken, der tatsächlich beeinflusst werden kann, 35'000 Franken eingespart werden. Stadträtin Y. Beutler hat keine Bananen in ihrem Korb und muss davon noch etwas abgeben. Wie soll das funktionieren?

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der AK abstimmen: Kürzung des Globalkredits um CHF 10'000, mit dem Ziel auf den Druck des Weissen Buches zu verzichten.

Der Rat nimmt dem Antrag deutlich an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der GLP abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands: CHF 24'800. Weniger Anschaffung Mobilien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn. Verteilung nach total effektive Kosten.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Der Globalkredit wurde um 34'800 Franken gekürzt von 2'546'373 Franken auf 2'511'573.

222000 Informatikdienste

A. Steiner (GLP/PP): Antrag 1, die Kürzung um 3 Millionen, wird zurückgezogen, weil der Betrag verteilt wird. Antrag 2 wird ebenfalls zurückgezogen.

Der Antrag, Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands: CHF 138'000, weniger Anschaffung Mobilien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn, bleibt aufrechterhalten.

S. Näf (SP): Dieser pauschale Kürzungsantrag konnte in der AK nicht besprochen werden. Es ist somit unklar, wo die IDW genau sparen müssen, um den Betrag von 138'000 Franken einzusparen. Die Ausgaben für Lizenzen sind im IDW hoch. Die Anschaffung von Kommunikationsmitteln und Telefonie kosten ebenfalls viel Geld. Diese Ausgaben sind schwierig zu reduzieren, insbesondere die Lizenzen sind so gut wie vorgegeben. Auch hier wäre die SP froh, wenn die GLP sagen könnte, wo konkret gespart werden soll. Diesen pauschalen Kürzungsantrag lehnt die SP ab.

M. Wäckerlin (GLP/PP): Zum Stichwort Lizenzen macht er den obligatorischen Einwand: Open Source.

Stadträtin Y. Beutler: Offenbar spielt es keine grosse Rolle, was der Stadtrat zu den Anträgen zu sagen hat. Deshalb kann Stadträtin Y. Beutler ihre Argumentation kurz halten. Bei den Informatikdiensten werden jetzt erneut Sachen eingespart, die in anderen Produktgruppen bereits eingespart worden sind. Bei den Informatikausgaben wurde bereits gespart und wird hier erneut gespart. Selbstverständlich kann man etwas, das bereits weggespart worden ist erneut einsparen. Es ist eigentlich alles möglich. Stadträtin Y. Beutler möchte A. Steiner sagen, dass die Logik, den Stadtratskredit um eine Million aufzustocken, nicht aufgeht. Es wird in den Produktgruppen, die gebundene Ausgaben tätigen müssen, zu Gebundenerklärungen kommen. Damit wird der Kredit der Produktgruppe aufgestockt und nicht der Stadtratskredit quasi gekürzt. Der Stadtrat hat aber nicht dagegen, wenn der Stadtratskredit aufgestockt wird. Die Begründung ist aber nicht richtig.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands: CHF 138'000. Weniger Anschaffung Mobilien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn. Verteilung nach total effektive Kosten

Der Rat stimmt dem Antrag zu.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Der Globalkredit wurde um 138'000 Franken reduziert. Neu beträgt der Ertragsüberschuss 658'089 Franken.

Bürgerrechtsgeschäfte

1. **B2012/066: DESTA Azeb Mebratu, geb. 1978, äthiopische Staatsangehörige**
-

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

2. **B2012/100: MUTHUKUMARU Nanthakumar, geb. 1969, und Ehefrau NANTHAKUMAR geb. VINAYAGAMOORTHY Vinothiny, geb. 1981, mit Kindern NANTHAKUMAR Garvien, geb. 2007, und NANTHAKUMAR Thiwani, geb. 2009, srilankische Staatsangehörige**
-

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (5:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

3. **B2012/110: NAMASIVAYAM Srikannan, geb. 1975, und Ehefrau SRIKANNAN geb. SELLATHURAI Rathika, geb. 1978, mit Kindern SRIKANNAN Shangeeth, geb. 2008, und SRIKANNAN Santhosh, geb. 2010, srilankische Staatsangehörige**
-

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (5:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

4. **B2012/119: GEORLCHUTHASAN geb. PACKIYANATHAR Diman Culin, geb. 1976, srilankische Staatsangehörige**
-

E. Wettstein (SP): Die Deutschkenntnisse von Frau Georlchuthasan sind noch immer sehr mangelhaft. Aus diesem Grund empfiehlt die Kommission mit 6 zu 0 Stimmen die Rückstellung um 1 weiteres Jahr.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission zu und beschliesst die Rückstellung um 1 weiteres Jahr.

5. **B2012/124: NUSHI Kujtim, geb. 1956, und Ehefrau NUSHI geb. MARNIKU Tereze, geb. 1961, kosovarische Staatsangehörige**
-

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (4:2 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

6. **B2012/188: LENJANI Betim, geb. 1979, kosovarischer Staatsangehöriger**
-

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

7. B2013/027: KRASNIQI geb. ISLAMI Hysnije, geb. 1978, mit Kindern Rona, geb. 2009, und Adriatik, geb. 2011, kosovarische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

8. B2013/059: LIMANI Idriz, geb. 1981, mazedonischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

9. B2013/060: MESAN geb. MASIC Sebina, geb. 1976, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

10. B2013/061: MOTA OLIVEIRA Alberto do Sacramento, geb. 1961, und Ehefrau MARQUES DE OLIVEIRA Célia Maria, geb. 1976, mit Kindern OLIVEIRA DE ALMEIDA Mara, geb. 1999, und OLIVEIRA Alessia, geb. 2005, portugiesische Staatsangehörige

F. Albanese (CVP): Die Bürgerrechtskommission beantragt mit 6 zu 0 Stimmen die Teilung des Gesuchs. Herr Mota Oliveira konnte den Voraussetzungen in Bezug auf das Wissen nicht entsprechen. Aus diesem Grund beantragt die Kommission Herrn Mota Oliveira Alberto do Sacramento, geb. 1961 um ein halbes Jahr zurückzustellen. Damit hat er die Gelegenheit sein Wissen zu vervollständigen.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission zu und beschliesst die Rückstellung um ein halbes Jahr.

F. Albanese (CVP): Die Bürgerrechtskommission beantragt mit 6 zu 0 Stimmen die Aufnahme von Marques de Oliveira Célia Maria, geb. 1976, mit Kindern Oliveira de Almeida Mara, geb. 1999, und Oliveira Alessia, geb. 2005.

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

11. B2013/062: PISARZEWSKI Grzegorz Arkadiusz, geb. 1954, und Ehefrau PISARZEWSKI geb. SIEMCZONEK Teresa, geb. 1963, polnische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

12. B2013/063: POLANCO ORTIZ Carlos, geb. 1974, dominikanischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

13. B2013/064: RIBIC Dzana, geb. 1965, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

14. B2013/065: SAWADE Claudia Maria, geb. 1963, mit Kind Michelle Karolina, geb. 1998, deutsche Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

15. B2013/067: BERBATI Bekim, geb. 1972, italienischer Staatsangehöriger, und Ehefrau BERBATI geb. KRASNIQI Albulena, geb. 1986, kosovarische Staatsangehörige, mit Kindern Viola, geb. 2007, Vanesa, geb. 2009, und Art, geb. 2012, italienische Staatsangehörige

S. Gygax (GLP): Frau Berbati wurde in der Bürgerrechtskommission befragt. Dabei wurde festgestellt, dass die Deutschkenntnisse noch nicht genügen. Darum will die Kommission (6:0 Stimmen) Frau Berbati ein Jahr Zeit geben, um die Deutschkenntnisse zu verbessern.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission zu und beschliesst die Rückstellung um 1 Jahr.

16. B2013/068: DREMPETIC geb. PERESIN Stefanija, geb. 1962, und Ehemann DREMPETIC Stjepan, geb. 1962, kroatische Staatsangehörige

St. Feer (SVP): Die Bürgerrechtskommission hat das Ehepaar Drempetic befragt und konnte feststellen, dass die sprachliche Integration gegeben ist, dass aber das Wissen nicht den Erwartungen der Bürgerrechtskommission entspricht, deshalb beantrag die Kommission mit 4 zu 2 Stimmen die Rückstellung um 1 halbes Jahr.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission zu und beschliesst die Rückstellung um 1 halbes Jahr.

17. B2013/069: DULLI Eugen, geb. 1975, mit Kindern Greis, geb. 2004, und Joen, geb. 2011, albanische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

18. B2013/070: FUNKE geb. BOCK Angelika Regina, geb. 1957, deutsche Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

19. B2013/071: HAJDARAJ geb. SADIKU Lindita, geb. 1980, und Ehemann HAJDARAJ Premtim, geb. 1981, mit Kindern Bledion, geb. 2008, Blinera, geb. 2010, und Lorena, geb. 2012, kosovarische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

20. B2013/072: ILLÉNYI Anikó, geb. 1970, ungarische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

21. B2013/073: KOÇ geb. ÖZGÜR Nesibe, geb. 1983, türkische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (5:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

22. B2013/076: OLUMA Abera, geb. 1969, und Ehefrau MAMO Asnaketch, geb. 1977, äthiopische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (5:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

23. B2013/077: PELKOWSKI Ralf, geb. 1969, deutscher Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

24. B2013/078: SOHRABATI Saman, geb. 1972, iranischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

25. B2013/079: HUSSEIN Yousif, geb. 1975, irakischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (5:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

26. B2013/080: AL-SHAKKAKEE Firas Kareem Kareem, geb. 1969, irakischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

27. B2013/083: DRESCHER Michael Dieter Manfred, geb. 1957, und Ehefrau DRESCHER geb. KUHNZ Beate Leonore, geb. 1958, deutsche Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

28. B2013/085: HAJDARI Abdul Ghafar, geb. 1971, afghanischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (5:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

29. B2013/086: HAMAD Shahzada, geb. 1963, und Ehefrau SAID HAMA LAV Kamer Nas, geb. 1973, mit Kindern HAMAD Sako, geb. 2002, und HAMAD Lenya, geb. 2008, irakische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (5:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

30. B2013/087: KALECI Abdula, geb. 1965, und Ehefrau KALECI geb. ISMAILI Nezija, geb. 1968, mazedonische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (5:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

31. B2013/091: FERATI Rezak, geb. 1984, und Ehefrau FERATI geb. AJDARI Djevrije, geb. 1984, mit Kind Amar, geb. 2005, mazedonische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (5:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

32. B2013/137: DAVIS Tanisha, geb. 1998, simbabwische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

33. B2013/160: MIJATOVIC Sladana, geb. 1987, kroatische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (5:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier wünscht allen Aufgenommenen alles Gute für den weiteren Weg zum roten Pass.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Die Präsidentin

Die 1. Vizepräsidentin:

Der 2. Vizepräsident:

Ch. Benz-Meier (SP)

B. Günthard Fitze (EVP)

M. Wenger (FDP)